

# GEGENBLENDE

Das gewerkschaftliche Debattenmagazin · [www.gegenblende.de](http://www.gegenblende.de)

**Ausgabe 21 · Mai/Juni 2013**

## **Lehren aus der Geschichte – Verantwortung für die Zukunft**

### **Impressum**

Deutscher Gewerkschaftsbund  
Debattenmagazin GEGENBLENDE,  
Redaktion: Dr. Kai Lindemann/Redaktionsassistentin: Martina Hesse  
Henriette-Herz-Platz 2, 10178 Berlin  
Telefon +49 (0) 30 24 060 757, E-Mail [kai.lindemann@dgb.de](mailto:kai.lindemann@dgb.de)

Hinweis: Die GEGENBLENDE-pdf-Version enthält keine ausführlichen Autorenprofile,  
Bilder und Kommentare. Diese sind auf der Homepage [www.gegenblende.de](http://www.gegenblende.de) einsehbar.

**Inhaltsverzeichnis**

	Seite
Editorial .....	5
„Wir werden keine Gesinnungslumpen“ .....	6
von Dr. Wolfgang Jäger	
Digitales Erinnern im Gedenkjahr 2013 .....	9
von Sina Speit und Johanna Adrian	
Wäre ich doch länger im Büro geblieben (Filmkritik) .....	13
von Jürgen Kiontke	
Die Troika und der Flächentarifvertrag .....	17
von Dr. Thorsten Schulten	
NACHGEFRAGT bei Jean Ziegler (Interview) .....	24
von Dr. Kai Lindemann	
Postfossile Zeiten und industrielle Zukunft .....	26
von Klaus Mertens	
Die Kontroverse um das kapitalistische Ego (Buchrezension) .....	31
von Prof. Dr. Frieder Otto Wolf	
Das ideologische Mantra „Wettbewerbsfähigkeit“ .....	38
von Robert Misik	
Die marktkonforme Demokratie – Alles halb so schlimm? .....	44
von Prof. Dr. Lutz Wingert	

Ohne Umfairteilen kein Politikwechsel! .....	50
von Ralf Krämer	
Soziale Ungleichheit in deutschen Medien .....	58
von Dr. Wolfgang Storz	
Gedruckte Zeitzeugen der „Machtergreifung“ (Ausstellungskritik).....	64
von Timm Steinborn	
Neue Ansätze und Zugänge für die Demokratisierung der Arbeit (Buchrezension).....	67
von Marika Höhn	
Intelligent wachsen. Die grüne Revolution.....	70
von Ralf Fücks	
Wachstumsgeschichten .....	74
von Prof. Dr. Martin Lücke	
„Innovation“ braucht Innovation.....	78
von Peter Kulemann	
Lohndumping als Krisenbeschleuniger .....	83
von Tomasz Konicz	
Von der Plagiatsdiskussion zu den Arbeitsverhältnissen in der Promotion .....	89
von Johannes Moes	
Gewerkschaftliche Strategien für ein „anderes Europa“ .....	95
von Vasco Pedrina	
Was ist ein „Volk“?.....	101
von Dr. Robert Chr. van Ooyen	

Die Entwicklung der betrieblichen Demokratie (Buchrezension)..... 106  
von PD Dr. Karl Lauschke

Rohe Bürgerlichkeit und der Sozialstaat..... 110  
von Dr. Sebastian Thieme

Die Volksabstimmungen in der Schweiz zu Spitzen-Entschädigungen und dem  
Mindestlohn..... 119  
von Andreas Rieger

## Editorial

---

Die GEGENBLLENDE Ausgabe No. 21 nimmt sich in Schwerpunktbeiträgen dem Erinnerungsjahr 2013 an. Die Lehren aus den damaligen Ereignissen sind uns heute eine Verpflichtung für die Bewältigung gesellschaftlicher Krisen.

Weitere Beiträge diskutieren die Verteilungsfrage in den Medien und der Gesellschaft, das Wahlrecht, die europäische Krise, den Sozialstaat und unser Wachstumsmodell.

Viel Spaß bei der Lektüre der pdf-Ausgabe wünscht

Kai Lindemann

## „Wir werden keine Gesinnungslumpen“

---

von Dr. Wolfgang Jäger

### 80 Jahre Zerschlagung der Gewerkschaften

*"Eine geistige Unterwerfung und Anpassung darf es für uns nicht geben. Wir dürfen nicht tun, als wäre der Unterschied zwischen den Nationalsozialisten und uns gar nicht so groß! Oh nein, er ist ungeheuer groß. Wir Sozialdemokraten stehen zu den Ideen des Rechtsstaates, zu der staatsbürgerlichen Freiheit und Gleichberechtigung, zu den Ideen der Gerechtigkeit und Menschlichkeit."*

Diese Worte formulierte der SPD-Vorsitzende Otto Wels am 26. April 1933 auf einer Reichskonferenz der Sozialdemokraten. Er fuhr fort:

*"Unsere Organisationen, die politischen wie die gewerkschaftlichen, sind entstanden aus einer gemeinsamen großen Idee. Es kann nicht sein, dass erst eine Organisation da ist und dann eine Idee dazu kommt, sondern erst muss die Idee da sein, und wenn diese Idee stark und zukunftsfruchtig ist, dann bildet sich aus ihr die Organisation. Es wäre ein hoffnungsloses Unternehmen, wenn man das Leben der Organisation durch Preisgabe der Idee zu erkaufen versucht. Ist die Idee preisgegeben, dann stirbt auch die Organisation. Aber wird die Organisation durch Kräfte von außen zerschlagen, dann bleibt immer noch in Millionen Köpfen und Herzen die Idee, und sie sichert auch die Wiedergeburt der Organisation."*

Otto Wels sprach diese Sätze auch in Richtung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, das dürfte allen Teilnehmern der Reichskonferenz bewusst gewesen sein.

### Der politische Zusammenbruch der deutschen Gewerkschaftsbewegung im Frühjahr 1933

Am 2. Mai 1933 war es soweit. In einer gut vorbereiteten Aktion besetzten SA und SS die Häuser der freien Gewerkschaften, misshandelten und inhaftierten führende Gewerkschafter, und Kommissare der Nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation übernahmen die Kontrolle. Christliche und liberale (gelbe) Gewerkschaften unterwarfen sich umgehend der Regierung Hitlers, aus Sorge, dasselbe Schicksal wie die freien Gewerkschaften erleiden zu müssen. Am 10. Mai erfolgte die Gründung der Deutschen Arbeitsfront, in die die zerschlagenen und gleichgeschalteten Gewerkschaften eingegliedert wurden.

Mit der Ernennung Adolf Hitlers am 30. Januar 1933 zum Reichskanzler durch den Präsidenten Hindenburg hatte sich die politische Lage in Deutschland grundlegend verändert. Die erklärten Gegner der Republik, Nazis und Deutschnationale, bildeten die neue Reichsregierung, wobei letztere in Gewerkschaftskreisen als die eigentlichen Drahtzieher und die gefährlicheren politischen Gegner angesehen wurden. Fakt war, dass die Regierung Hitler-Hugenberg durch das Ernennungsrecht des Reichspräsidenten verfassungsgemäß ins Amt gekommen war und nur durch ein Misstrauensvotum im Reichstag hätte gestürzt werden können. Um dem vorzubeugen, beschloss die Regierung Hitler als erstes die Auflösung des Reichstags und Neuwahlen für den 5. März, was per Dekret des Reichspräsidenten verkündet wurde. Wenngleich kein Zweifel an den diktatorischen Absichten der Nazis bestehen konnte, bewegten sie sich auf dem Boden der Weimarer Verfassung. Diese Verfassung garantierte aus gewerkschaftlicher Sicht die Existenz und die sozialpolitischen Handlungsfelder der Arbeitnehmerorganisationen. Dass die Gewerkschaften in dieser Situation vor einem Generalstreik gegen eine der Form nach verfassungsmäßige Reichsregierung zurückschreckten, kann zunächst nicht verwundern. Für den Fall, dass die Hitler-Regierung die Verfassung brechen sollte, kündigten die Gewerkschaften hingegen „entschlossene Maßnahmen“ an.

Dies war aber nicht der einzige Grund für die zögerliche Haltung der Gewerkschaften. Jahre der Massenarbeitslosigkeit hatten nicht nur zu Mitgliederverlusten geführt, sondern auch die Gewerkschaften als sozialpolitische Akteure geschwächt. Sie sahen sich einer überwiegend feindlich eingestellten Unternehmerschaft gegenüber, die den angeblichen "Gewerkschaftsstaat" Weimarer Republik offen bekämpfte. Von links standen die freien Gewerkschaften unter dem Druck der Kommunisten. Ungeachtet der gemeinsamen Gegnerschaft zum Nationalsozialismus, bekämpfte die KPD andere Gewerkschaftsführer als „Sozialfaschisten“, weil sie die stalinistische Forderung eines Sowjet-Deutschland ablehnten. Schließlich hatten die neuen NS-Machthaber nicht nur das Kommando über die Polizei, sie durften auch für den Konfliktfall mit der Unterstützung der Reichswehr rechnen - und sie verfügten mit SA und SS über schlagkräftige paramilitärische Verbände.

Die Gewerkschaften steckten in einem Dilemma: Es war tragisch, der Machtübernahme der Nazis nicht mit einer entschlossenen Aktion entgegenzutreten und unverantwortlich, Gewerkschafter in einen bürgerkriegsähnlichen Kampf zu schicken, dessen blutige Niederlage im Vorhinein feststand.

Diese Ausgangssituation bestimmte das Handeln der Gewerkschaften in den folgenden Monaten, das immer mehr auf eine schiefe Ebene geriet. In einem perfiden Zusammenspiel von angeblichem Volkszorn gegen die Führung der Gewerkschaften und der Außerkraftsetzung demokratischer Grundrechte wurden die Gewerkschaften von den Nazis unter massiven Druck gesetzt.

## **Mit der Zerstörung der Betriebsdemokratie ist der Untergang der Republik besiegelt**

Ein Hoffnungsschimmer waren für die Gewerkschaften die Betriebsratswahlen im März 1933 gewesen. Sie fanden nach der Reichstagswahl vom 5. März statt, mit der die Regierung Hitler-Hugenberg bestätigt wurde. Waren die Nazis bei diesen Reichstagswahlen auf 43,9 Prozent der gültigen Stimmen gekommen, so konnte nach dem letzten vorliegenden Gesamtergebnis der Betriebsratswahlen die NSBO nur 11,7 Prozent der Mandate erringen. Die Gewerkschaften kamen dagegen auf 73,4 Prozent, allerdings 10 Prozentpunkte weniger als sie noch 1931 erzielt hatten. Die Antwort der Nazis auf die Niederlage in den Betrieben war das „Gesetz über Betriebsvertretungen und über wirtschaftliche Vereinigungen“ vom 4. April 1933 - eines der ersten auf Grundlage des Ermächtigungsgesetzes allein von der Hitler-Regierung erlassenen Gesetzes. Die Betriebsratswahlen wurden gestoppt und die Absetzung gewählter Betriebsräte, die "in staats- oder wirtschaftsfeindlichen Sinne eingestellt sind", legitimiert. Die aktuelle Ausstellung der Hans-Böckler-Stiftung zur "Zerschlagung der Mitbestimmung 1933" dokumentiert diese Ereignisse in zum Teil bislang nicht bekannten Details.

Die Machtbasis der Gewerkschaften in den Betrieben war trotz des Erfolgs bei den Betriebsratswahlen Anfang April 1933 zerstört. Mit der Reichstagsbrandnotverordnung vom 28. Februar und dem Ermächtigungsgesetz vom 24. März war die politische Demokratie beseitigt, mit dem Gesetz über Betriebsvertretungen die Betriebsdemokratie zerstört – der Untergang der Weimarer Republik besiegelt.

Die Gewerkschaften richteten nun alle Bemühungen darauf, ihre Organisationen zu retten, die sie in mühevoller Kleinarbeit über Jahrzehnte aufgebaut hatten. Für Tausende von Gewerkschaftsbeschäftigten waren die Organisationen zudem Arbeitgeber, die sich auch um die materielle Existenz ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sorgten. Noch immer gab es den Hoffnungsschimmer, dass die Hitler-Regierung bald abgewirtschaftet haben werde und man diese Zeit irgendwie überstehen müsse. Dies ging dann so weit, dass man sich der Nazi-Regierung andiente, "in den Dienst des neuen Staates zu stellen" und sogar Verhandlungen mit der NSBO über die Zukunft der Gewerkschaften führte. Am Ende stand der Aufruf der Gewerkschaften, an den Veranstaltungen des 1. Mai teilzunehmen, der von den Nazis zum gesetzlichen Feiertag der "deutschen Arbeit" verklärt worden war, auch um Sympathiepunkte an der Basis zu sammeln.

## **Die Idee sichert die Wiedergeburt der Organisation**

Dieser Anpassungskurs der Gewerkschaften ist umstritten gewesen. In der letzten, schon nicht mehr ausgelieferten Ausgabe der freigewerkschaftlichen

Bergarbeiterzeitung titelten die Redakteure mit großen Lettern auf der ersten Seite: "Wir werden keine Gesinnungslumpen". Fritz Husemann, der Vorsitzende des Bergarbeiterverbandes und SPD-Reichstagsabgeordnete, hatte den Anpassungskurs des ADGB mitgetragen. Er wurde am 2. Mai 1933 seines Amtes enthoben und 1935 von den Nazis im KZ Esterwegen ermordet. Viele Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter haben während der Nazizeit bittere Verfolgung erlitten, was ihnen die moralische Integrität gab, einen gewerkschaftlichen Neubeginn nach der Befreiung zu wagen. Sie schufen die neue Einheitsgewerkschaft, die sich auf die Ideen der Freiheit, Demokratie und Solidarität gründet.

**Autor:** Wolfgang Jäger, geboren 1954, Geschäftsführer der Hans Böckler Stiftung, Düsseldorf.

## **Digitales Erinnern im Gedenkjahr 2013**

---

**von Sina Speit und Johanna Adrian**

Mit der Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler durch Reichspräsident Paul von Hindenburg am 30. Januar 1933 begann die nationalsozialistische Machtübernahme. Auch die Gewerkschaften sollten gleichgeschaltet werden. Während das NS-Regime mit dem „Feiertag der nationalen Arbeit“ am 1. Mai 1933 der Arbeiterschaft symbolisch die Hand reichte und die vermeintliche Verbundenheit mit den Gewerkschaften propagierte, stürmten SA und SS am 2. Mai 1933 die Berliner Gewerkschaftshäuser und inhaftierten zahlreiche Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter.

Im Mai 2013 jährt sich die Zerschlagung der Gewerkschaften zum 80. Mal und bietet Anlass der Zerschlagung der freien Gewerkschaften zu gedenken. Damit beauftragte der DGB im Frühjahr 2012 den Arbeitsbereich „Didaktik der Geschichte“ der Freien Universität Berlin (Prof. Dr. Martin Lücke) mit der Konzeption einer mobilen Internetseite zur Berliner Gewerkschaftsgeschichte. Studierende des Masterstudiengangs Public History recherchierten hierfür in Archiven, verfassten Inhalte für die mobile Internetseite und entwickelten ein didaktisches Konzept mit dem Ziel, die Zerschlagung der vielfältigen Berliner Gewerkschaftsgeschichte quellengestützt und multiperspektivisch darzustellen. Entstanden ist ein Webangebot, das die Ereignisse um den 2. Mai 1933 skizziert und mit Bild-, Ton- und

Audioquellen 19 Berliner Erinnerungsorte vorstellt. 22 Biografien bieten darüber hinaus individuelle Perspektiven auf die Ereignisse im Mai 1933.

### **Geschichte ist hier! Auf den Spuren von Gewerkschaftsgeschichte – virtuell und vor Ort**

Die mobile Internetseite ist ein virtueller Ort, den Interessierte mit Computern oder Smartphones besuchen können. Die Nutzerinnen und Nutzer werden aber auch eingeladen im authentischen Stadtraum auf Entdeckungsreise zu gehen. Sie können die mobile Internetseite über drei unterschiedliche Zugänge entdecken: Der geografische Zugang (1) erfolgt über einen virtuellen Stadtplan, auf dem alle Erinnerungsorte markiert sind. Auf diesem Weg wird Gewerkschaftsgeschichte in Berlin verortet. Nutzerinnen und Nutzer, die mit Smartphones in der Stadt unterwegs sind, können somit am authentischen Ort auf Zusatzmaterial wie zum Beispiel Zeitzeugenberichte zugreifen und auf weitere Erinnerungsorte in ihrer Nähe hingewiesen werden. Der thematische Zugang (2) gliedert sich in die Bereiche Zerschlagung der Gewerkschaften am 2. Mai 1933, Kulturelle Vielfalt bis 1933 und Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter. Er bietet übersichtliche Hintergrundinformationen zu den Geschehnissen rund um die Zerschlagung der Gewerkschaften. Der mediale Zugang (3) erfolgt über Bild-, Ton und Filmmaterial, das die Texte illustriert und ergänzt.

[www.zerschlagung-gewerkschaften1933.de](http://www.zerschlagung-gewerkschaften1933.de) eignet sich auch für die historisch-politische Bildung. Als medienpädagogisches Angebot ist die mobile Internetseite insbesondere für Jugendliche eine attraktive Lernplattform, da historisches Lernen spontan und auf individuellen Wegen erfolgen kann. Das Web-Angebot kann aber auch als Ergänzung oder zur Vorbereitung für Seminare und Workshops der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit genutzt werden. Die Einleitungstexte sowie die Texte zu den einzelnen Erinnerungsorten sind kurz gehalten und eignen sich gut als Einführung zu den einzelnen mit der Zerschlagung verknüpften Themen. Die audiovisuellen Elemente wecken Neugierde und können auch als historische Quellen kritisiert und kontextualisiert werden. Der Zugang über die verschiedenen Biografien von Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern ermöglicht vielfältige persönliche Perspektiven auf die Ereignisse um den 2. Mai 1933 und verdeutlicht, dass Geschichte nicht als allgemeingültige Meistererzählung funktioniert. Ausgehend von den Texten und Materialien, die auf der mobilen Internetseite zur Verfügung stehen, können Bildungsreferentinnen und Bildungsreferenten problemlos thematische Workshops zusammenstellen und Exkursionen zu den einzelnen Erinnerungsorten in Berlin aufbereiten.

## Zwischen Damals und Heute - Prinzipien des Historischen Lernens

Dem Konzept der mobilen Internetseite liegen geschichtsdidaktische Prinzipien zu Grunde, die für die Auswahl der Themen und Quellen sowie für die Textstruktur entscheidend waren. Ausgangspunkt ist das Konzept des **Historischen Lernens** - „der Vorgang des menschlichen Bewusstseins, in dem bestimmte Zeiterfahrungen deutend angeeignet werden und zugleich die Kompetenz zu dieser Deutung entsteht und sich weiterentwickelt“ (Jörn Rüsen). Den Nutzerinnen und Nutzern der mobilen Internetseite wird die Möglichkeit gegeben, vergangene Wirklichkeiten der Gewerkschaftsgeschichte zu begreifen, zu deuten und so Rückschlüsse für die eigene Gegenwart zu ziehen.

Indem auf die Unterschiede zwischen gegenwärtigem Zustand und Vergangenheit hingewiesen wird, wird das Konzept der **Historizität** berücksichtigt. So werden zum Beispiel in den Texten zu den Orten der Gewerkschaftsgeschichte die aktuellen und ehemaligen Straßennamen genannt. Historische Aufnahmen kontrastieren zeitgenössische Fotografien und ermöglichen Betrachterinnen und Betrachtern den Vergleich zwischen Vergangenheit und Gegenwart.

Das Prinzip der **Multiperspektivität** geht davon aus, dass Perspektivität eine nicht hintergehbare Tatsache darstellt und objektives Erzählen daher nicht möglich ist. Ziel der mobilen Internetseite ist daher, eine multiperspektivische Geschichte des 2. Mai 1933 zu präsentieren. So werden stets mehrere historische Akteurinnen und Akteure und deren Perspektiven thematisiert. In diesem Sinne repräsentieren die Biografien sehr unterschiedliche Reaktionen auf die „Zerschlagung“. Viele Kolleginnen und Kollegen arbeiteten nach 1933 in der Illegalität daran, die gewerkschaftlichen Strukturen zu erhalten. Andere folgten dem Legitimationskurs der gewerkschaftlichen Führungen oder gingen ins Exil. Multiperspektivität bezieht sich aber auch auf die Pluralität der geschichtswissenschaftlichen Ansätzen, die ebenfalls kontextabhängig sind und sich gegenseitig als auch den Perspektiven von Zeitzeuginnen und Zeitzeugen widersprechen können. Daher werden in den Texten auch geschichtswissenschaftliche Debatten und Leerstellen thematisiert.

Da historische Darstellungen immer über einen **narrativen Charakter** verfügen, stellen die einzelnen Orts- und Biografietexte immer nur selektive und partielle Ausschnitte größerer Zusammenhänge dar, und sind somit zeitlich und räumlich begrenzt. Sie konstruieren Vergangenheit und können lediglich Aspekte der Gewerkschaftsgeschichte erzählen.

Darüber hinaus wurden für die Texte die Prinzipien der **Diversität und Intersektionalität** verwendet. Dieser Ansatz differenziert verschiedene soziale Kategorien. In den Geschichtswissenschaften haben sich bisher *race*, *class* und *gender* etabliert. In Bezug auf diese Kategorien sozialer Konstruktion erfolgt eine

Differenzierung und Hierarchisierung, die in sozialen Ungleichheiten mündet und Perspektiven von historischen Akteurinnen und Akteuren prägt. In Bezug auf die mobile Internetseite wurde zum Beispiel versucht, die Gewerkschaftsgeschichte geschlechtergerecht darzustellen. So erzählen elf von 22 Biografien aus dem Leben von Gewerkschafterinnen.

Ohne Vorstellungs- oder Einbildungskraft, also **Imagination**, ist Historisches Lernen kaum möglich. Die vergangenen Wirklichkeiten der Berliner Gewerkschaftsgeschichte sind nicht per se präsent. Somit soll erzählte Geschichte möglichst anschaulich sein, um Erkenntnisse zu ermöglichen. Im Fokus der mobilen Internetseite steht daher ihre mediale Vermittlung. Nicht nur die auditiven, visuellen und audiovisuellen Quellen zur Berliner Gewerkschaftsgeschichte machen den Nutzerinnen und Nutzern die Vergangenheit greifbar, auch die alltagsgeschichtlichen Bezüge erleichtern die Imagination. Im Hinblick auf die systematische Gewalt und das menschliche Leid im Nationalsozialismus, stößt aber auch die Imagination vergangener Wirklichkeiten an ihre Grenzen.

Da sich historisches Lernen stets an vergangenen Wirklichkeiten ausrichtet, verfolgen geschichtskulturelle Produkte in verschiedenem Maße

**Authentifizierungsstrategien.** Sie erzeugen Glaubwürdigkeit und ermöglichen somit eine bessere Identifikation der Nutzerinnen und Nutzer mit dem dargestellten historischen Gegenstand. Über die Gestaltung der mobilen Internetseite mit einer Vielzahl von authentischen Bild-, Text- und Filmzeugnissen wird eine Quellenauthentizität erzeugt, die den Nutzerinnen und Nutzern die Geschichte des 2. Mai 1933 nicht nur als historische Imagination erlaubt, sondern die Wirklichkeiten als solche verifiziert. Durch die biografische Darstellung von Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern, die die historischen Ereignisse erlebten und von ihnen betroffen waren, wird eine Personenauthentizität erreicht. Die Erlebnisauthentizität kann durch das Vor-Ort-Sein der Nutzerinnen und Nutzer an den authentischen Stätten der Gewerkschaftsgeschichte im Berliner Stadtraum erreicht werden.

Als Teil von **Geschichtskultur** – gesamtgesellschaftlicher Umgang mit Geschichte und somit z.B. Geschichtsdarstellungen in Medien oder Institutionen wie Museen - verweist die mobile Internetseite über die authentischen Orte hinaus auch auf andere Produkte der Geschichtskultur wie zum Beispiel Denkmäler und Gedenkstätten, die im Zusammenhang mit der Berliner Gewerkschaftsgeschichte stehen.

Basierend auf den vorgestellten geschichtsdidaktischen Prinzipien haben die Studierenden des 4. Jahrgangs des Masterstudiengangs „Public History“ die Text- und Quellenauswahl getroffen. Unter [www.zerschlagung-gewerkschaften1933.de](http://www.zerschlagung-gewerkschaften1933.de) können sich Interessierte über die Zerschlagung der Gewerkschaften im Mai 1933

informieren und erfahren, dass Spuren der vielfältigen Gewerkschaftsgeschichte bis heute das Stadtbild Berlins prägen.

*Unter Mitarbeit von Stefanie Kosmalski, Zorica Radoicic und Hannah Schröder.*

**Autorinnen:** Johanna Adrian, geboren 1986, Studium der Geschichts- und Kulturwissenschaften in Frankfurt/ Oder, Wrocław (Polen) und Berlin, Masterstudentin der Public History an der FU Berlin & Sina Speit, geboren 1986, Studium der Geschichts- und Politikwissenschaften an der Freien Universität Berlin, Masterstudentin der Public History an der FU Berlin.

## **Wäre ich doch länger im Büro geblieben (Filmkritik)**

---

**von Jürgen Kiontke**

**Schuften für die Kamera: den Mythos Arbeit dekonstruieren.**

Der Mann liegt im Bett. Kein Wecker klingelt. Gut so. Er dreht sich um und verkriecht sich in die Kissen. Arbeitszeit = Schlafenszeit. Der Einstieg von Konstantin Faigles Dokumentarfilm „Frohes Schaffen“ ist eine Absage an eben dieses: das eigentümliche Massenvergnügen, sich in mehr oder weniger sinnlosen Tätigkeiten zu verlieren, die im gemeinen Sprachgebrauch als „Arbeit“ daherkommen. Deswegen trägt er auch den Untertitel „Ein Film zur Senkung der Arbeitsmoral“.

Allerdings hat sich der Regisseur eine Menge Arbeit gemacht und seine Faulenzer-Apologie auf 98 Minuten Länge gebracht. Die Mühe hat sich gelohnt: Beim Max-Ophüls-Filmfestival lief er, beim Kasseler Dokumentarfilmfest war das Opus magnum gar der Eröffnungsfilm. Faigles Ziel ist: Er will der Arbeit ein für alle Mal die Luft rauslassen. Dafür hat er eine Schar Gesellschaftsexperten interviewt. In zugespitzten Statements kommen Philosophen, Journalisten und Ökonomen zu Wort.

Dazwischen ergeht man sich in kleinen Spielszenen: Den Ingenieur haben sie rausgeschmissen, aber er soll sich nicht grämen. Mit dem freundlichen Nachbarn könnte er zum Beispiel Mofas zusammenschrauben. Man begleitet die freischaffende Film-Producerin durch ihr elektronisches Leben: Computer, Handy, Email - aber so sehr sie sich anstrengt, es springt kein Job dabei heraus. Arbeit macht nicht glücklich, schon gar nicht, wenn sie nicht kommt.

Mit einer gewissen unernsten Lockerheit besucht Faigle den einsamen Rentner, der als „Phantomkunde“ den Baumarkt unsicher macht, den Sozialversicherungsfachangestellten, das Burnout-Opfer. Arbeit ist kreativ. Sie produziert Langeweile, Monotonie, Überdruß, bipolare Depression und Krisen. Man fühlt sich nicht gut, das kann man sehen. Dem Typen auf dem Weg in die kassenfinanzierte Psychiatrie hängen die Schultern auf die Knie, nichts, was der Krankenkassen-Mensch an guter Laune versprüht, bleibt an dem niedergeschlagenen Individuum hängen.

Als nächstes kommt die Umfrage: „Arbeit macht Spaß“, sagt die Frau, „ohne Arbeit gibt’s kein Leben.“ - „Es ist schön, morgens aufzustehen und nette Kollegen zu haben“, kommentiert der nächste. „Ich brauche den sozialen Kontakt. Ich muss einfach arbeiten“, meint Befragter Nummer drei. Der Journalist Franz Schandl kommentiert: „Das Irrenhaus Arbeit zerfällt. Aber die Verrückten wollen nicht raus.“

Arbeit dient nicht nur dem Broterwerb, sondern erfüllt auch grundlegende Funktionen. Sie biete vermeintliche Sicherheit, sei Selbstbestätigung, gar Existenzberechtigung. „Kommst du heute Abend mit ins Theater?“ - „Nö, muss arbeiten. Schreib mir ne Mail.“ Eine Sucht sei sie, ein Fetisch, „ein Mantra, das uns tagtäglich umgibt“.

Heilig sei die Arbeit in Deutschland, ein übergeordneter Lebenssinn. Der Kern des Films ist angesprochen, der quasireligiöse Charakter des rohen Schaffens. Eine Prozession ist auch zu sehen: am Ersten Mai mit den Gewerkschaften. Trillerpfeifen, Mützen, Fahnen. Länger dem Götzen dienen wollen die Kollegen aber nicht, eher weniger: 35 Stunden Anbetung die Woche halten sie laut Transparent für völlig ausreichend.

Dann sind die theoretischen Überlegungen dran. Der Philosoph Michael Schmid-Salomon und der amerikanische Sozialhistoriker Benjamin Hunnicut rechnen durch, was die arbeitsversessene Gesellschaft für den einzelnen alles bedeutet - und wie es überhaupt so weit kommen konnte. Ergebnis: Arbeit ist Strafe für die Ursünde. Adam und Eva mussten aus dem Paradies, fortan fielen ihnen die Früchte nicht mehr von selbst in den Mund.

Beziehungsweise: Der Frondienst ist ein Meister aus Deutschland: Vor der Reformation hat es 156 kirchliche Feiertage gegeben, danach nur noch zwei. Die Vorstellung greift von nun an um sich: Wer malocht, ist auserwählt. Die Profis jedenfalls versuchen seit geraumer Zeit das Rad zurückdrehen. Die Arbeitszeitverkürzung steht schon seit 1820 auf der Fahne nationaler Arbeiterbewegungen und das sind nur die aktuellen Bemühungen.

Als Jäger und Sammler in der Steinzeit jedenfalls ging man nur drei Stunden täglich arbeiten. Dann kamen die wichtigen Dinge dran: Kinder machen und hüten, Alte versorgen, mit kleinen Tieren spielen. Tom Hodgkinson, britischer Experte für Muße, Genuss und Gelassenheit, nimmt Reporter Faigle mit auf die Wiese zum Grasmähen und rumtoben. Der Dandy ist den ganzen Tag gut gekleidet und wohnt auf dem Land, wo es ihm nach eigenem Bekunden gut geht. Nun, die Sense ist auch eine Maschine.

Schnitt. Exkurs in die europäische, wenn nicht weltweite Krise der Finanzen, die auch eine Krise der Arbeit ist. Den französischen Manager hat man hinausgeworfen, er hat sich am Tisch festgekrallt. Personalüberhang hieß es. Wie das bei Krisen so ist: Wahrscheinlich wird die Arbeit verschlankt und verbessert daraus hervorgehen - mit noch längerer Arbeitszeit und noch weniger Lohn.

Und wo wir gerade bei Gott sind: Den Beelzebub hat Faigle auch auf Lager. Es ist der Lebenssinn, Unsinn, Wahnsinn - Hans-Werner Sinn, Chef des ifo-Instituts für Weltwirtschaft. Der ist in der Lage an drei Talkshows zugleich teilzunehmen und in allen den immer gleichen neoliberalen Mist abzusondern. Hauptsache keiner kommt auf die Idee, dass die Welt eine andere eventuell werden könnte. „Vollbeschäftigung ist machbar“, sagt der Sinn. „Man muss nur das Sozialsystem so umstellen, dass das Mitmachen und nicht das Wegbleiben bezahlt wird.“

Der Gegenpart ist der US-Ökonom Jeremy Rifkin. Der hatte schon 1995 das Ende der Arbeit, wie wir sie kennen, vorausgesagt. Bis 2020 sollen nur noch zwei Prozent der Weltbevölkerung in der Produktion tätig sein. Und dann? „Jobverlagerung gibt es nicht. Es gibt diese Jobs einfach nicht mehr“, sagt er. Dafür haben sich neue Jobmärkte etabliert. Aber wozu führt diese ganze neue Arbeit? „Ich möchte nicht mehr von Arbeitskraft, sondern von kreativer Spielkraft sprechen“, sagt Rifkin. Das Marktkapital möge bitte zum sozialen Kapital werden, Geld sei nie ein Selbstzweck.

Der Wertkritiker Norbert Trenkle hält dagegen. Das sei ja alles richtig, aber: „Ohne Kredit und Spekulation wäre man schon vor 30 Jahren platt gewesen.“ Sein Einwand kommt zur rechten Zeit. Längst ist das „frohe Schaffen“ in diesem Film in die eine oder andere Platttheit gekippt. Ruhe, Muße, frische Luft: Es gibt auch eine Menge Leute, die arbeiten, weil sie sonst verhungern. Arbeit in den vollprekären Gebieten spielt in diesem Film weniger eine Rolle. Gestalterisch ist dem Regisseur auch schon

länger nichts mehr eingefallen. Die eingespielten Szenen rocken nicht mehr so richtig, die Experten wiederholen sich ein wenig.

Dennoch: Ein Bildungsprogramm war das hier allemal, eine Fleißarbeit. Und wie das mit der Schule ist, das ein oder andere rutscht auch mal durch. Faigle hat einen imposanten Film gedreht, der nicht immer die rechten Bilder findet. Da wird es wortlastig, ein Spielfilmregisseur ist Faigle nicht. Aber seine filmische Reise bringt durchaus interessante, unerwartete Weisheiten an den Tag bzw. an den Abend: Auf Hans-Werner Sinns Drohung: „Wir werden immer arbeiten müssen, weil die menschlichen Bedürfnisse nie befriedigt werden. Nicht in den nächsten tausend Jahren!“ kontert der lustige Rifkin mit einem lebensnahen Zusammenhang zwischen Religion und Arbeitszeit, vor allem ihrer Verkürzung: „Meine Frau hat mal bemerkt: Wer würde auf dem Sterbebett sagen: Wäre ich doch länger im Büro geblieben.“

Aber wie schon Georg Büchner wusste: Wenn die armen Leute in den *Himmel* kämen, müssten sie glatt beim *donnern* helfen. Im tausendjährigen Reich der Arbeit des Hans-Werner Sinn jedenfalls dürfte eine Menge Schufferei noch über ein Leben hinaus bereitstehen.

Ob diese Aussicht die Arbeitsmoral, wie beabsichtigt, senkt? Im Film grölt einer: „Jesus war ein glücklicher Arbeitsloser. Früher wurde man dafür wenigstens gekreuzigt.“ Jesus, der Faulenzer: Der hat es immerhin bisher auf ein zweitausendjähriges Reich gebracht.

**„Frohes Schaffen“. D 2012. Regie: Konstantin Faigle. Kinostart: 2. Mai 2013**

**Autor:** Jürgen Kiontke, Redakteur des DGB-Jugend-Magazins Soli aktuell und Filmkritiker u.a. für das Amnesty-Journal.

## Die Troika und der Flächentarifvertrag

---

von Dr. Thorsten Schulten

### Wie durch europäischen Druck nationale Tarifvertragssysteme zerstört werden

Der Flächentarifvertrag gilt zu Recht als eine der wesentlichen institutionellen Besonderheiten des europäischen Sozialmodells. In keiner anderen Weltregion existieren vergleichbar stark ausgebildete Tarifvertragssysteme mit überbetrieblichen Tarifvereinbarungen auf sektoraler oder sogar nationaler Ebene. So bildet der Flächentarifvertrag auch die Grundlage dafür, dass in Europa immer noch eine deutliche Mehrheit der Beschäftigten durch tarifvertragliche Regelungen geschützt wird. In allen Ländern und Regionen mit vorwiegend betrieblichen Tarifverhandlungen ist hingegen stets nur eine Minderheit der Beschäftigten an einen Tarifvertrag gebunden.

Obwohl es seit nun mehr als zwei Jahrzehnten auch in Europa Tendenzen zu einer stärkeren Dezentralisierung der Tarifpolitik gibt, sind in den meisten europäischen Ländern die Flächentarifvertragssysteme in ihrem Kern erstaunlich stabil geblieben. Innerhalb Westeuropas hat lediglich Großbritannien schon in den 1980er Jahren unter Margaret Thatcher einen grundlegenden Systemwechsel vom Flächentarif hin zu einem betriebsbezogenen Tarifvertragssystem vollzogen. 1990 kamen noch eine Reihe von osteuropäischen Ländern hinzu, in denen es nicht gelungen ist, überbetriebliche Flächentarifvertragsstrukturen aufzubauen. Davon abgesehen blieb der Flächentarif jedoch die strukturbildende Tarifvertragsform in Europa.

Vor dem Hintergrund der tiefgreifenden ökonomischen Krise vollzieht sich derzeit jedoch in immer mehr europäischen Ländern ein grundlegender Umbau der nationalen Tarifvertragssysteme, der auf eine radikale Dezentralisierung der Tarifpolitik hinausläuft. In kürzester Zeit werden hierbei durch mehr oder weniger offene Eingriffe in die Tarifautonomie historisch gewachsene Flächentarifvertragsstrukturen zerstört. Als treibende Kraft hinter dieser Entwicklung hat sich fast überall die so genannte Troika aus Europäischer Kommission, Europäischer Zentralbank (EZB) und Internationalem Währungsfond (IWF) erweisen, die die Zahlung von Krediten oder den Aufkauf von Staatsanleihen an die Durchführung von umfangreichen „strukturellen Reformen“ – insbesondere auf dem Arbeitsmarkt – knüpft.

## Das europäische Krisenmanagement und die Bedeutung der Tarifpolitik

Das derzeit vorherrschende europäische Krisenmanagement begreift die aktuelle Krise vor allem als Verschuldungs- und Wettbewerbskrise. Dementsprechend werden vor allem zwei Therapien zur Bekämpfung der Krise formuliert: Zum einen sollen durch eine harte Spar- und Austeritätspolitik die öffentlichen Haushalte konsolidiert werden. Zum anderen soll mit Hilfe von grundlegenden Strukturreformen die nationale Wettbewerbsfähigkeit verbessert werden.

Mit dem auf Initiative von Angela Merkel und Nicholas Sarkozy im Jahr 2011 verabschiedeten Euro-Plus-Pakt wird explizit festgehalten, dass für beide Krisentherapien der Lohn- und Tarifpolitik ein zentraler Stellenwert zukommt. Bei der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte geht es demnach vor allem um Lohnstopps und Lohnkürzungen im öffentlichen Dienst, wie sie mittlerweile in einer Mehrzahl der europäischen Länder vollzogen wurden. Bei der Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit wird einerseits ebenfalls eine kurzfristige Reduzierung der Lohn- und Lohnstückkosten propagiert. Darüber hinaus sollen die nationalen Tarifvertragssysteme so reformiert werden, dass sie den Unternehmen flexible Anpassungen an veränderte ökonomische Rahmenbedingungen ermöglichen.

Wie ein solches „wettbewerbsfreundliches“ Tarifvertragssystem aussehen soll, wurde unlängst in dankenswerter Offenheit in einem Bericht der Generaldirektion Wirtschaft und Finanzen der Europäischen Kommission (DG ECFIN) formuliert. Unter der Überschrift „beschäftigungsfreundliche Reformen“ wurden hierbei im Hinblick auf die Tarifpolitik u.a. folgende Maßnahmen aufgelistet (Europäische Kommission 2012, S. 104):

- Allgemeine Dezentralisierung des Tarifvertragssystems
- Einführung/Ausdehnung von Öffnungsklauseln für betriebliche Abweichungen von Flächentarifverträgen
- Begrenzung/Abschaffung des „Günstigkeitsprinzips“
- Beschränkung/Reduzierung von Allgemeinverbindlicherklärungen

Außerdem wird wörtlich auch noch die

- „Reduzierung der Tarifbindung“ sowie die
- „allgemeine Reduzierung der Lohnsetzungsmacht der Gewerkschaften“

als „beschäftigungsfreundliche Reform“ bezeichnet. Damit tritt die gesamte Tragweite und politische Stoßrichtung dieses Maßnahmenkatalogs offen zutage.

Die Generaldirektion Wirtschaft und Finanzen (DG ECFIN) in Brüssel formuliert die Strategie einer radikalen Dezentralisierung der Tarifpolitik, die nicht nur auf eine weitgehende Aushöhlung oder sogar offene Abschaffung von Flächentarifverträgen zielt, sondern ganz bewusst darauf angelegt ist, das Tarifvertragssystem und die Rolle der Gewerkschaften insgesamt zu schwächen. Auch wenn innerhalb der Europäischen Kommission diese Position keineswegs einhellig geteilt und mittlerweile insbesondere von Seiten der Generaldirektion für Beschäftigung und Soziales (DG EMPL) offen kritisiert wird, ist es innerhalb der Troika jedoch gerade die DG ECFIN, die zusammen mit der EZB und dem IWF die Vorgaben für die nationalen „Reformprogramme“ formuliert.

Die Strategie einer radikalen Dezentralisierung stützt sich auf eine krude Version der neoklassischen Arbeitsmarkttheorie, demzufolge Tarifverträge per se unter Generalverdacht stehen das freie Marktgleichgewicht zu behindern und damit Arbeitslosigkeit zu produzieren. Die Vertreter dieser Sichtweise lassen sich auch dadurch nicht erschüttern, dass die internationale empirische Arbeitsmarktforschung überwiegend zu dem Ergebnis kommt, dass es keinen direkten Zusammenhang zwischen der Beschaffenheit des nationalen Tarifvertragssystems und der Leistungsfähigkeit einer Volkswirtschaft gibt. Dezentrale Tarifvertragssysteme zeichnen sich vor allem dadurch aus, dass sie tendenziell eine pro-zyklische Lohnentwicklung befördern und zudem eine hohe Lohnungleichheit zwischen den verschiedenen Beschäftigtengruppen produzieren. Flächentarifvertragssysteme unterstützen stattdessen eher eine solidarische Lohnpolitik und schaffen erst die institutionellen Voraussetzungen, um überhaupt die Lohnentwicklung im Hinblick auf gesamtwirtschaftliche Ziele hin beeinflussen zu können. Dessen ungeachtet sieht die Troika in der Strategie der radikalen Dezentralisierung offensichtlich die Blaupause für den Umbau der Tarifvertragssysteme in Europa.

### **Der Umbau der Tarifvertragssysteme in den europäischen Krisenstaaten**

Seit jeher müssen Länder, die vom IWF Kredite erhalten, sich im Gegenzug in so genannten „Memoranden“ zu umfangreichen politischen Reformen verpflichten, deren Einhaltung wiederum vom IWF überprüft wird. Im Zuge der Eurokrise ist dieses Verfahren auch für Kredite aus dem europäischen Rettungsfond übernommen worden, wobei anstelle des IWF nun die Troika als „Wächter“ in Erscheinung tritt. Die ersten Länder, die seit 2008 entsprechende Memoranden mit dem IWF unterzeichneten, waren die osteuropäischen Staaten Lettland, Rumänien und Ungarn. Danach folgten unter Troika-Ägide Griechenland, Irland, Portugal und Spanien. Einen Sonderfall bildet schließlich Italien, das zwar keine internationalen Kredite erhält und dementsprechend auch keinem Memorandum verpflichtet ist, wo jedoch die EZB den Kauf von italienischen Staatsanleihen von weitreichenden Strukturreformen abhängig machte.

In allen Memoranden spielen Strukturreformen auf dem Arbeitsmarkt eine zentrale Rolle. Hierzu gehören neben Maßnahmen zum Abbau des Kündigungsschutzes und der Ausdehnung prekärer Beschäftigung (Etablierung eines Niedriglohnsektors) vor allem Vorgaben zum Umbau der nationalen Tarifvertragssysteme (vgl. ausführlich: Busch u. a. 2012, Hermann/Hinrichs 2012, ITUC 2013, Schulten/Müller 2013).

Die von der Troika verfolgte Strategie einer radikalen Dezentralisierung der Tarifpolitik umfasst vor allem vier Ansatzpunkte, die je nach Land in unterschiedlichem Maße Bedeutung erlangen. Den **ersten** Ansatzpunkt bildet die Beendigung oder Abschaffung von Tarifverträgen auf nationaler Ebene. So wurden z.B. in Griechenland und Rumänien bis zur Krise nationale Rahmentarifvereinbarungen getroffen, in denen u. a. der nationale Mindestlohn festgelegt wurde. Mittlerweile haben die nationalen Regierungen auf Druck der Troika in beiden Ländern die Mindestlohnverhandlungen suspendiert und im Falle Griechenlands sogar eine Kürzung des Mindestlohns um mehr als 20% durchgesetzt, was von der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) als offener Verstoß gegen die Tarifautonomie gewertet wurde. Zu einer Beendigung nationaler Tarifverhandlungen kam es auch in Irland, da unter Krisenbedingungen die Arbeitgeber davon ausgingen, im Rahmen dezentraler Tarifverhandlungen leichter Lohnkürzungen durchsetzen zu können.

Der **zweite** Ansatzpunkt, der in fast allen Ländern verfolgt wurde, lag in der Erweiterung betrieblicher Abweichungsmöglichkeiten von sektoralen Flächentarifverträgen. In einigen Ländern, wie z.B. Italien und Spanien hatten sich die Gewerkschaften dabei zunächst mit den Arbeitgebern noch auf tarifliche Öffnungsklauseln verständigt, die ähnlich wie in Deutschland die Konditionen betrieblicher Abweichungen festlegten. In beiden Ländern haben sich die Regierungen jedoch über diese Vereinbarungen hinweggesetzt und auf gesetzlichem Wege die Dezentralisierung radikalisiert, indem das Günstigkeitsprinzip abgeschafft und damit de facto der uneingeschränkte Vorrang betrieblicher Vereinbarungen festgeschrieben wurde.

Der **dritte** Ansatzpunkt lag in der Einführung deutlich strikterer Regelungen und Voraussetzungen für die Allgemeinverbindlicherklärung (AVE) von Tarifverträgen. In vielen europäischen Ländern bildet eine breite Anwendung der AVE ein zentrales Instrument für die Stabilität des Tarifvertragssystems und die Absicherung einer hohen Tarifbindung. Dies galt bis vor kurzem z.B. für Portugal, wo traditionell alle wichtigen Branchentarifverträge quasi automatisch allgemeinverbindlich erklärt wurden. Auf Druck der Troika wurden nun – ähnlich wie in Deutschland – hohe Hürden für eine AVE eingeführt, so dass in Zukunft nur noch wenige Tarifverträge allgemeinverbindlich erklärt werden dürften.

Der **vierte** Ansatzpunkt liegt schließlich darin, das gewerkschaftliche Verhandlungsmonopol aufzulösen und auch nicht-gewerkschaftlichen Arbeitnehmergruppen das Recht zu betrieblichen Tarifvereinbarungen einzuräumen. Gerade die Klein- und Mittelbetriebe stellt die Dezentralisierung der Tarifverhandlungen vor das Problem, dass oft gar kein gewerkschaftlicher Verhandlungspartner auf betrieblicher Ebene vorhanden ist. Um in diesem Fall trotzdem betriebliche Abweichungen von sektoralen Tarifverträgen vereinbaren zu können, wurde nun in einigen Ländern wie z.B. Griechenland, Spanien oder Portugal auch nichtgewerkschaftlichen Arbeitnehmergruppen ein Verhandlungsrecht eingeräumt.

**Übersicht: Veränderungen in den nationalen Tarifvertragssystemen unter dem Druck der Troika**

Beendigung/Abschaffung nationaler Tarifverhandlungen	Griechenland, Irland, Rumänien
Gesetzliche Öffnungsklauseln für betriebliche Abweichungen von sektoralen Tarifverträgen	Griechenland, Italien, Portugal, Spanien
Priorität für betrieblicher Tarifverträge; Abschaffung des Günstigkeitsprinzips	Griechenland, Italien, Spanien
Striktere Regeln für die Allgemeinverbindlicherklärung von Tarifverträgen	Griechenland, Portugal, Rumänien
Reduzierung der Nachwirkung von Tarifverträgen	Griechenland, Spanien
Betriebliche Tarifverträge auch durch nichtgewerkschaftliche Arbeitnehmer-Gruppen	Griechenland, Portugal, Spanien, Rumänien, Ungarn

Quelle: *Schulten/Müller (2013)*

Schulten/Müller 2013

Die Folgen der durch die Troika propagierten Strategie der radikalen Dezentralisierung sind bereits heute unübersehbar. Ehemals starke Flächentarifvertragssysteme werden systematisch ausgehöhlt und zerstört. Mehr noch: Der Tarifvertrag selbst – als Instrument einer kollektiven Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen – verliert deutlich an Bedeutung. So hat sich z.B. in Spanien die Anzahl der im Jahr 2012 gültigen Tarifverträge in nur zwei Jahren gegenüber dem Jahr 2010 fast halbiert. In vielen Ländern mündet der Umbau der Tarifvertragssysteme in einen dramatischen Rückgang der Tarifbindung. Schließlich kommt es auch zu einem massiven Machtverlust der Gewerkschaften, die vor dem Hintergrund des krisenbedingten Anstiegs der Massenarbeitslosigkeit nicht mehr in der Lage sind, erhebliche Kürzungen der (Real-)Löhne zu verhindern.

### **Troika für alle?**

Einiges deutet darauf hin, dass sich in absehbarer Zeit die mit der Troika gemachten Erfahrungen auf die EU insgesamt übertragen könnten. Obwohl der EU-Vertrag Kompetenzen im Bereich der Lohn- und Tarifpolitik explizit ausschließt, ist letztere heute ein fester Bestandteil der bislang etablierten Verfahren für eine engere europäische Koordinierung der Wirtschaftspolitik. So enthalten z.B. die im Rahmen des Europäischen Semesters formulierten Empfehlungen für die meisten EU-Staaten auch Forderungen zur Reform der Tarifpolitik. Empfehlungen für eine stärkere Dezentralisierung beschränken sich dabei keineswegs nur auf die aktuellen Krisenstaaten, sondern betreffen z.B. auch Länder wie Belgien und Frankreich.

Mit der Einführung des neuen Verfahrens zur Bekämpfung ökonomischer Ungleichgewichte in der EU könnte eine dauerhafte Nichtbeachtung der EU-Empfehlungen perspektivisch sogar mit Sanktionen belegt werden, z.B. wenn die von der EU vorgegebene Marge zur Erhöhung der Lohnstückkosten überschritten wird. Schließlich gehen die jüngsten Vorschläge zur Weiterentwicklung der Europäischen Wirtschaftsunion dahin, dass die EU nach dem Vorbild der Troika-Memoranden mit allen Nationalstaaten verbindliche Verträge über durchzuführende Strukturreformen abschließt (Oberndorfer 2013). Auf diese Weise könnten über kurz oder lang auch die heute noch relativ gefestigten Flächentarifvertragssysteme in West- und Nordeuropa ins Schussfeld gelangen.

## Literatur/Quellen:

---

Busch, Klaus/ Hermann, Christoph/Hinrichs, Karl/Schulten, Thorsten (2012): Eurokrise, Austeritätspolitik und das Europäische Sozialmodell. Wie die Krisenpolitik in Südeuropa die soziale Dimension der EU bedroht, Friedrich Ebert Stiftung, Berlin, <http://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/09444.pdf>

Europäische Kommission (2012): Labour Market Developments in Europe 2012, European Economy Nr. 5/2012, [http://ec.europa.eu/economy\\_finance/publications/european\\_economy/2012/pdf/e-e-2012-5\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/economy_finance/publications/european_economy/2012/pdf/e-e-2012-5_en.pdf)

Hermann, Christoph/Hinrichs, Karl (2012): Die Finanzkrise und ihre Auswirkungen auf Sozialstaaten und Arbeitsbeziehungen – ein europäischer Rundblick, Studie der Arbeiterkammer Wien, [http://wien.arbeiterkammer.at/bilder/d184/Forba-Studie\\_Finanzkrise\\_2012.pdf](http://wien.arbeiterkammer.at/bilder/d184/Forba-Studie_Finanzkrise_2012.pdf).

International Trade Union Confederation (ITUC) (2013): Frontlines Report April 2013, [http://www.ituc-csi.org/IMG/pdf/ituc\\_frontlines\\_report\\_april\\_2013\\_web.pdf](http://www.ituc-csi.org/IMG/pdf/ituc_frontlines_report_april_2013_web.pdf)

Oberndorfer, Lukas (2013): Pakt(e) für Wettbewerbsfähigkeit als nächste Etappe in der Entdemokratisierung der Wirtschaftspolitik?, in: Arbeiterkammer Wien Infobrief EU & International Nr. 1, S. 19-26, [http://www.arbeiterkammer.at/bilder/d189/EU\\_infobrief\\_1\\_2013.pdf](http://www.arbeiterkammer.at/bilder/d189/EU_infobrief_1_2013.pdf)

Schulten, Thorsten/Müller, Torsten (2013): A new European Interventionism? The impact of the New European Economic Governance on Wages and Collective Bargaining, in: Natali, David/Vanhercke, Bart (Hrsg.), Social Developments in the EU 2012, European Trade Union Institute and the European Social Observatory, Brussels 2013.

**Autor:** Dr. Thorsten Schulten, geboren 1966 in Düsseldorf, Referent für Arbeits- und Tarifpolitik am Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut (WSI) der Hans Böckler-Stiftung in Düsseldorf

## NACHGEFRAGT bei Jean Ziegler (Interview)

---

von Dr. Kai Lindemann

*In dem Buch „[Wir lassen sie verhungern – Die Massenvernichtung in der dritten Welt](#)“ kritisiert der UNO-Menschenrechtsrat und ehemalige UNO-Sonderberichterstatter für das Recht auf Nahrung, Jean Ziegler, massiv die Nahrungsmittelspekulation und die Haltung des Westens gegenüber dem Hunger in der sogenannten „Dritten Welt“.*

**GEGENBLENDE:** Sehr geehrter Herr Ziegler, seit nahezu 5 Jahrzehnten brechen in regelmäßigen Perioden medienwirksame Hungersnöte - zumeist in Afrika - aus. Sie öffnen für kurze Zeit die Geldbörsen der Europäer. In ihrem Buch „Wir lassen sie verhungern...“ reden sie von einem „strukturellen Hunger“. Was ist das und warum werden dessen Grundlagen nicht bekämpft?

**Ziegler:** Alle fünf Sekunden verhungert ein Kind unter zehn Jahren. 57 000 Menschen sterben am Hunger jeden Tag und 1 Milliarde Menschen von den 7 Milliarden, die wir sind, sind permanent schwerstens unternährt. Der World Food Report der FAO, der diese Opferzahlen herausgibt, sagt, dass die Weltlandwirtschaft problemlos 12 Milliarden Menschen – also fast das Doppelte der Weltbevölkerung – normal ernähren könnte. Fazit: es gibt keinen objektiven Mangel an Nahrung. Ein Kind, das am Hunger stirbt, wird ermordet.

**GEGENBLENDE:** Sie sprechen in ihrem Buch von 10 transnationalen Konzernen, die weltweit 85% der Nahrungsmittelindustrie kontrollieren. Warum braucht man in Afrika oder anderswo überhaupt Konzerne aus dem Westen, die bei ihnen produzieren, aber nicht das Inland ernähren können oder wollen?

**Ziegler:** Die Konzern-Diktatur ist mörderisch. Die 54 Staaten Afrikas haben vergangenes Jahr für 24 Milliarden Dollar Nahrungsmittel importieren müssen.... zu den von den Konzernen diktierten Preisen. Die horrende Auslands-Verschuldung der meisten afrikanischen Länder verunmöglicht ihnen die Minimal-Investition in ihre eigene Subsistenz-Landwirtschaft vorzunehmen. 35,2 % der schwarz-afrikanischen Bevölkerung ist daher permanent schwerstens unternährt.

**GEGENBLENDE:** Häufig werden die europäischen Subventionen im Agrarbereich mit der historischen Angst der Europäer vor Hungersnöten gerechtfertigt. Ist diese Diagnose noch aktuell, oder handelt es sich weitaus eher um eine Standortsubventionierung? Schließlich sagen viele Experten, dass man in Afrika viel rentabler Nahrungsmittel produzieren könnte, als im Norden.

**Ziegler:** Auf jedem afrikanischen Markt kann man heute französisches, deutsches, usw. Gemüse, Früchte, Poulets, usw. zur Hälfte oder einem Drittel des Preises entsprechender gleichwertiger afrikanischer Inlandsprodukte kaufen. Das Agrar-Dumping der EU in der Dritten Welt zerstört die dortige Landwirtschaft und schafft Hunger.

**GEGENBLENDE:** Was müsste sich weltweit ändern, um endlich eine soziale und ökologische Lebensmittelversorgung zu garantieren? Und wie müssten die neuen BRIC-Staaten dabei eingebunden werden, die ja gegenwärtig die westlichen Strategien imitieren.

**Ziegler:** Eine der ersten, dringendsten Massnahmen ist das Radikal-Verbot der Börsenspekulation auf Grund-Nahrungsmittel. 1,2 Milliarden Menschen sind gemäss Weltbank „extrem-arm“. Sie müssen mit weniger als einem Dollar pro Tag ihre Nahrung kaufen. Wenn – wie jetzt – die Preise für Mais, Reis, Weizen explodieren – wegen der Spekulation – sterben viele Millionen Menschen zusätzlich in den Slums der Welt.

Vielen Dank für das Interview!

**Autor:** Dr. Kai Lindemann, geboren 1968 in Bremen, verantwortlicher Redakteur des Debattenmagazins GEGENBLENDE

## Postfossile Zeiten und industrielle Zukunft

---

von Klaus Mertens

Die Industriegeschichte der letzten zweihundert Jahre liest sich - zumindest aus westeuropäischer Perspektive - wie ein durchgängiger Erfolg: Wohlstand für viele, halbwegs funktionierende Gesundheits- und Sozialsysteme, sowie erträglich lange Arbeitstage für die meisten. Dagegen stellt sich aus einer globalen Perspektive und unter Berücksichtigung der Endlichkeit vieler Ressourcen, insbesondere der fossilen Brenn- und Treibstoffe (peak oil), einerseits und dem Klimawandel andererseits, die industrielle Zukunft nicht so rosig dar.

### Angebot und Nachfrage – die Zukunft der Massenproduktion

Peak Oil wird das Warenangebot einschränken und deutlich verteuern. Das wird insbesondere für die deutsche Leitbranche Automotive einschneidende Veränderungen mit sich bringen. Die Fahrzeuge werden sich den neuen Gegebenheiten anpassen müssen. Das betrifft nicht nur die Frage des Antriebsstrangs, sondern alle Faktoren, die im Zusammenhang mit dem Verbrauch und Rohstoffeinsatz (seltene Erden) stehen. Darüber hinaus wird es wohl auch um die Substitution der Kunststoffteile auf Erdölbasis gehen müssen. Die Branche kann als beispielhaft für viele andere Branchen gelten, von der chemischen Industrie, der das Erdöl als Rohstoff etwa für Düngemittel ausgeht, bis zum Maschinenbau, dem die Kunden abhandenkommen. Dabei wird es in vielen Branchen wohl auch um die Frage gehen, ob die Produkte überhaupt irgendeinen Bedarf decken oder nur eine selbsterzeugte Nachfrage befriedigen.

Ob es, und wenn ja in welchem Umfang, in postfossilen Zeiten eine industrielle Massenfertigung braucht, also inklusive Nachtschichten, Fließbandarbeit etc. ist aus der Produktperspektive, jenseits der schon gestellten Frage nach dem tatsächlichen Bedarf aus zwei Blickwinkeln zu beantworten:

- Wie entwickeln sich Preise und Einkommen?
- Ist das Produkt langlebig, wieder verwertbar und ressourceneffizient hergestellt?

Schreibwaren werden vor diesem Hintergrund wahrscheinlich nach wie vor massenhaft gebraucht, während Diddlmäuse wohl nicht länger im Dreischichtbetrieb hergestellt werden müssen. Viele weitere funktionslose Konsumartikel werden verschwinden. Das Alles impliziert einen tiefgreifenden Wandel der Konsumkultur, die sich jenseits von Moden, Trends und Ersatzbefriedigungen stärker auf Bedarfe konzentrieren wird. Aber: Die soziale Differenzierung qua

Konsum wird sich wohl wieder zuspitzen, weil der Erwerb etwa eines rohstoffträchtigen Automobils in viel stärkerem Maße eine Frage des Geldes und der Beschaffungsoptionen wird, als heute.

### **Qualität geht vor – Nachhaltigkeit und Lebensdauer**

Im Nachdenken um eine industrielle Produktion nach dem Peak Oil geht es einerseits um die Langlebigkeit der Produkte, was als Kritik an der geplanten Obsoleszenz aktueller Produkte formuliert wird und andererseits um die vollständige Wiederverwertbarkeit der Produkte, die unter „cradle to cradle“ firmiert. Unabhängig davon ist auch die Frage der Innovationszyklen zu diskutieren, die insbesondere im Medien- und Kommunikationsbereich für einen raschen Produktwandel sorgt. Ob diese Zyklen gestreckt werden, weil die Innovation an ihrer Qualität und nicht nur an der zunehmenden Quantität von Bildpunkten und Megabytes gemessen wird, bleibt offen.

### **Industrielle Produktion**

Im selben Maß wie sich die Produktlandschaft im Sinne eines quantitativ verringerten Angebots, aber mit längeren Lebensdauern, hohen Wiederverwertbarkeiten und Ressourceneffizienz verändern wird, werden sich auch industrielle Prozesse verändern müssen. Gut beraten werden dabei diejenigen Unternehmen sein, die sich die Verschwendungsphilosophie des Toyota Produktionssystems zu Eigen gemacht haben. Das System kennt drei verschiedene Verschwendungsarten, Muda (Verschwendung), Mura (Unausgeglichenheit des Prozess) und Muri (Überlastung von Mensch und Maschine), wobei es bei Muda um Verschwendung von Ressourcen geht.

Diese Verschwendungen zu vermeiden ist ein zentrales Kernprinzip des Produktionssystems. Damit scheint es geeignet, den Anforderungen einer postfossilen Industrieproduktion gerecht zu werden, bei der es ja explizit um einen außerordentlich sparsamen Umgang mit allen Ressourcen gehen wird! Leider sind ganzheitliche Produktionssysteme in deutschen Betrieben nicht sonderlich weit verbreitet.

### **Effizienz in Sachen Energie und Rohstoff**

Neben dem Peak Oil werden auch die Energiewende und der Klimawandel, und das damit verbundene staatliche Eingreifen - so es denn geschieht -, die Industrie dazu zwingen sorgsamer mit den Ressourcen umzugehen. Das gilt insbesondere auch für die aufgewandte Energie im Produktionsprozess. Auf der Rohstoffseite geht es um den Materialeinsatz, der bei gleichzeitig gestiegenen Anforderungen an die Qualität,

so gering wie möglich zu halten ist und das Design soll ressourcenschonend auf Reparatur- und Recyclingfähigkeit orientiert werden. Das scheint eine größere Herausforderung darzustellen, als eigentlich zu vermuten wäre, aber die Zahl derer, die sich noch daran erinnern können, Schuhe zum Schuster oder eine Uhr zum Uhrmacher gebracht zu haben, ist wohl recht gering. Vielleicht sind es die vor den 70ern Geborenen? Spätere Generationen sind an Verschrotten, Wegschmeißen und Neukaufen gewöhnt worden.

### **no more global sourcing?**

Global angelegte Produktions- und Beschaffungsprozesse brauchen günstige Transportkosten als zentralen Rentabilitätsfaktor, genauso wie einen erheblichen Lohnvorteil im Beschaffungs- bzw. Fertigungsland. Peak Oil wird zumindest die Transportkosten in die Höhe treiben, so dass bei gleichzeitig steigenden Löhnen in den Lieferländern, was sich im Zuge des wirtschaftlichen Aufschwungs in Osteuropa und den BRIC-Staaten bereits abzeichnet, die globalisierte Wertschöpfungskette nicht länger einen Mehrwert für die Unternehmen erzeugen wird.

Unabhängig vom unternehmerischen Mehrwert stellt sich selbstredend auch die volkswirtschaftliche Frage, wie viel Ressourcenverbrauch und Umweltverschmutzung denn ein solcher betrieblicher Mehrwert kosten darf?

Eine postfossile Produktion wird wohl hauptsächlich für regionalisierte Märkte angelegt sein, wobei globale Lokalisierungsstrategien ja bereits heute – zumindest von den großen Konzernen – verfolgt werden.

### **Industriebeschäftigte**

Die vorstehend skizzierten Veränderungen treffen den Arbeitnehmer sowohl als Bürger und Konsumenten, aber eben auch in seiner Arbeitnehmerrolle. Selbst wenn er seinen Arbeitsplatz nicht wechselt oder verliert – was bei geringeren Produktionsmengen und weniger Produktvielfalt sehr wahrscheinlich ist - wird sich doch einiges ändern. Die Eckpunkte dieser Veränderung sollen im Folgenden aufgezeigt werden.

### **Die Arbeitszeit. Flexibel bedarfsgesteuert**

Ein Arbeitszeitmodell der Zukunft wird sich an den Anforderungen hinsichtlich Ressourceneffizienz und Bedarfssteuerung orientieren. Das hört sich zwar nach *Kapovaz* an, muss es aber nicht sein! Es wird auch nicht in allen Branchen, etwa der Stahlindustrie, gehen, weil dort z.B. technologiebedingt die Prozesse kontinuierlich

durchlaufen müssen. Inwieweit das dann zu Konzentrationsprozessen in den jeweiligen Branchen führen wird, ist offen.

Diese prinzipielle Pull-Steuerung ist in modernen Produktionssystemen durchaus angelegt. Dort geht sie aber in der Regel von einer durchgängigen Massenproduktion aus bei der nur die produzierten Teile variieren und das Pull-Prinzip die Überproduktion nicht benötigter Varianten verhindern helfen soll. Eine so radikale Bedarfsorientierung wie vorstehend beschrieben, wird für Unternehmen wie Arbeitnehmer eine gänzlich neue Erfahrung und wird neue Facetten in das Thema Arbeitszeitflexibilität bringen.

### **Der Arbeitsweg. Ein Problem?**

Das statistische Bundesamt hat im Oktober 2009 eine Studie zur Entwicklung bei den Pendlern in der Bundesrepublik vorgelegt, die deutlich macht, dass 60% aller Pendler das Auto benutzen und die Strecken zum Arbeitsplatz insgesamt länger werden. Nur noch 45,8% der Arbeitnehmer haben einen Arbeitsweg, der kürzer ist als 10km. Damit verbunden sind zum Teil erhebliche Zeitaufwendungen. Nur 68,2% der Arbeitnehmer pendeln täglich weniger als eine halbe Stunde.

Was bedeutet das unter dem Vorzeichen von Peak Oil?

Die Fahrtkosten werden steigen und können wohl nicht gänzlich von einer immer wieder zur Disposition stehenden Pendlerpauschale (im Übrigen ein deutscher Spezialfall) aufgefangen werden. Neben steigenden Heizkosten haben Arbeitnehmer also auch diese Mehrkosten zu verkraften.

Die Frage der Verfügbarkeit von Treibstoff generell kommt als ein weiterer Unsicherheitsfaktor hinzu, weil das der geforderten Anwesenheitsdisziplin doch durchaus entgegenstehen kann. Der Umstieg auf öffentliche Verkehrsmittel bzw. Schusters Rappen oder das Fahrrad wird bei entsprechender Entfernung oder mangels fehlendem Angebot (ländlicher Raum) keine Alternative darstellen, so dass in vielen Fällen ein Umzug näher zum Arbeitsplatz anstehen wird, der zur weiteren Verdichtung in den entsprechenden Zentren führen wird, was wiederum das Wohnen dort verteuern dürfte. Im Gegenzug werden sich ländliche Räume entleeren.

### **Neues lernen...**

Die Veränderungen durch Peak Oil, Klimawandel und Demographie werden umfassende Prozesse von Wissensaneignung und Erfahrungen nötig und möglich machen, so dass es schwer fällt, die Arbeitnehmerrolle hier im Besonderen zu fassen. Die Menschen werden sich allesamt an andere Zeitrhythmen gewöhnen müssen,

werden von Liebgewonnenem Abschied nehmen und Neues schätzen lernen. Sie werden Wohlstand und Mobilität anders definieren lernen und sich selber neu definieren müssen. Die Arbeitnehmer werden sich auf neue Technologien, neue Geschäftsmodelle und neue Produktionskonzepte einrichten müssen. Unternehmen, aber auch Gewerkschaften und Betriebsräte werden ebenfalls dazulernen müssen!

### **Fazit**

Die industriepolitische Zukunft wurde vorstehend eher skeptisch dargestellt. Dem ist eigentlich wenig hinzuzufügen, wenn sich die Unternehmen nicht bewegen. Was das Bild ein wenig aufhellen könnte, wäre der Hinweis auf die Innovationskraft der Unternehmen und die Kreativität der Menschen, die vielleicht auch als Techniker und Ingenieure lernen können mit endlichen Ressourcen zu arbeiten und nicht länger aus dem Vollen schöpfen zu dürfen. Die Kreativität braucht aber auch in anderer Hinsicht einen Richtungsschwenk, der weniger operativ, als strategisch ausfallen muss.

Die Unternehmen müssen Kapazitäten schaffen, die solchen strategischen Überlegungen Raum und Zeit öffnen, um die Themen zu treiben, genauso wie sie Produkte für die Zeit der großen Transformation brauchen! Betriebsräte müssen lernen in Wirtschaftsausschüssen und Aufsichtsräten die Fragen nach einer postfossilen Zukunft zu stellen, Gewerkschaften die Fragen nach postfossiler Industrie-, Betriebs- und Tarifpolitik zu beantworten und schlussendlich muss auch die Zivilgesellschaft insgesamt diese Debatte ganzheitlich über die sozialen Milieus hinweg führen.

Ein zivilgesellschaftlicher Zusammenhang unter einigen anderen sind die Transformateure ([www.transformateure.de](http://www.transformateure.de)), ein Zusammenhang von Akteuren aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Feldern, die sich mit den Fragen der Nicht-Nachhaltigkeit der Gegenwart und einer postfossilen Zukunft beschäftigen.

**Autor:** Klaus Mertens, geboren 1966 in Siegen, Referent beim Betriebsrat der ZF Friedrichshafen AG, Schweinfurt

## Die Kontroverse um das kapitalistische Ego (Buchrezension)

---

von Prof. Dr. Frieder Otto Wolf

**Über das Buch von Frank Schirrmacher: *Ego. Das Spiel des Lebens*,  
München: Karl Blessing Verlag, 2013, 352S., 19,99€**

Dieser Bestseller des Herausgebers der FAZ hat schon unmittelbar nach dem Erscheinen eine breite und heftige Debatte ausgelöst<sup>[1]</sup>. In einer Umfrage im Magazin *Focus* haben nur die Philosophen Richard David Precht und Rüdiger Safranski sich zustimmend geäußert, während eine ganze Riege von Philosophen, Historikern und anderen öffentlichen Intellektuellen ihre zum Teil scharfe Ablehnung zum Ausdruck gebracht haben: Peter Sloterdijk, Paul Nolte, Henryk M. Broder, Hugo Müller-Vogg u.a. Der Hauptvorwurf, der scharfe Ablehnungen begründet, ist der eines autoritären Paternalismus: Alexander Grau argumentiert in Cicero (18.2.2013), dass das von Schirrmacher kritisierte Prinzip des Ego unter dem Gesichtspunkt der Emanzipation vom Kollektivismus für eine „humane, aufgeklärte Gesellschaft“ stehe. Bettina Röhl unterstellte in einer Besprechung in der *Wirtschaftswoche* Schirrmacher sogar, er sei von „linken, antikapitalistischen Weltverschwörungsphantastereien“ geprägt. Eben das, was Bettina Röhl zu dieser Schmähekritik motiviert hat, hat dann wiederum etwa Jens Berger (*Nachdenkseiten*, 19.2.2013) zu einer auf Schirrmachers Ego-Kritik gemünzten Formulierung hingerrissen: „Die Kritik an den Auswüchsen des modernen Kapitalismus [sic], dem Dogma effizienter Märkte und der Prämisse, Egoismus sei die maßgebliche Triebfeder menschlichen Handelns, ist sowohl links als auch konservativ.“ Und: auf die Frage, „ob Algorithmen oder gewählte Politiker über unsere Zukunft entscheiden sollten“, hätten Linke und Konservative dieselbe Antwort: es sollten „gewählte Politiker“ sein. Jakob Augstein (in einer Kolumne auf *Spiegel-Online* vom 11.2.2013) bilanziert Schirrmachers Publikation positiv: als „ein Buch über den Irrsinn des totalitären Kapitalismus“, als ein „intellektuelles Vergnügen“ und als „ein politisches Zeichen der Hoffnung: Der Widerstand wächst.“

Dem ist gewiss nicht zu widersprechen – zumindest bröckelt eine Zustimmungsbasis. Und Jakob Augsteins dramatisierender Begriff des „totalitären Kapitalismus“ greift zumindest auf, dass es bei diesem Zustimmungsentzug nicht mehr nur um „Auswüchse“ geht, sondern um etwas, das immer mehr Lebensbereiche ergreift. Thomas Wagner hat in der „Jungen Welt“ vom 12.3.2013 durchaus zutreffend darauf hingewiesen, „dass das Fundament jener Widersprüche, die er [Schirrmacher] analysiert, schon im ganz normalen Funktionieren der sogenannten Marktwirtschaft angelegt ist. Das ‚Ego-Modell‘ der privaten Nutzenmaximierung ist unverzichtbarer

Bestandteil der Warenproduktion in der kapitalistischen Produktionsweise.“ Aber das reicht noch nicht, denn es ist noch ungenau: Es lässt Raum für die falsche Auffassung, dass sich „im Kapitalismus“ noch nie etwas Wichtiges geändert habe (und deswegen sich auch in Zukunft nichts Wichtiges ändern könne). Aber es lässt doch schon deutlich erkennen, dass hier die Begriffe dringend zu schärfen wären. Ohne das wird es weder möglich, sich mit „der Absicht dieses Buches“ (S. 14) wirklich kritisch auseinanderzusetzen, das den „ersten Fall eines Systemversagens der Informationsökonomie“ (ebd.) zu analysieren beansprucht und dabei zu „einer einzigen These“ (S. 15) kommt: Dass die „ökonomischen Modelle“ der neoliberal geprägten „Informationsökonomie“ (ebd.), „die den Menschen nicht mehr mit psychischen, sondern mit mathematischen Eigenschaften ausstatteten“ (ebd.), „lebendig geworden“ sind (ebd.) – „Sie machen den Menschen überhaupt erst zu dem, als was sie ihn beschreiben“ (ebd.) – und sie haben „praktisch alle anderen Sozialwissenschaften erobert ... und ... beherrschen [sie]“ (ebd.).

Ich folge zunächst nicht Schirrmacher Argumentationsaufbau, sondern gehe der quer dazu stehenden und der Sache nach vorgelagerten Fragen und Begrifflichkeiten nach.

## **Kapitalismus**

Beginnen wir mit dem Begriff „Kapitalismus“: *Zum einen* ist festzuhalten, dass Kapitalismus und Moderne offenbar so eng zusammenhängen, dass die Vorstellung eines nicht-modernen Kapitalismus keinen Realitätsgehalt hat. Derartigen Vorstellungen liegt immer noch der Gedanke zugrunde, jede Art von wirtschaftlich genutzter Ressource – vom individuell besessenen Faustkeil, über das Stück Land, auf dem ein Mensch arbeitet bis hin zu einer modernen Fabrik oder zu einem Guthaben bei einem Finanzdienstleister – deswegen schon als „Kapital“ zu begreifen. Dagegen bleibt die Frage nach einer nicht-kapitalistischen Moderne – trotz aller Versuche, sie für unreal zu erklären – immer noch eine perspektivisch zentrale Frage gegenwärtiger Politik, auch wenn der aus der russischen Oktoberrevolution entstandene „reale Sozialismus“ letztlich historisch gescheitert ist. Weder die These von Margaret Thatcher (und Ronald Reagan), dass es keine gesellschaftspolitische Alternative zu der von ihnen propagierten Entfesselung der Kapitalherrschaft gebe, erzeugt heute noch Evidenzen, noch kann Francis Fukuyamas (in ihrem Kern auch etwa von Samuel Huntington nicht bestrittene) These, durch die Entwicklung der westlichen liberalen Demokratie auf kapitalistischer Grundlage sei die Endgestalt der historischen Entwicklung von Gesellschaft und Staat erreicht, weiterhin als plausibel gelten.

*Als nächstes* ist grundlegend zu unterscheiden zwischen der allgemeinen Struktur einer „Herrschaft der kapitalistischen Produktionsweise“ und der Art und Weise, wie diese Herrschaft in konkreten Gesellschaften – die sich historisch und geographisch sehr weitgehend unterscheiden können – umgesetzt, verwirklicht und reproduziert

worden ist bzw. in welcher geographischen und historischen Vielfalt sie konkrete Gestalt angenommen haben. Sicherlich sollte über dieser Vielfalt nicht die elementare Tiefenstruktur dieser Herrschaft übersehen werden – wie dies etwa in diversen „Stadientheorien“ der „kapitalistischen Entwicklung“ geschieht, die über dem Neuen – etwa der Monopolbildung oder der systematisierten Staatsintervention in ökonomische Prozesse – einfach übersehen, dass auch in bzw. unter diesen neuen Formen die Ausbeutung der Lohnarbeit durch das Kapital, also die Mehrwertproduktion, gewährleistet bzw. durchgesetzt werden muss. Dieser Kern der Marxschen Kritik der politischen Ökonomie ist weder historisch obsolet noch außerhalb Europas unanwendbar – auch wenn es immer wieder notwendig ist, die konkreten Ausgestaltungen zu untersuchen und zu begreifen, in denen diese allgemein in ihren Strukturen bestimmbare Kapitalherrschaft ausgeübt wird.

*Weiterhin* lassen sich moderne Gesellschaften in ihrer Komplexität nicht hinreichend begreifen, indem sie auf die eine Dimension der Kapitalherrschaft reduziert, also bloß als „Kapitalismus“ beschrieben werden. Auch ohne die ökonomisch zentrale und politisch immer wieder Übergewichtige Rolle der Kapitalherrschaft (und ihrer konkreten Ausgestaltungen) in modernen Gesellschaften zu leugnen, lässt es sich doch einfach nicht bestreiten, dass zumindest Geschlechterverhältnisse – beginnend etwa mit der ungleichen Verteilung der gesellschaftlich notwendigen Arbeiten – und internationale Verhältnisse zwischen Staaten (und Staatengruppen wie der EU) – etwa in Gestalt ungleicher Austauschverhältnisse oder Tendenzen zur Migration und Flucht – eine eigenständige Determinante des Alltagslebens und der darin herrschenden Lebensbedingungen ausmachen. Im europäischen Maßstab oder auch global lässt sich deren Vielgestaltigkeit, aber auch deren eindimensionales „Zusammenschnurren“ in Krisensituationen nicht allein unter dem Gesichtspunkt der Kapitalherrschaft diskutieren, sondern macht es erforderlich, auf die jeweiligen konkreten Konstellationen einzugehen, welche sich zwischen diesen ganz unterschiedlichen Determinanten herausbilden.

Die Rede vom „Kapitalismus“ stellt in allen diesen Hinsichten eine Vereinfachung dar, die als solche ausdrücklich zu berücksichtigen ist, um in strategischen Auseinandersetzungen nicht völlig in die Irre zu gehen. Wenn wir bestimmen wollen, was uns Schirmmacher eigentlich sagen will – und woran also eine wirklich triftige Kritik ansetzen müsste – dann müssen wir uns von dieser Vereinfachung lösen.

### **Das Neue**

In der Frage, wenn wir sie ausdrücklich als solche formulieren und stellen, was denn über die „Kapitalismus-Problematik“ hinaus hier und heute das Neue ausmacht, das wir zu diskutieren haben, ist Jakob Augstein bei Schirmmacher durchaus fündig geworden:

„Im Spiel will jeder gewinnen. Das ist die Bedingung der Spieltheorie. Damit lassen sich komplizierte Handlungsmuster beschreiben. Im Kalten Krieg haben amerikanische Militärs und Physiker die Sowjets mit den Instrumenten der Spieltheorie in die Knie gezwungen. Als es keine Sowjets mehr gab, sind die Physiker an die Wall Street gegangen und zwingen seitdem mit ihrer Theorie die Welt in die Knie. Wir alle sind Opfer einer Ideologie des Egoismus. Sie wurde für eine Welt des Krieges entwickelt und verheert heute den Frieden. Eine Ideologie der Kälte und des Autismus. Eine Ideologie von Psychopathen für Psychopathen.“

Damit ist eine spezifische historische Situation und deren Entwicklung durchaus spezifisch angesprochen[2] und auch getroffen: Im Kontext der Reihe von Niederlagen der „Revolution im Westen“ seit den 1960er Jahren und dem – zeitversetzten – endgültigen Scheiterns der „Revolution im Osten“ setzt sich die „neoliberale Konterrevolution“ (Milton Friedman) zunächst global und dann auch im ehemaligen Sowjetblock durch und bringt eine erneute Zuspitzung des schon in früheren Perioden der modernen bürgerlichen Gesellschaften entwickelten, alten Technokratentraums des rein sachlichen Automatismus, der keine politischen Entscheidungen mehr benötigt: In Gestalt einer automatischen Funktionsbeschreibung, die auf einem Algorithmus beruht, der Prozesse der elektronischen Datenverarbeitung auf eine bestimmte, reproduzierbare Weise steuert, werden Antworten auf Probleme gefunden und damit beständig „Entscheidungen“ produziert – ganz ohne politischen Diskurs und Streit. Was an Automatismen für die „doomsday machine“ der Kalten-Kriegs-Konfrontation entwickelt worden war, wird damit übertragen auf die entfesselte Konkurrenz der WarenproduzentInnen:

Die neoliberale Ideologie lässt in diesem Zusammentreffen von Digitalisierung und Globalisierung den modernen „Besitzindividualismus“, wie er den Rechtsvorstellungen dieser Gesellschaft zugrunde liegt, eindeutig Gestalt annehmen und legt damit die gesellschaftlichen Individuen als solche alternativlos auf die Devise „Freiheit, Gleichheit, Eigentum und Bentham“ fest, wie sie schon Marx für die „Oberfläche“ der modernen bürgerlichen Gesellschaft als herrschende Denkformen diagnostiziert hatte. Zugleich nutzt er das spezifische Potenzial der neuen Welle der Revolutionierung der Verhältnisse, die sich unter den Vorzeichen von Globalisierung und Digitalisierung durchsetzt, dafür, um diese Durchsetzungs- und Reproduktionsprozesse als solche immer weiter zu formalisieren, algorithmisch darstellbar und vollziehbar zu machen und sie schließlich auf dieser Grundlage auch automatisieren zu können. Damit nimmt diese „Oberfläche“ selbst noch einmal spezifische, gegenüber Bewusstseinsprozessen und – formen verselbständigte Gestalten an, entwickelt eine eigenständige Materialität und Widersprüchlichkeit – auf der Ebene einer von „Maschinen“ vollzogenen Dimension der gesellschaftlichen Kommunikation.

Schirmmacher verweist in einleuchtender Weise auf Charles Babbage als den „wahren Vater des Computers“ (taz-Interview). Auch wenn er bestreitet, dass es sich bei der „Digitalisierung“ um eine „Technologie“ handle (ebd.), ist sie genau dies – jedenfalls in der Bedeutung, die Karl Marx in klassischer Weise diesem Begriff einer „ganz modernen Wissenschaft der Technologie“ (MEW 23, 510)[3] gegeben hat: nämlich Auflösung der überkommenen „buntscheckigen, scheinbar zusammenhanglosen und verknöcherten Gestalten des gesellschaftlichen Produktionsprozesses [...] in bewußt planmäßige und je nach dem bezweckten Nutzeffekt systematisch besondere Anwendungen der Naturwissenschaft“ (ebd.), zumindest wenn wir die Computerwissenschaft bzw. Kybernetik und die angewandte Mathematik, die in ihr steckt, als eine Naturwissenschaft im weiteren Sinne begreifen und den gesellschaftlichen Produktionsprozess – ganz problemadäquat – so weit fassen, dass er die „Herstellung“ von allem umfasst, was in Warenform gehandelt werden kann.

Dennoch trifft Schirmmacher auch gegenüber dieser nicht trivialisierten Auffassung der Technologie immer noch etwas, wenn er geltend macht, es handle sich hier doch vor allem um „eine Ökonomie“: um den Einstieg in die „umfassende Ökonomisierung sämtlicher Lebensbereiche“, in der durch „smart machines“ die „tägliche Kommunikation ... ständig bewertet“ wird und „unsere Präferenzen“ von allen Seiten erforscht werden (dies und die folgenden Zitate aus dem taz-interview). Unter der Losung der „Ökonomie des Geistes“ (Ronald Reagan) sind inzwischen „Maschinen“ gebaut worden, die „in unsere Köpfe hineinwollen“ und denen das immer besser gelingt, nicht mehr nur im Zusammenhang der dadurch „automatisierten“ Finanzmärkte, sondern in dem „der digitalen Vernetzungsstruktur“, die uns alle erfasst, so dass wir „die Verwandlung immer weiterer sozialer Bereiche in börsenähnliche Plattformen“ erleben und in den Medien nicht mehr „vom Journalismus“ reden können, ohne „von künstlicher Intelligenz reden“ zu müssen. Auf dieser Grundlage sind bereits, so Schirmmachers schwerlich bestreitbarer Befund, „Giganten der Bewusstseinsindustrie entstanden“.

## Politik

Sehen wir uns näher an, wodurch sich „Algorithmen“ von „gewählten Politikern“ unterscheiden, also – auf eine elementarere Ebene gebracht – was es bedeutet, anstehende Fragen „rein sachgemäß“ oder aber „politisch“ zu entscheiden: Wenn wir uns von dem technokratischen Traum verabschieden, jeden Streit durch ein richtig bestücktes und korrekt durchgeführtes Kalkül entscheiden zu können, dann müssen wir feststellen, dass wir in allen wichtigen Fragen – in der es auch um die Artikulation und die Berücksichtigung von Interessen geht – nicht darauf setzen können, die „richtige Antwort“ gleichsam auszurechnen, sondern Bewertungen und Gewichtungen vornehmen müssen, für die wir uns nur selber verbürgen können, ohne sie aus geteiltem und gesicherten Wissen „ableiten“ zu können. Diese Feststellung bedeutet keine Absage an Versuche zur Versachlichung von Streitfragen

und auch keinen Kult der Dezision um der Dezision willen. Aber sie bedeutet doch, das wir ein Interesse daran haben müssen, auch politische Entscheidungen immer wieder möglichst adäquat zu treffen und uns nicht einfach mit dem Formalismus begnügen können, dass diese Entscheidungen von Repräsentanten getroffen werden, die wir einmal zu diesem Zwecke durch Wahlen autorisiert haben. Mit anderen Worten lässt gerade die Einsicht in die Erforderlichkeit von in diesem Sinne politischen Entscheidungen in allen Lebensbereichen die schlichte Berufung auf die legitimen Befugnisse staatlicher, parlamentarischer oder parteipolitischer Funktionsträger als ganz offensichtlich anmaßend und unzureichend begründet erkennbar werden.

In der Wirklichkeit ist aber das Problem noch viel akuter: Wie Schirmmacher von einem „politischen Insider“ erfahren haben will, ist nicht nur festzustellen, „dass die Politik nicht nur nichts mehr zu sagen hat. Es ist viel gravierender: Die Politik musste partiell die Bürger in die Irre führen. Denn der eigentliche Adressat von Politik sind heute die Märkte“. Und etwa auf den Finanzmärkten ist „die Hälfte des Handels von Maschinen und nicht von Menschen gesteuert“. Schirmmacher warnt vor einer Kapitulation der Politik: „Die Politik kapituliert, wenn ernsthaft erwogen wird, ob in bestimmten Ländern Europas in so einer Situation besser nicht gewählt wird, weil dies die Märkte verunsichern könnte.“ Das ist zwar noch nicht „die Normalisierung des Ausnahmezustandes“, wie Schirmmacher meint, aber immerhin die Außerkraftsetzung des demokratischen Prinzips zugunsten der Marktkonformität – d.h. zur ausdrücklichen Unterwerfung unter den Primat der Kapitalherrschaft.

Angela Merkel hat in einer Davoser Rede ganz prinzipiell eine „marktkonforme Politik“ postuliert. Bei Schirmmacher wird nachvollziehbar, dass dies letztlich nur eine ‚Antipolitik‘ sein kann, die alle wichtigen Fragen der politischen Deliberation und Entscheidung entzieht – und sie schon gar nichts ins „Offene“ einer gesellschaftlichen Öffentlichkeit stellt, die sich auf die ‚Menge der Vielen‘ hin erweitert.

### **Welche Geschichte wird erzählt?**

Welche „Geschichte ... dieses Buch erzählen will“ (17), wird ausdrücklich angegeben: „Wie der Einzelne das Gefühl haben konnte, dass sich das ganze Universum gegen ihn verschworen hat, und wie nach dem Ende des Kalten Kriegs ein neuer Kalter Krieg im Herzen unserer Gesellschaft eröffnet wird.“ (ebd.) Das ist aber nur die Oberfläche dieser Erzählung – dahinter, verdeckt insbesondere durch die von Schirmmacher vollzogene anthropologische Umdeutung seiner Beschreibungen (205ff.), zeichnet sich eine tiefer durchsetzende Hintergrundgeschichte ab: Dass die kapitalistische Produktionsweise alle Klassenkompromisse der Kalten-Kriegs-Periode aufgesprengt und dadurch die Konsenspolitik des Nachkriegs-Fordismus beendet – und in neuen Technologien und Organisationskonzepten neue Grundlagen dafür gefunden hat, die Akkumulation des Kapitals zu entfesseln und in neue Sphären des

gesamtgesellschaftlichen Reproduktionsprozesses hinein auszudehnen, durch die das Alltagsleben noch weit tiefer geprägt wird, als dies die „Kulturindustrie“ und der „Konsumismus“ im 20. Jahrhundert getan haben. Dabei entsteht auch eine neue Kompliziertheit zwischen Kapitalherrschaft und herrschaftlich strukturierten Geschlechterverhältnissen – was den erneuerten Gestalten des „Besitzindividualismus“ (Macpherson), welche die Oberfläche dieser modernen Gesellschaften nach den Prinzipien von „Freiheit, Gleichheit, Eigentum und Bentham“ (Marx) organisieren, erst die starke emotionale Durchschlagskraft verleiht, die unterschwellig Schirmachers Darstellung prägt.

Wie wäre es, diesen Impuls dafür zu nutzen, um zu untersuchen und zu dechiffrieren, welche modernen gesellschaftlichen Herrschaftsverhältnisse – etwa das Kapitalverhältnis, das ‚Patriarchat‘ und das ‚Imperium‘ – in dieser Oberfläche komplizenhaft zusammen wirken – und wo damit begonnen werden kann, tiefer anzusetzen? Dann würde Schirmachers Buch wirklich nützlich werden – und sich nicht darauf beschränken, im Feuilleton emotionale Wellen zu schlagen und zugleich durch Überbetonung des Neuen zu verdecken, wie weitgehend schon ziemlich alte Herrschaftsverhältnisse in diesem Neuen fortgeführt werden.

#### Literatur/Quellen:

---

[1] Sebastian Friedrich hat in a&k, Nr. 582, April 2013, S. 32, bereits einen aufschlussreichen Debattenrückblick formulieren können und Jan Feddersen/Kai Schlieter haben Frank Schirmacher zu einem aufschlussreich resümierenden Gespräch eingeladen (taz v. 20.4.2013).

[2] Im Gespräch mit Feddersen und Schlieter bezieht sich Schirmacher darauf, dass nach „dem Ende des Kommunismus ... die westlichen Gesellschaften einen neuen, stark reduzierten, aber ungemein wirkungsvollen Begriff von Rationalität entwickelt hätten“ und zwar „in einer engen Kooperation zwischen Ökonomie und Kybernetik“ (taz-Interview). Dabei wird deutlich, dass wir es in seiner Darstellung nicht mit einer distanzierten Analyse eines unbeteiligten Beobachters (oder gar einer wissenschaftlichen Beschreibung und Erklärung mit Anspruch auf objektive Wahrheit) zu tun haben, sondern mit einem artikulierten Bekenntnis eines „Kontaminierten“ (taz-Interview), der zur Einsicht in die eigene Verblendung gekommen ist.

[3] Deren „kritische Geschichte“ Marx als „Bildungsgeschichte der produktiven Organe des Gesellschaftsmenschen, der materiellen Basis jeder besondern Gesellschaftsorganisation“ begreift (MEW 23, 392, Anm. 89): „Die Technologie enthüllt das aktive Verhalten des Menschen zur Natur, den unmittelbaren

Produktionsprozess seines Lebens, damit auch seiner gesellschaftlichen Lebensverhältnisse und der ihnen entquellenden geistigen Vorstellungen.“ (MEW 23, 393, Forts. Anm. 89).

**Autor:** Prof. Dr. Frieder Otto Wolf, Geboren 1943 in Kiel, Honorarprofessor für Philosophie an der Freien Universität Berlin

## **Das ideologische Mantra „Wettbewerbsfähigkeit“**

---

**von Robert Misik**

### **Warum Merkels Pakt zur Zerstörung Europas verhindert werden muss**

Als vor rund eineinhalb Jahren der EU-Fiskalpakt geschnürt wurde, war das ja praktisch so: Deutschland, das mächtigste Land Europas, hat allen anderen Euro-Zonenländern das deutsche Modell der "Schuldenbremse" aufgezwungen, trotz aller Warnungen, dass damit auch nachhaltige öffentliche Investitionen erschwert würden und antizyklische Wirtschaftspolitik gleichsam verboten würde. Kurzum: Dass die Dummheit Gesetz würde. Aber aus Angst vor den Märkten, die ja bekanntlich immens nervös und stets schlecht gelaunt sind, musste alles ganz schnell gehen. So haben auch sozialdemokratische Regierungschefs, die es eigentlich besser wissen sollten, zugestimmt, und daheim haben sie sich diese Zustimmung von ihren Parlamentariern absegnen lassen. Die Zustimmung wird in der Regel in solchen Fällen mit drei Erpressungslogiken erzwungen: Erstens, müsse man auf die "politische Mitte", den "Mainstream" schießen, und diese Mitte sei für vernünftige Wirtschaftspolitik nicht zu gewinnen; zweitens habe man nun eben schon zugestimmt, und eine Ablehnung käme einer Desavouierung des eigenen Regierungschefs gleich; und drittens, würden "die Märkte" bestimmt ganz arg böse, wenn man eine Zustimmung verweigern würde.

Demnächst könnten wir ein Da-Capo dieses üblen Schauspieles erleben: Beim EU-Gipfel im Juni soll eine Vertragsvereinbarung über einen "Konvergenz- und Wettbewerbspakt" unterzeichnet werden, der wiederum von der deutschen

Regierung vorangetrieben wird. Dessen Geist wird vom Mantra der „Wettbewerbsfähigkeit“ geprägt sein.

Um kurz und salopp zu schildern, worum es geht: Wenn heute ein Land wie Griechenland oder Zypern in Refinanzierungsprobleme gerät, schlüpft es unter den EU-Rettungsschirm, und im Austausch dafür reitet die Troika ein (die "Destroika" aus Vertretern von EU-Kommission, Europäischer Zentralbank und dem Weltwährungsfond IWF) und oktroyiert neoliberale "Reformen"; und zwar nicht nur Sparmaßnahmen, die direkt auf die Reduktion der Staatsdefizite abzielen, sondern auch auf "Reformen", die damit nichts zu tun haben: Arbeitsmarktderegulierungen, Lohnkürzungen und Arbeitszeitverlängerungen zur Stärkung der "Wettbewerbsfähigkeit" der betroffenen Länder (siehe den Beitrag von Thorsten Schulten in dieser Ausgabe).

### **(Des-)Troika für alle!**

Das Traurige aus Sicht der neoliberalen und konservativen Scharfmacher: Das können sie bisher eben nur mit Ländern machen, die Hilfskredite aus den Rettungsschirmen in Anspruch nehmen. Allen anderen kann man leider nichts befehlen.

Das soll sich mit dem "Konvergenz- und Wettbewerbspakt" ändern. Der Pakt wird de facto heißen: (Des-)Troika für alle.

Das vertrackte ist daran: Grundsätzlich ist so ein Pakt sinnvoll. Denn die Währungsunion funktioniert ja auch deshalb so schlecht, weil hier ökonomisch sehr verschiedene Länder, die auch noch eine unterschiedliche Wirtschaftspolitik verfolgen, eine gemeinsame Währung haben. Makroökonomische Ungleichgewichte können über die Währungspolitik nicht mehr korrigiert werden. Deshalb muss verhindert werden, dass sich die Mitglieder der Währungsunion, also die einzelnen nationalen Volkswirtschaften zu stark auseinander entwickeln. Aus diesem Grund haben auch progressive Kräfte und Regierungen seit jeher eine "europäische Wirtschaftsregierung" gefordert.

### **Kostensenkungs-Spirale nach unten**

Ein Pakt für "Konvergenz- und Wettbewerbsfähigkeit", der die Handschrift der deutschen schwarz-gelben Regierung trägt, wird aber die Betonung auf Wettbewerbsfähigkeit legen und von dem sozial-ökonomischen Zerrbild ausgehen, dass wir in Europa alle gegeneinander konkurrieren und stabiles Wachstum nur erreicht werden kann, wenn alle immer wettbewerbsfähiger werden. Wie absurd das ist, sieht man im Grunde auf den ersten Blick: Deutschland wurde

"wettbewerbsfähiger", weil es die Lohnkosten in den vergangenen Jahren gedrückt hat (das heißt: Niedriglohnsektoren eingeführt, nur sehr geringe Lohnerhöhungen für Normalverdiener realisiert und den Arbeitsmarkt dereguliert hat etc.), was die relative Wettbewerbsposition der anderen verschlechtert hat. Wenn die nun versuchen, ähnlich "wettbewerbsfähig" wie die Deutschen zu werden, oder sogar noch "wettbewerbsfähiger", dann müssen die Deutschen wieder reagieren - man kann dieses Spiel ewig weiter spielen. Am Ende würden wir alle in Niedriglohnsektoren arbeiten, dafür aber wunderbar wettbewerbsfähig sein, mit dem unbequemen Nachteil, dass es in Europa niemanden mehr gibt, der/die unsere schönen Güter, die wir in unserer großartigen Wettbewerbsfähigkeit herstellen, noch kaufen kann. Und das, obwohl für alle europäischen Volkswirtschaften zusammen der europäische Markt den gemeinsamen Absatzmarkt darstellt, es also überhaupt keinen Grund gibt, sich gegenseitig nieder zu konkurrieren. Griechenland in einen Wettbewerb mit Deutschland zu hetzen ist etwa genauso intelligent, wie Neukölln in einen Kostenreduktions-Wettbewerb mit dem Wedding zu hetzen. Würde man in Europa Wirtschafts- und Produktivitätswachstum und Lohnzuwächse gemeinsam in Einklang bringen, so dass eben alle drei Faktoren wachsen, wäre das für eine gesunde ökonomische Entwicklung viel sinnvoller.

Es ist aber eine unbegründete Hoffnung, dass entsprechende vernünftige Elemente in dem "Konvergenz- und Wettbewerbsfähigkeitspakt" überwiegen werden. Dafür werden Angela Merkel und ihre Verbündeten schon sorgen. Merkel hat das zuletzt in Davos in unverfrorener Offenheit bereits angekündigt:

"Wir wollen in Europa - und darüber sind wir uns in der Europäischen Union auch einig - die Wirtschafts- und Währungsunion zu einer Stabilitätsunion fortentwickeln. Das ist das Gegenteil von einer kurzfristigen Notoperation. Es ist vielmehr ein dauerhaft angelegter Weg - ein Weg, dessen Leitplanken Strukturreformen für mehr Wettbewerbsfähigkeit auf der einen Seite und Konsolidierung der Staatsfinanzen auf der anderen Seite sind. Ich will hier noch einmal betonen, dass für mich beides sehr eng zusammen hängt. Konsolidierung und Wachstum sind im Grunde zwei Seiten ein- und derselben Medaille, wenn es darum geht, Vertrauen zurück zu gewinnen."

Wie sich die EU-Kommission den Fahrplan vorstellt, haben die Kolleginnen und Kollegen vom stets gut informierten "Transeurope"-Portal so zusammengefasst:

"Phase II (2013-2014): - Die Kommission soll im Laufe des Jahres 2013 einen Vorschlag erarbeiten, wie eine engere *ex ante* Koordinierung von wirtschaftspolitischen und sozialpolitischen "Reformen" der Mitgliedstaaten aussehen kann.

- Alle Länder, die den Euro nutzen, sollen Verträge mit der EU-Kommission über "Strukturanpassungsmaßnahmen" abschließen.

Phase III (nach den Europa-Parlamentswahlen 2014): - Die "ökonomische Souveränität der Mitgliedstaaten soll progressiv auf der EU-Ebene gepoolt werden", was eine Änderung der EU-Verträge impliziert.

- Ein Eurozonen-Budget soll eingerichtet werden.

Eine "Konferenz von Repräsentanten der relevanten Ausschüsse des Europa-Parlaments und Repräsentanten der relevanten Ausschüsse der nationalen Parlamente" soll die demokratische Legitimität dieser neuen Struktur sichern."

Die Politik, die Merkel und Co. den "Krisenländern" aufgezwungen haben, hat dort zu einer sozialen Katastrophe geführt, in der Eurozone als ganzes zu einer Rezession und jetzt soll sie auch noch auf alle Länder der Eurozone erweitert werden. Unter diesen Vorzeichen wird der "Pakt für Wettbewerbsfähigkeit" zu einem Pakt der Zerstörung der Europäischen Union. Deshalb sollte er verhindert werden. Die deutschen Sozialdemokraten sollten ebenso jede Zustimmung unterlassen, wie die Sozialdemokraten in der Regierung, wie etwa die österreichischen, die durch ein Veto des Regierungschefs den Pakt scheitern lassen können.

### **Konkurrenz und Konkurrenz-Ideologie**

Wenn man über den aktuellen Anlass ein wenig hinaus denkt, muss man auch die Frage stellen, warum sich überhaupt dieses schiefe Bild derart durchsetzen konnte, welches einzelne Regionen und Länder eines gemeinsamen Wirtschaftsraums als "Konkurrenten", statt als Partner begreift. Warum ist dieses Mantra des "Wettbewerbs" und der "Wettbewerbsfähigkeit" derart dominant, dass sich selbst jene, die es besser wissen sollten, oft nicht mit *Verve* dagegen zu argumentieren trauen?

Womöglich stößt uns das auf ein viel verstörenderes Problem: Nämlich, dass die Wettbewerbsideologie längst zur Dummheit unseres Zeitalters schlechthin geworden ist. Denn dass wir alle stets im Wettbewerb miteinander stehen - und dass das letztendlich sogar gut ist -, das hat man in unsere Köpfe hineingehämmert hat und in diesen verharret es wie ein Glaubensbekenntnis.

Wettbewerb ist gut, hören wir jetzt schon seit Jahrzehnten, weil wir dann alle besser werden (im Wettbewerb mit anderen verbessern wir unsere Fähigkeiten, wir werden produktiver usw.), der Wettbewerb führt dazu, dass wir schönere Produkte produzieren werden und billigere obendrein. Und mehr noch: Wettbewerb macht ja auch Spaß. Jeder ist immerzu versucht, besser als der oder die andere zu sein - wie lustig das ist, sieht man ja schon bei den Kindern auf dem Fußballplatz. Verrührt

wird das dann gerne auch noch mit einem Pennäler-Darwinismus auf Gymnasiastenniveau.

Wohlgemerkt, nicht alles von all dem ist falsch: Aber die Wettbewerbsideologie hat es geschafft, die Vorstellung zu etablieren, dass verallgemeinerter Wettbewerb die eigentliche *Conditio Humaine* ist. Dabei ist es natürlich eher so, dass es durchaus nützlich ist, einige Zonen unseres gesellschaftlichen Lebens nach Wettbewerbsbedingungen zu organisieren - aber eben nur Zonen. Organisieren wir aber alles nach Wettbewerbsbedingungen, dann sind gesellschaftliche Pathologien die Folge - dann werden wir alle zusammen unter unseren Möglichkeiten bleiben.

### **Warum wir die wirtschaftliche Entwicklung nicht Konkurrenz-Märkten überlassen dürfen**

Ökonomisch gesprochen: Wenn wir die Güterproduktion nach Marktgesichtspunkten organisieren, werden wir bessere und billigere Produkte bekommen. Wenn wir aber alle Aspekte des ökonomischen Lebens, etwa auch die "Arbeitsmärkte" (die im eigentlichen Sinn ja gar keine Märkte sind) oder die gesamtwirtschaftliche Entwicklung, (Konkurrenz-)Marktkräften aussetzen, dann werden wir Niedriglohnsektoren etablieren, Nachfrage- und damit Wachstumspotenzial verspielen, und die Wohlstandsproduktion wird unter ihren Möglichkeiten bleiben.

Sehr vielen Menschen wird dann die Möglichkeit vorenthalten, ihre Talente zu entwickeln, sehr viele Menschen werden sich dann ungerecht behandelt fühlen, und das wiederum wird ihre Motivation beschränken und damit auch das Produktivitätswachstum hemmen. Kurzum: Dass Menschen dann, wenn sie im Wettbewerb zueinander stehen, bessere Ergebnisse erzielen werden, ist ein ideologisches Postulat, das durch die Empirie nicht gedeckt ist und im Grunde ja auch dem gesunden Menschenverstand widerspricht.

### **Kooperation, nicht Konkurrenz ist die Conditio Humaine**

Denn welchen Nutzen habe ich davon, einer Oma über die Straße zu helfen? Welchen Nutzen haben Menschen davon, sich in der freiwilligen Feuerwehr zu engagieren? Gut, möglicherweise haben sie einen Nutzen davon: Beispielsweise steigt ihr Ansehen, sie haben also einen Zuwachs an Sozialprestige. Das heißt aber: Menschen haben einen Nutzen davon, wenn sie sich gerade nicht konkurrierend, sondern kooperativ verhalten. Und das wissen wir letztendlich doch aus unserem Alltag: Menschen konkurrieren bei manchen Gelegenheiten gegeneinander. Aber bei anderen kooperieren sie auch. Sie haben auch Empathie, sorgen sich um andere und helfen einander. Oft sogar zur selben Zeit und am selben Ort: Kollegen am Arbeitsplatz konkurrieren oft gegeneinander (um den prestigereicheren Job, um

höhere Gehälter, um den gehobenen Posten usw...), aber sie verhalten sich auch kollegial und solidarisch. Einerseits, weil es ihren Werten entspricht, andererseits, weil sie einen wachen Instinkt dafür haben, dass sich derjenige, der sich zu konkurrierend verhält, aus der Gemeinschaft ausschließt und damit gerade die Möglichkeit verspielt, seine Ziele zu erreichen. Im Klartext gesprochen: Wer nur dauernd konkurriert, wird andere gegen sich aufbringen, und justament deshalb unter seinen Möglichkeiten bleiben.

All das wissen wir, instinktiv. All das wissen wir, und dennoch setzte sich das Mantra der Wettbewerbsideologie durch - gegen alle Evidenzen. Die Wettbewerbsideologie hat dazu geführt, dass wir auf der Makroebene verallgemeinerte Konkurrenz als nützlich ansehen, obwohl wir alle auf der Mikroebene genau wissen, dass höchstens Psychopathen ihre Handlungen von Wettbewerbsmotiven steuern lassen.

Wir wissen, dass wir bessere Ergebnisse erzielen, wenn wir etwa unsere Ausbildungssysteme kooperativ organisieren; wenn Schüler nicht lernen, um gegen andere zu gewinnen, sondern weil ihnen Lernen Spaß macht. Und dennoch organisieren wir unsere Ausbildungssysteme mehr und mehr nach Wettbewerbsgesichtspunkten. Etwa, indem wir Anreizsysteme entwickeln, die die Schulen dazu bringen, gegeneinander zu konkurrieren - mit fragwürdigen Evaluierungsverfahren, die in aller Regel das Falsche messen und letztlich nur zu schlechteren Schulen und frustrierten Lehrern führen. Noch viel schlimmer ist das an den Universitäten.

### **Die Konkurrenz-Ideologie ist das größte Übel unserer Zeit**

Kurzum: Es gibt Bereiche im Leben, wo wir alle bessere Ergebnisse erzielen, wenn Wettbewerb eine Rolle spielt. Aber zu behaupten, dass generell bessere Ergebnisse erzielt werden, wenn wir generell alles vom Konkurrenzgeist vergiften lassen - das ist eben pure Ideologie. Und diese Ideologie ist die Dummheit unseres Zeitalters.

Die Konkurrenz erzeugt Übel aller Art. Die Konkurrenz bringt Kampfesstimmung in die Welt. Konkurrenz, die die Zäune jener Felder überschreitet, auf denen sie nützlich ist, gebiert mörderischen Wahnsinn. Die Konkurrenzideologie ist das große Übel unserer Zeit, gerade deshalb, weil sie so allgemein als nützlich akzeptiert ist.

Und deshalb ist das Ziel der kompetitiven Steigerung von "Wettbewerbsfähigkeit" so hegemonial geworden, obwohl es, in europäische "Pakte für Wettbewerbsfähigkeit" übersetzt, nichts anderes zur Folge hat als die Zerstörung Europas selbst.

**Autor:** Robert Misik, geboren am 3. Januar 1966 in Wien, Österreichischer Publizist und Journalist

## Die marktkonforme Demokratie – Alles halb so schlimm?

---

von Prof. Dr. Lutz Wingert

Die marktkonforme Demokratie steht hoch im Kurs bei den Eliten. Für die Präsidentin des IWF Christine Lagarde ist sie sogar ein Ideal: „Von einer Marktperspektive aus gesehen wäre es ideal, wenn es [das Rettungspaket für den Euro, L.W. ] sofort unterzeichnet ... werden würde. Unglücklicherweise ... laufen die Dinge so nicht ab und brauchen Zeit und müssen durch einen parlamentarischen Prozess gehen.“ [1] „Beruhigt euch!“ lautete prompt der abwiegelnde Tadel für diejenigen, die sich über diese Sicht aufregten. Was ist eigentlich so schlimm an einer marktkonformen Demokratie? Kein Zweifel, Unaufgeregtheit ziert den kühlen Kopf. Wer aber im Zeichen der globalen Finanzmarktkrise die Appeasement-Karte in Sachen Demokratie spielt, sollte sich klar machen, was eine marktkonforme Demokratie bedeutet und was nicht.

### Zur marktkonformen Demokratie gehört der haftende Steuerstaat

Seit Jahren laufen die westlichen Regierungsmaschinen heiß, um Immobilien-, Banken und Staatsschuldenkrisen einzudämmen. Marktkonforme Demokratie bedeutet also keineswegs den schlanken Staat. Gerade schwergewichtige Marktteilnehmer rufen beständig laut nach der Intervention der Steuerstaaten an den internationalen Finanzmärkten. Finanzmärkte sollen Kapital in unternehmerisch aktive Hände lenken und den realwirtschaftlichen Erfolg dieser Unternehmungen fortlaufend bewerten. Das gehört zu ihren gesellschaftsweit sinnvollen Aufgaben.

Offensichtlich sind die Marktteilnehmer chronisch unfähig, selbst die Finanzmärkte so zu stabilisieren, dass die Märkte diese Aufgaben erfüllen. Aus ihrer Sicht ist das verständlich. Denn wer das öffentliche Gut eines funktionierenden Finanzmarktes sicherstellt, verschafft sich im Wettbewerb mit anderen Marktteilnehmern keinen Vorteil. Was er tut, nützt ihm nicht mehr als den anderen. Viereinhalb Jahre nach dem Lehman-Kollaps ist endgültig klar geworden, dass die Selbstregulierung der Finanzmärkte zur Erfüllung von Allgemeininteressen ein Märchen ist. Banken, Versicherer, Investoren sind nicht fähig, füreinander einzustehen.

Gemeinschaftshaftung im großen Stil ist nur etwas für Staaten. Die marktkonforme Demokratie schließt den haftenden Steuerstaat ein. Das wissen die Praktiker des real existierenden Kapitalismus. Deshalb gingen sie bis vor kurzem davon aus, dass Staatsanleihen ein Risikogewicht von null haben und nicht mit Eigenkapital unterlegt werden müssen. Dass Staaten als eine feste Bank gelten, verdankt sich ihrer

Steuerhoheit. Ihre Fähigkeit zu wirtschaftlichen Interventionen hängt in einer Demokratie auch von ihrer Befugnis ab, Steuern von Bürgern zu erheben. Aber diese legale Macht steht ohne die Loyalität von Bürgern zu einem Gemeinwesen nur auf dem Papier. Das zeigt sich krass in Ländern wie Griechenland, Italien oder Spanien. Steuerhinterziehung durch Schattenwirtschaft und Steuerflucht gehen dort Hand in Hand mit hohen Privatvermögen.

In der Steuerehrlichkeit drückt sich auch eine Bereitschaft aus, die unvermeidliche „Unterm-Strich-zähl-ich“-Perspektive zu korrigieren durch eine bürgerschaftliche Perspektive darauf, was für alle zusammen nötig und besser ist. Die bürgerschaftliche Loyalität ist systemrelevant. Denn sie bildet die Grundlage für die praktizierte Rettung des Finanzmarktsystems. Für die Regierungen ist diese Loyalität eine geldwerte Ressource. Wo sie ausfällt, muss Ersatz beschafft werden. Das kann auch durch einen Ressourcentransfer erfolgen. Die Ende Juni 2012 beschlossene Gemeinschaftshaftung der Euro-Länder im *Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM)* ist eine greifbare Form dieses Transfers. Die Loyalität in Gestalt von Steuerzahlungen wird abgeschöpft und in klingender Münze sowie als Pfand für amtliche Garantien und Kredite in die Finanzmärkte geleitet. So soll das Vertrauen der Märkte gewahrt und gemehrt werden.

### **Marktkonforme Demokratie bedeutet eine autoritäre Exekutive im ständigen Empfängermodus für die Signale des Marktes**

Die Bürger oder wenigstens ihre parlamentarischen Repräsentanten werden zu diesen vertrauensbildenden Maßnahmen von den Regierungen nicht so gefragt, dass sie es sich auch anders überlegen könnten. Im November 2012 gewährten die Exekutoren Regling & Merkel den Mitgliedern des Deutschen Bundestages knapp drei Tage Zeit, über ein kompliziertes, drittes, ‚letztes‘ Rettungspaket für Griechenland zu entscheiden. Bekanntlich brauchen die Märkte schnelle, ermutigende Signale. Das schließt allerdings eingehende Beratungen mit starken Marktteilnehmern, also mit Großbanken, globalen Versicherern, und Fondsmanagern nicht aus. Bei den Griechenlandverhandlungen saß der Weltbankenverband mit am Tisch. Die US-Investmentbank Merrill Lynch beriet die irische Regierung bei ihrer Entscheidung, die fatale Blankogarantie für irische Banken abzugeben. Der neueste Plan des Obersten Kommissars Barroso für einen Totalumbau der EU wird von einem schnellen Vierer-Gremium ausgearbeitet, in dem zwar der „Goldman“ Draghi von der Europäischen Zentralbank (EZB), nicht aber der Präsident des gewählten europäischen Parlaments sitzt.

Diese Personalien illustrieren nur eine zwiespältige Form staatlichen Handelns in einer marktkonformen Demokratie: einerseits ein anordnend-hoheitliches Agieren gegenüber Bürgern ohne Markt- oder Verbandsmacht und ohne die Option, einfach wegzugehen; andererseits ein aushandelnd-kooperatives Verhalten gegenüber

Akteuren mit Eigentümer- und Organisationsmacht, die sich dank schwacher Grenzen staatlichen Entscheidungen entziehen und mit ihrer Abwanderung nach Singapur drohen können. Die marktkonforme Demokratie bedeutet auch die Vorherrschaft einer autoritären Exekutive, die ständig auf den Empfängermodus für die Signale des Marktes eingestellt ist. „Hände falten, Goschen halten“, charakterisiert ein österreichischer Parlamentarier diesen Exekutivstil.

### **Eine marktkonforme Demokratie ist nicht die intelligentere und effizientere Demokratie**

Die Freunde und Förderer der marktkonformen Demokratie verweisen gerne darauf, dass die Signale der Märkte wertvolle Informationen an die Politik übermitteln. Die Entscheidungen in einer Demokratie, so das Argument, würden vernünftiger, wenn auf die Preissignale der Märkte geachtet werde. Der Finanzmarkt habe durch gestiegene Preise für italienische Staatsanleihen Berlusconi aus dem Ministerpräsidentenamt entfernt, frohlockt Joschka Fischer, vormals Grüne, jetzt BMW Consulting.

Wer für die Festanbindung der Demokratie an den Markt plädiert, mag konform mit den herrschenden Realitäten gehen. Vernünftig ist dieser Konformismus deshalb aber noch nicht. Denn (1) die Preissignale des Marktes sind oft unscharf. Auch (2) blenden seine Signalfilter wichtige Sachverhalte aus. Überdies (3) enthalten die Signale des Marktes nicht immer so viele Informationen wie unterstellt.

1. „Die Finanzmärkte sind die besten Schuldenbremsen“ erklärte jüngst Josef Ackermann. Gewiss, ein gestiegener Zins für einen Kredit an einen Staat signalisiert den staatlichen Akteuren, dass sie zu einem ausgeglicheneren Haushalt kommen sollten. Aber das Preissignal des Kreditzinses ist unscharf. Denn es sagt nicht, wie der Ausgleich zu Stande gebracht werden muss - ob durch Ausgabenkürzungen, Steuererhöhungen oder durch Einnahmesteigerung via Transferleistungen anderer Staaten in einer Haftungsgemeinschaft. Diese Unschärfe lässt durchaus die unvernünftigere Option offen, den Verschiebebahnhof der Transferunion zu wählen.
2. Zu Signalen gehören *Filter* und diese können dazu führen, dass nur Informationen einer *bestimmten Art* durch die Signale übermittelt werden. Informationen sind Daten, die zu kennen wichtig sind. Die Preissignale an einem Markt übermitteln Informationen über Kauf- und Verkaufsbereitschaften. Die Kaufbereitschaft hängt an der Zahlungsfähigkeit. Nicht jeder Bedürftige kann aber zahlen. Deshalb bleiben zum Beispiel Informationen über Bedürftigkeiten im Signalfilter der Zahlungsfähigkeit von Marktteilnehmern hängen.
3. Darüber hinaus sind die Informationen, die die Signalfilter des Marktes passieren, nicht immer sehr umfassend. So hatten, wie bekannt, die

Ratingagenturen Standard & Poor's und Moody's der Lehman Brothers Bank noch wenige Geschäftstage vor deren Insolvenz eine vorzügliche Note A erteilt. Diese Fehleinschätzung hat auch sehr grundsätzlich mit der vorherrschende Urteilsbildung zu tun. Urteile und also potenzielle Informationen kommen auf den Finanzmärkten meist geklumpt mechanisch durch eine mathematisch formalisierte Fortschreibung vergangener Trends in die Zukunft zu Stande und eben nicht weit streuend durch zahllose einzelfallorientierte Einschätzungen von zum Beispiel Vermögenswerten und ihren spezifischen Entwicklungen.

Diese Märkte sind weit davon entfernt, eine Vielfalt individueller Urteile ohne Superhirn vernunftbringend zusammenzuführen. Die marktkonforme Demokratie ist mitnichten schon eine intelligentere Demokratie. Auch ist sie keine stets effizientere, weil schnellere Demokratie. „Je schneller, desto besser“ gilt uneingeschränkt für die Feuerwehr, aber nicht für Demokratien und Parlamente.

Marktteilnehmer sind beteiligt an einem preisbildenden Wettbewerb um Tauschgelegenheiten. Vorlieben, Interessen und ein Bedarf von Käufer- oder Verkäuferseite werden am Markt nicht kritisiert und gerechtfertigt, sondern beachtet oder ignoriert. Das ist anders in einer Demokratie, in der nicht nur der zählt, der zahlen kann oder Eigentümermacht besitzt. Hier müssen Interessen auch auf den Prüfstand gebracht, zurückgewiesen und verteidigt werden können. Auch muss geklärt werden, was Pflichten und nicht bloß Kosten sind, was die Maßstäbe für Schaden, Nutzen und für Gemeinschaftsaufgaben sein sollen. So rechnen sich beispielsweise Gaskraftwerke für einen Privatanbieter nicht, um eine Reserve zur Aufrechterhaltung der Energiesicherheit an windstillen oder sonnenarmen Tagen im Jahr zu haben. Sie müssen deshalb von der öffentlichen Hand finanziert werden. Schon das erzeugt eine zeitaufwändige Diskussion darüber, wer wie viel in diese Hand legen muss.

Im Übrigen sollten die Apostel des schnellen Marktes nicht die Fakten ignorieren. Auch die Marktteilnehmer brauchen Zeit und bekommen sie reichlich zugestanden. Die etwas verschärften Eigenkapitalanforderungen an Banken werden in großzügig gezogenen Fristen bis 2019 gestreckt. Rentner in Spanien, Irland und Portugal müssen da weitaus schneller ihre Alterssicherung umorganisieren, nämlich von heute auf morgen.

Wer den schnellen Markt der langsamen Demokratie vorzieht, spart diese Fakten aus. Und er übersieht, dass die marktkonforme Demokratie nur noch aus marktkonformen Bürgern besteht. Solche Bürger werden kühl rechnen. Sie werden Steuern nicht mehr als eine Pflichtabgabe an ein Gemeinwesen auffassen, sondern als Kosten, die man mit Hilfe des Vermögensberaters und einiger Mausklicks vermeiden kann. Es ist marktkonform, wenn man sich in Londons *Hyde Park Palace One* eine

Wohnung für zwei Millionen britische Pfund kauft, statt in Athen oder Rom Steuern zu bezahlen. Der marktkonforme Wirtschaftsbürger steht dem intervenierenden, haftenden Steuerstaat aber als Loyalitätsressource kaum mehr zur Verfügung. Das macht die marktkonforme Demokratie instabil.

### **Ein alternativer Schritt: Politik der Grenzziehung**

Um diese Instabilität zu überwinden und die Demokratie unabhängiger von den Finanzmärkten zu machen, setzen einige Ökonomen und Staatsrechtler wie Paul Kirchhof auf den Abbau von Staatsschulden. Steuerfinanzierte statt kreditfinanzierte Staatsaufgaben würden die Unabhängigkeit der Parlamente von den Vorgaben privater Kreditgeber sichern. Der Vorschlag mag auf Länder wie Griechenland oder Italien mit hoher Staatsverschuldung passen, aber im Falle Spaniens oder Irlands sind die Staatsschulden vor allem eine Folge davon, die Verluste von Banken zu sozialisieren. Im Übrigen dürfte die Idee in der Praxis angesichts der vorherrschenden Machtverhältnisse darauf hinauslaufen, vor allem sozialstaatliche Aufgaben kostensparend aufzugeben.

Mehr Unabhängigkeit durch Schuldenbegrenzung zu sichern ist nur der spezielle Fall einer allgemein wichtigen Vorgehensweise -- nämlich der Strategie, Grenzen zu ziehen. „Grenzen“ - verstanden als Unterbrecher von Kausalketten. Konkret bedeutet das beispielsweise die Einführung von Maximalgrößen der Bilanzsummen einer Bank im Verhältnis zum nationalen Bruttosozialprodukt. Auch die Begrenzung der Höhe des Fremdkapitals im Verhältnis zum harten Eigenkapital ohne die trügerische Gewichtung von Risiken der Aktiven gehört hierher.

Größenbegrenzungen sind nur eine Form der Grenzziehung. Regelungen von Zeiträumen sind eine andere. Die vorgeschlagene Besteuerung kurzfristiger Kredite und damit die Begünstigung langfristiger Kredite ist ein Beispiel für eine zeitliche Grenzziehung. Dadurch soll der Kaskadeneffekt vermieden werden, dass sich vorübergehende schlechte Geschäftsquartale rasch in Liquiditätsengpässe verwandeln.

Eine solche Politik der Grenzen trägt zunächst dazu bei, das Ausmaß von möglichen Krisen auf den Finanzmärkten zu verringern. Dadurch kann die Festanbindung der Demokratie an die Märkte gelockert werden. Allerdings ist dazu auch noch etwas anderes nötig, als die Vernetzung der Marktteilnehmer zu verringern. Zur Politik der Grenze gehört schlicht, dass die Macht von Marktteilnehmern begrenzt wird. Deren Macht zeigt sich zum Beispiel in der Wirksamkeit des Lobbyismus. So wurde das regulatorische Dodd-Frank-Gesetz von 2010 dank intensiver Lobbyarbeit der Finanzindustrie im US-Senat mit Ausnahmen und Schlupflöchern auf 848 Seiten aufgebläht und damit unwirksam gemacht.

Wie diese Macht begrenzt werden kann, ist eine schwierige Frage. Transparenz ist gewiß kein Allheilmittel. Aber die strafbewehrte Pflicht zur öffentlichen Dokumentation der Kontakte, die die offiziellen Entscheider und ihre Kader in der zweiten Reihe bei ihrer Gesetzesarbeit hatten, wäre nicht unnütz. Die Immunität und Schweigepflicht der Mitglieder des ESM ist das genaue Gegenteil davon.

Macht bewirkt oft den Konsens, dass es zu einer Regelung keine sachliche Alternative gibt. Sie kann durch eine Gegenmacht begrenzt werden, die Alternativen befördert. Warum soll man also beispielsweise nicht die Schaffung einer jeden neuen Planstelle im Brüsseler EU Haushalt an die Bereitstellung einer Stelle im wissenschaftlichen Dienst von (Europa)Parlamentariern oder von einer gemeinnützigen Organisation wie Finance Watch koppeln? Das würde die Gegenexpertise zumindest wahrscheinlicher machen und so anfechtbare Interessen hinter vermeintlich technischen Regelungen leichter erkennen lassen.

Zu einer Politik der Grenzziehung gehört auch, den Spielraum von mächtigen Marktteilnehmern zu beschränken, ihr privates Interesse mit dem öffentlichen Interesse gleichzusetzen. Die Politik in einer marktkonformen Demokratie folgt bis zur Hörigkeit dieser oft trügerischen Gleichsetzung. Man würde zum Beispiel in der Eurokrise die glatte Gleichung „privat = öffentlich“ durchkreuzen, wenn man, wie vorgeschlagen, generell einen Debt-Equity-Swap vorschreiben würde, also die Umwandlung von Forderungen der Gläubiger an eine Bank in Besitztitel bei der Bank. So würde verhindert werden, dass das Interesse von Gläubigern an der Rettung einer Bank ungeprüft als Allgemeininteresse behandelt wird.

Was spricht für und was gegen Grenzziehungen auf Märkten in einer Demokratie? Das ist eine demokratie- und europapolitische Kernfrage. Sie wird heute gerne auf die Alternative „engstirniger Nationalismus der Grenzen oder wohlstandssteigernde, globale Entgrenzung“ verkürzt. Wer so denkt, blockiert die freie Debatte durch den Aufbau einer Nationalismusfalle. Er spielt damit denjenigen in die Hände, die ihr unsoziales, grenzenloses Renditestreben durch eine marktkonforme Demokratie abschirmen wollen.

*Der Text ist die gekürzte Fassung eines Aufsatzes, der unter dem gleichnamigen Titel in der sozialwissenschaftlichen Zeitschrift Mittelweg 36, Februar/März 2013, S. 53-67 veröffentlicht wurde. In der ungekürzten Fassung finden sich auch die Nachweise, die hier aus Platzgründen gestrichen wurden:*  
<http://www.mittelweg36.de>

Literatur/Quellen:

---

[1] Zitiert nach *The Guardian* vom 15. Dezember 2011: „Lagarde: Global economy facing gloomy prospects“.

**Autor:** Prof. Dr. Lutz Wingert, geboren 1958, Professor für Philosophie an der Eidgenössischen Technischen Hochschule (ETH) Zürich.

## Ohne Umfairteilen kein Politikwechsel!

---

von Ralf Krämer

**Ein Bündnis, ein Kongress und Aufgaben für die Gewerkschaften**



[www.umverteilen-macht-gerichtigkeit.eu](http://www.umverteilen-macht-gerichtigkeit.eu)

Vor gut einem Jahr, am 10. Mai 2012, wurde in Berlin das bundesweite Bündnis "[Umfairteilen - Reichtum besteuern](#)" gegründet. Erstmals verbünden sich hier große Sozialverbände, Gewerkschaften, Attac, Campact, migrantische Organisationen, Jugendorganisationen, und weitere Initiativen (z.B. Vermögende für eine Vermögensabgabe). Kernforderungen sind die Wiedereinführung einer Vermögensteuer, eine einmalige Vermögensabgabe sowie der Kampf gegen Steuerflucht und Steuerhinterziehung. Die Oppositionsparteien unterstützen das Bündnis, mehr oder auch weniger aktiv, sind aber nicht im Trägerkreis.

Inzwischen wurden zwei bundesweite Aktionstage organisiert, am 29. September 2012 und am 13. April 2013, an denen sich etwa 40.000 Menschen in etwa 100 Orten in ganz Deutschland beteiligt haben. In einigen der vielen regionalen Bündnisse sind

auch Gruppen beteiligt, die bundesweit nicht Träger der Initiative sind, sei es die Diakonie oder einige DGB-Regionen. Bundesweit sind von den Gewerkschaften bisher nur ver.di, die GEW und NGG im Bündnis.

### **Umverteilen als politische Aufgabe der Gewerkschaften**

Für alle Gewerkschaften ist klar: der Einsatz für Verteilungs- und Steuergerechtigkeit ist ein politischer Schwerpunkt neben anderen (Gute Arbeit, Mindestlohn, Europa, Rente u. a.). Und selbstverständlich steht in der täglichen Arbeit die unmittelbare Interessenvertretung der Mitglieder, stehen die Branchen- und Tarifpolitik, im Vordergrund. Aber auch eine aktive politische Interessenvertretung und Mobilisierung ist unverzichtbar, denn die Rahmenbedingungen für die betrieblichen und tariflichen Durchsetzungsmöglichkeiten sind in hohem Maße politisch gesetzt.

Gerade in den Dienstleistungsbereichen haben sich verschiedene Formen atypischer und prekärer Beschäftigung gebildet und der verstärkte Druck auf Erwerbslose hat die Ausweitung des Niedriglohnsektors noch verstärkt. Diese Entwicklungen sind politisch gewollt und gefördert und müssen dementsprechend auch politisch bekämpft werden. Denn gerade hier ist es in vielen Bereichen kaum noch möglich tariflich entgegenzuwirken. Umfairteilen in der Einkommensentwicklung erfordert einen gesetzlichen Mindestlohn, gesetzliches Equal Pay, erleichterte Allgemeinverbindlichkeitserklärungen von Tarifverträgen, die Einschränkung von Befristungsmöglichkeiten, Überführung von Minijobs in regulär sozialversicherte Beschäftigung, gesetzliche Regelungen gegen Scheinselbstständigkeit und Maßnahmen gegen den Missbrauch von Werkverträgen.

Von besonderer Bedeutung sind die finanzpolitischen Rahmenbedingungen der öffentlichen Hand. In den Bereichen des öffentlichen Dienstes, der Daseinsvorsorge, des Bildungswesens und sozialer Dienstleistungen stellen die eingeschnürten finanziellen Handlungsmöglichkeiten ein zentrales Hindernis dar, das für bessere Arbeitsbedingungen und Einkommen durchbrochen werden muss. Herbeigeführt wurde diese Lage durch Steuersenkungen zugunsten von Unternehmen und hohen Einkommen/Vermögen sowie durch die Einführung der Schuldenbremse. Im Gesundheitswesen (z. B. Pflege) sind die Auswirkungen von Sozialabbau und Kostensenkung zu Lasten der Beschäftigten und Betroffenen zu spüren.

Es ist klar, dass ver.di und GEW besonders interessiert an einer besseren Finanzausstattung des Sozialstaats sind. Aber auch die Beschäftigten in allen anderen Bereichen haben ein vitales Interesse an guten öffentlichen und sozialen Leistungen und Einrichtungen, an guter sozialstaatlich organisierter und finanzierter Gesundheitsvorsorge, Bildung und Kultur, an guten Straßen, öffentlicher Sicherheit, der Förderung sozialer Wohnungsverorgung und dem ökologischen Umbau. Und sie

haben ein hohes Interesse daran, dass diese Aufgaben sozial gerecht finanziert werden.

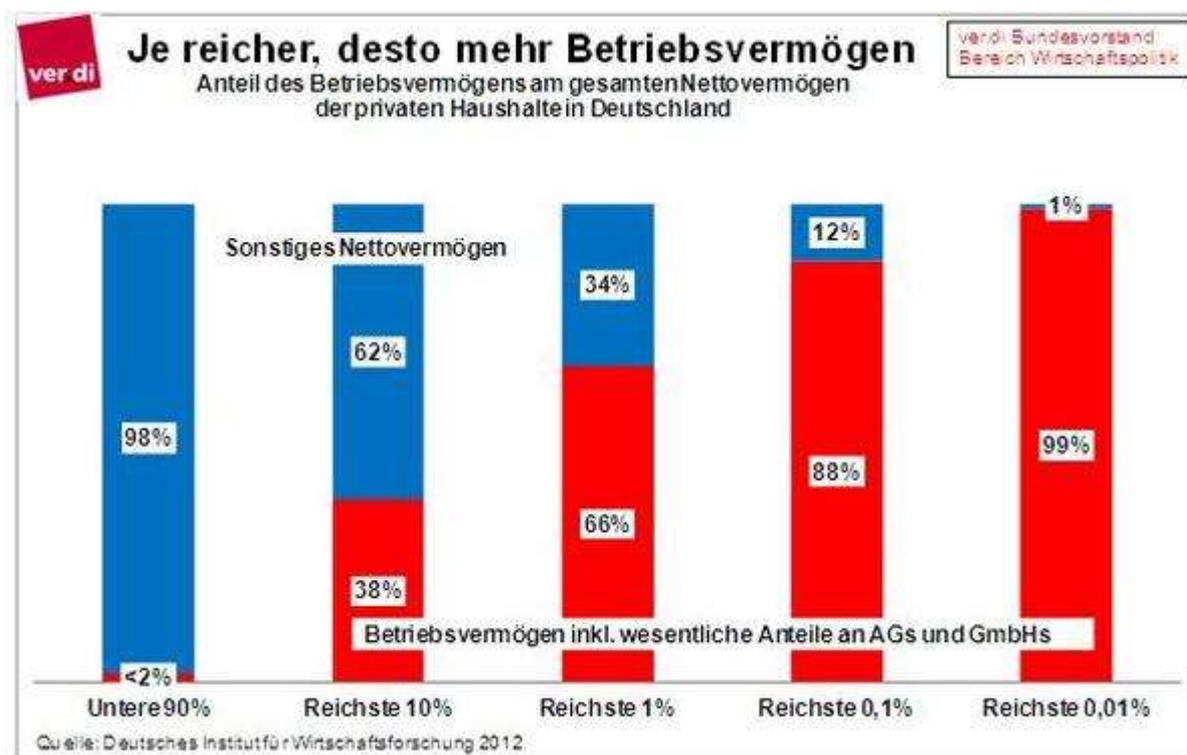
Es ist deshalb gut und wichtig, dass der DGB Bundesvorstand seinen Beschluss zu den Anforderungen für einen Politikwechsel im April um den Punkt „Finanzierung eines handlungsfähigen Staates“ ergänzt hat. Dort werden auch die Wiedereinführung einer Vermögensteuer sowie eine einmalige Vermögensabgabe und weitere Maßnahmen für eine höhere und effektivere Besteuerung von großen Erbschaften, hohem Einkommen, Gewinnen und Kapitalerträgen sowie Finanztransaktionen gefordert. Es ist notwendig, dass die Gewerkschaften insgesamt in diesen Fragen aktiv werden und politischen Druck aufbauen, weil nur dann ein Politikwechsel im Sinne der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer eine Chance hat, wie auch immer die Bundestagswahl ausgeht.

### **Widerstände und Einwände gegen Vermögensbesteuerung**

Alle drei Oppositionsparteien im Bundestag haben etliche der gewerkschaftlichen Forderungen in ihren Wahlprogrammen aufgegriffen. Aber wie weit das nach den Wahlen auch politisch umgesetzt wird, steht auf einem anderen Blatt. Auch in SPD und Grünen gibt es weiterhin Vorbehalte und Gegner einer ernsthaften Vermögensbesteuerung. Zudem ist es nicht ganz unwahrscheinlich, dass auch in Zukunft CDU/CSU oder FDP an einer Koalition beteiligt sein werden. Dann ist von den bisherigen Oppositionsparteien zu fordern, dass sie auch unter diesen Bedingungen konsequent ihre Forderungen aufrecht erhalten.

Die Wirtschaftsverbände und ihre Lobbyorganisationen wie die „Initiative neue soziale Marktwirtschaft“ sind auf der Gegenseite nicht tatenlos und fahren bereits jetzt intensive Kampagnen gegen höhere Steuern und insbesondere gegen die Vermögensbesteuerung. Ein häufig - auch in den Gewerkschaften - vorgebrachter Einwand richtet sich gegen die Besteuerung von Betriebsvermögen. Es wird die Befürchtung geäußert, dass damit die Investitionsfähigkeit oder sogar die Substanz und der Bestand von insbesondere kleineren und Familienunternehmen gefährdet werden könnten.

Doch tatsächlich handelt es sich bei „Betriebsvermögen“ im steuerlichen Sinne überwiegend nicht um kleinere Familienunternehmen, sondern um hohe Anteile an großen Aktiengesellschaften und GmbHs. Betriebsvermögen in diesem Sinne macht zwei Drittel der Millionärsvermögen aus.



DIW

Betriebsvermögen von der Besteuerung auszunehmen würde deshalb bedeuten, die wirklich Reichen, die Multimillionäre und Milliardäre, weitestgehend von der Vermögensbesteuerung zu befreien. Das wäre aus Gerechtigkeitsgründen unververtretbar und würde die Einnahmen aus der Besteuerung auf einen Bruchteil reduzieren.

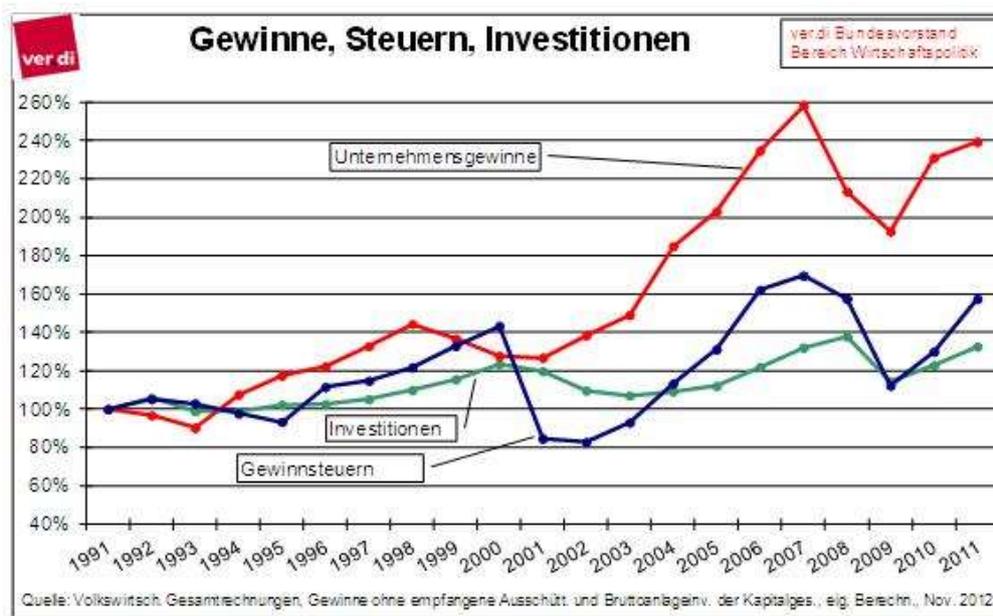
Es würde zudem ein enormes Steuerschlupfloch für alle Reichen produzieren, denn sonstiges Privatvermögen kann relativ leicht in Betriebsvermögen umgewandelt werden, zum Beispiel indem Immobilienvermögen in eine zu deren Verwaltung gebildete GmbH übertragen wird. Dies hat in Bezug auf die Erbschaftsteuer, bei der Betriebsvermögen weitgehend von der Besteuerung ausgenommen ist, auch schon der Bundesfinanzhof bemängelt. Er hält diese Regelungen für verfassungswidrig.

Es ist deshalb notwendig, grundsätzlich alle Arten großer Vermögen zu besteuern. Durch Freibeträge und eine geeignete Gestaltung der Vermögensteuer kann aber eine übermäßige Belastung von kleinen und mittelständischen Unternehmen vermieden werden. Bei einem Freibetrag von zwei Millionen Euro dürften 98 Prozent der im Unternehmensregister erfassten 3,6 Millionen Unternehmen in Deutschland aufgrund ihres geringeren Werts nicht betroffen sein.

Sowohl die Vermögensteuer als auch die Vermögensabgabe können die Steuerpflichtigen in der Regel problemlos aus den Erträgen begleichen. Zumal der besteuerte Wert der Unternehmen im vereinfachten Ertragswertverfahren des Bewertungsgesetzes auf Basis ihrer Erträge ermittelt wird. Eine Besteuerung der Substanz von Unternehmen kann nur auftreten, wenn in schlechten Jahren kein oder nur sehr wenig Gewinn erzielt wird. In einer solchen Situation könnten großzügige Regelungen zu mehrjährigen Stundungen der Steuerschuld greifen. Eine Existenzgefährdung von Unternehmen durch die Steuer kann so ausgeschlossen werden.

### Steuersenkungen haben Arbeitsplätze vernichtet, nicht geschaffen

Generell wird behauptet, dass eine höhere Besteuerung von Unternehmen zu Investitionsstopp und Arbeitsplatzabbau führen, also niedrigere Steuern und höhere Nettogewinne zu mehr Investitionen und Wirtschaftswachstum. Mit diesen Begründungen werden seit vielen Jahren die Staaten in Steuersenkungswettläufe getrieben. Nutznießer sind insbesondere international tätige Konzerne, die ihre Gewinne in Niedrigsteuerstaaten verschieben, und Aktionäre, die viel zu wenig Steuern zahlen. Der Großteil der Gesellschaft muss hingegen höhere Steuern zahlen und bekommt dafür zunehmend schlechtere öffentliche Leistungen. In den letzten Monaten ist endlich auch in der OECD und den EU-Staaten die Einsicht gewachsen, dass mindestens die Exzesse der legalen Steuervermeidung ebenso wie der illegalen Steuerflucht und Steuerhinterziehung viel entschiedener als in der Vergangenheit bekämpft werden müssen.

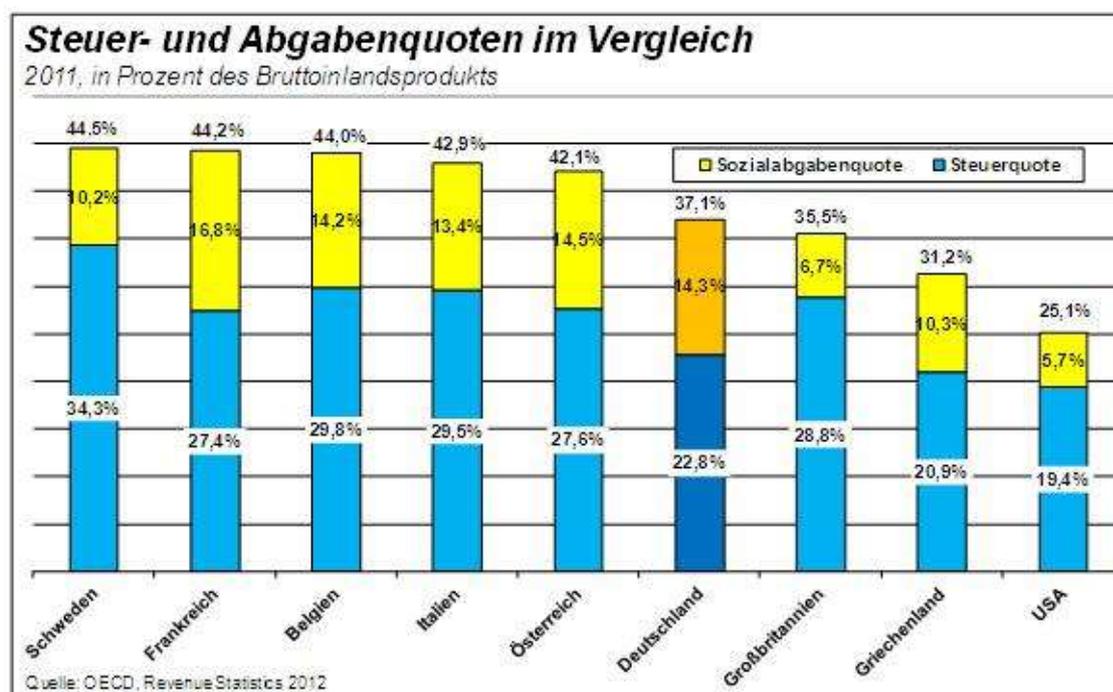


VGR

Seit 1996 sind die durchschnittlichen Unternehmenssteuersätze in der EU von über 35 Prozent auf etwa 23 Prozent gesunken. Deutschland ist in diesem Steuersenkungswettbewerb mehr Täter als Opfer. Die tatsächliche Steuerbelastung von Unternehmens- und Kapitaleinkommen liegt in Deutschland nach Angaben der EU mit 22 Prozent um mehrere Punkte unter dem EU-Durchschnitt. Die Besteuerung von Besitz und Vermögen ist nur halb so hoch wie im Durchschnitt der OECD. Doch massiv steigende Gewinne bei sinkender Steuerbelastung waren verbunden mit einer schwachen Entwicklung der realwirtschaftlichen Investitionen. Starkes Wachstum zeigten nur die „Finanzinvestitionen“ in Beteiligungen und Wertpapiere.

Investitionen in Arbeitsplätze nehmen nur dann zu, wenn die zahlungsfähige Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen steigt oder große Innovationsschübe die Wirtschaft antreiben. Staatliche Kürzungspolitik in Folge geringer Steuereinnahmen schadet der Wirtschaft und Beschäftigung: kurzfristig durch Personalabbau und Nachfrageausfall in Folge geringerer öffentlicher Ausgaben und Sozialleistungen, längerfristig wegen schlechter Infrastruktur und fehlender Qualifikation der Bevölkerung.

Während bei uns die Steuer- und Abgabenquote, also der Anteil der Steuereinnahmen am Bruttoinlandsprodukt, unter den Werten aus den 1970er Jahren liegt, gelingt es den skandinavischen Ländern mit einer hohen Quote einen leistungsfähigen öffentlichen Sektor zu finanzieren, mit erheblich mehr Beschäftigung, weniger Ungleichheit und weniger Arbeitslosigkeit als in Deutschland. Kein Wunder, dass diese Länder bei internationalen Vergleichen - etwa beim Bildungssystem - immer wieder hervorragend abschneiden.



OECD

Fazit: *Umfairteilen* kostet nicht Arbeitsplätze, sondern schafft Arbeitsplätze. Wir können damit hunderttausende dringend benötigte zusätzliche Beschäftigte bezahlen: Erzieherinnen und Erzieher, Lehrerinnen und Lehrer, Beschäftigte in Krankenhäusern und der Altenpflege, in der Bauwirtschaft für bessere Straßen, sanierte und wärmedämmte Gebäude und viele andere mehr.

### **Aufklärung und Mobilisierung sind nötig**

Auch viele Kolleginnen und Kollegen sind skeptisch gegenüber Forderungen nach einer stärkeren Besteuerung hoher Einkommen und Vermögen. Doch dahinter steht oft ein falsches Bild, worum es eigentlich geht und wie die realen Verhältnisse sind. Es geht nicht um die Einkommen von Facharbeitern oder um das selbstgenutzte Haus oder das aus eigener abhängiger Arbeit erworbene Vermögen. Ver.di schlägt einen Freibetrag von einer Million Euro vor - pro Person! Und bei der Vermögensabgabe zusätzlich einen erhöhten Freibetrag für Betriebsvermögen von zwei Millionen Euro. Dabei geht es um das Nettovermögen, also nach Abzug aller Schulden. Wir fordern also eine Millionärsabgabe (vgl.

Vermögensabgabe und Vermögensteuer - Positionen und Forderungen der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft, ver.di [Wirtschaftspolitische Informationen 5/2012](#)).

Dennoch kann durch eine solche Besteuerung der Millionenvermögen richtig viel Geld für den Sozialstaat hereinkommen, zig Milliarden Euro jährlich. Und zwar, weil der Reichtum in Deutschland so unglaublich ungleich verteilt ist. Weniger als ein Prozent der Bevölkerung, das sind in etwa die Millionäre, haben alleine ein Drittel des gesamten Vermögens, etwa 3 Billionen Euro. Um die geht es. Und auch bei denen geht es wieder vor allem um die besonders Reichen. Das reichste Tausendstel, die oberen Zigttausende sozusagen, haben alleine fast ein Viertel des Nettovermögens, im Durchschnitt geht es hier um über 30 Millionen Euro pro Person.

Solcher Reichtum, der der Multimillionäre und Milliardäre, stammt nicht aus eigener Arbeitsleistung, sondern aus den Gewinnen großer Unternehmen. Erarbeitet haben ihn die Kolleginnen und Kollegen in den Betrieben. Wenn wir fordern, diesen Reichtum zu besteuern, dann fordern wir damit nur, dass ein etwas größerer Teil dessen, was die Beschäftigten erarbeitet haben, der gesamten Gesellschaft zugute kommt und nicht nur einer kleinen Minderheit von Reichen und Superreichen. Darüber müssen wir aufklären und die Diskussion führen.

Am 24.-26 Mai 2013 findet dazu in der Technischen Universität Berlin ein großer Kongress [„Umverteilen. Macht. Gerechtigkeit“](#) statt, veranstaltet von Organisationen und Stiftungen aus Deutschland, Österreich und der Schweiz. Und ver.di Wirtschaftspolitik gibt eine neue Broschüre „Fair teilen! Höhere Löhne, Steuergerechtigkeit, Sozialstaat stärken“ heraus, die auf [www.wipo.verdi.de](http://www.wipo.verdi.de) bestellt und heruntergeladen werden kann. Auch ver.di-tv hat ein gutes neues [Video dazu gemacht. Gemeinsam im Bündnis Umfairteilen sammeln wir Unterschriften für den](#) Aufruf „Höchste Zeit zum Umfairteilen“. Die Unterschriftenlisten werden im Wahlkampf an die Parteien und später an die Beteiligten an den Koalitionsverhandlungen übergeben.

Das Bündnis Umfairteilen plant vor der Bundestagswahl 2013 weitere Aktionen. Es wird sich bei den in mehreren Städten geplanten gewerkschaftlichen Demonstrationen am 7. September einbringen. Am 14. September sollen weitere Aktionen stattfinden, eine große Demonstration in Bochum und wahrscheinlich eine Demonstration mit Menschenkette in Berlin.

Die Gewerkschaften und das Bündnis Umfairteilen sind gefordert, den Druck aus der Gesellschaft für mehr Steuergerechtigkeit zu mobilisieren. Die Verteilungsfrage ist wahrscheinlich der zentrale Unterschied, der zwischen den Parteien im Bundestagswahlkampf deutlich wird und an dem die Notwendigkeit eines politischen Wechsels besonders klar begründet werden kann. Ohne eine andere Verteilungs- und Steuerpolitik wird es keinen Politikwechsel zugunsten der Arbeitnehmerinnen und

Arbeitnehmer geben. Die gemeinsame Aktivität in breiten Bündnissen (wie dem Umfairteilen-Bündnis) kann zugleich die gesellschaftliche Vernetzung und den politischen Einfluss der Gewerkschaften stärken.

**Autor:** Ralf Krämer, geboren 1960 in Dortmund, Gewerkschaftssekretär im Bereich Wirtschaftspolitik beim ver.di Bundesvorstand in Berlin

## **Soziale Ungleichheit in deutschen Medien**

---

**von Dr. Wolfgang Storz**

### **Selektive Armut und tabuisierter Reichtum**

Ob in tagesaktuellen Medien, dem Vierten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, Wahlkampf-Programmen oder Büchern wie dem von Deutschlands renommiertesten Historiker Hans Ulrich Wehler (Titel: „Die neue Umverteilung“): Die Themen Steuerhinterziehung, Armut, Reichtum und soziale Kluft stehen ganz oben auf der Agenda dieser Gesellschaft. Was, wann, wie zum öffentlichen Thema wird – das hängt gewiss nicht nur, aber zu einem beachtlichen Teil vom Journalismus ab. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, wie der Journalismus als bedeutende öffentliche Stimme die soziale Ungleichheit bearbeitet.

Ich referiere zunächst sehr knapp die Befunde einer neuen Medienstudie von Hans-Jürgen Arlt und mir und konzentriere mich dabei vor allem auf die Befunde, die mit dem Aspekt Reichtum zusammenhängen, dann versuche ich mit einigen Thesen zu illustrieren, was in der öffentlichen Kommunikation rundum das Thema Reichtum `schiefläuft` und warum das so ist.

Vorab einige Daten zur Studie: Untersucht wurden die Ausgaben der Jahre 2008 bis 2012 der Tageszeitungen Berliner Zeitung und Tagesspiegel, SZ und FAZ, sowie der Wochenmedien Der Spiegel und Die Zeit; bei den beiden letzten die gesamte Printausgabe, bei den Tageszeitungen die Kommentare. Wir analysierten fast 1000 Texte, vom Kurzkommentar in der SZ über den Leitartikel in der FAZ bis zur 30seitigen Titelgeschichte im Spiegel.

Zwei bedeutende Befunde nennt die Studie im Titel: „Portionierte Armut, Blackbox Reichtum“. Die Kommentare thematisieren Armut – zwar nicht besonders häufig, doch immer wieder. Sie setzen sich aber nicht mit dem Problem der Armut als gesellschaftliches Phänomen auseinander, sie lösen Armut vielmehr in Problemgruppen auf. Kommentarpraxis ist es, Armut zu zerlegen: in Kinder-, Alters-, Migrantinnen-, Langzeitarbeitslosen-, Schwerbehinderten-, Hartz-IV- und Alleinerziehenden-Armut; Frauen sind in den untersuchten Texten übrigens nur als Mütter arm. So wird unseres Erachtens dem Thema seine eigentliche Brisanz genommen.

Nun komme ich zum Umgang mit dem Thema Reichtum. Die untersuchten Medien – bei allen teilweise gravierenden Unterschieden bei anderen Aspekten - unternehmen übereinstimmend keine Anstrengung, sich mit Ursachen und Folgen der Anhäufung riesigen Reichtums in wenigen Händen auseinander zu setzen. Reichtum als eigenständiges Kommentarthema gibt es nicht; er wird nur `aufgerufen` als Gegenpart, wenn ein Aspekt von Armut mal wieder kommentiert wird. Die Potentiale, die ein Milliardenvermögen in privater Hand eröffnet, um die Welt um sich herum zu dominieren, der enge Zusammenhang von Reichtum und Macht (und von Armut und Ohnmacht) werden nicht problematisiert. Die Ausnahmefälle, in welchen privates Vermögen für wohltätige Zwecke gespendet wird, werden dagegen gerühmt. Das gilt auch für die Form der Produktiv-Vermögen: Die Debatte über die gesellschaftliche Verantwortung von Unternehmen findet neben und außerhalb der Reichtums- und Armutsthematik statt. Und: Die sich seit Jahren herausbildende Kapital- und Erben-Gesellschaft, in der leistungslose Einkommen und Vermögen in Form von Dividenden, Zinsen und Erbschaften und deren enorme Vermehrung zur Regel werden, ist kein prominenter, sondern nur ein randständiger Aspekt.

Dazu passt, dass grundsätzliche Fragen selten, eigentlich nie angesprochen werden: Hängen die Zunahme von privater Armut und privatem Reichtum miteinander zusammen? Ist die zunehmende Staatsverschuldung nichts anderes als ein Mehr an öffentlicher Armut? Ist unsere Gesellschaft mit ihren Strukturen im Prinzip auf Gerechtigkeit oder im Prinzip auf Ungerechtigkeit „eingestellt“? Zugegeben: Für tagesaktuelle Medien, auch wenn es sich um die besten in Deutschland handelt, können solche Fragen nicht zum Alltag gehören. Aber über Jahre hinweg könnte man sich wenigstens immer mal wieder an das spannende Grundsätzliche heranwagen. Fehlanzeige.

Nun stellt sich die Frage: Warum handeln Deutschlands bedeutendste Massenmedien in Sachen Reichtum so?

Im Folgenden möchte ich dazu einige hoffentlich anregende Thesen aufstellen:

## 1. Der große Unterschied

Es gibt einen gravierenden Unterschied zwischen Armut und Reichtum. Reichtum wird – bewusst oder unbewusst – nicht politisiert. Er ist eine persönliche Angelegenheit, weil in ihm immer noch weithin das Ergebnis von persönlicher Leistung oder der Leistung einer Familie oder Dynastie gesehen wird, über das kritisch zu reden als `unfein` gilt; wer dies trotzdem tut, offeriert sich als `Neider`. Die Soziologen Sighard Neckel, Christoph Deutschmann und andere machen bereits seit Jahren auf folgenschwere öffentliche Umdeutungen aufmerksam: Wenn Reichtum, hohe Renditen und hohe Einkommen anstelle von Leistung zum Leitbild werden, wenn also das Ergebnis entscheidend sei und der Weg dorthin ohne Bedeutung, wenn damit dem “Leistungsprinzip alle Grundlagen” (Neckel) entzogen werden, wie sollen dann Reichtums-Tendenzen überhaupt noch politisiert und problematisiert werden?

Auch die mit Reichtum verbundene Macht wird nie bewusst thematisiert. Sie ist aber in der Alltagssprache tief verankert und begleitet uns als hinzunehmende Selbstverständlichkeit. `Geld regiert die Welt` und das Kapital, `das scheue Reh`, das darf niemand mit zu hohen Steuern verschrecken. Dagegen ist das Feld der Armut politisiert, erhalten doch alle Betroffenen öffentliche Gelder, aufgebracht von den Steuerzahlern. Ständige Rechtfertigungen und Ansprüche auf eine Gegenleistung dominieren das Verhältnis gegenüber den Sozialtransfer-Empfängern. Erst wenn diese kommunikative Schräglage zulasten des Themas Armut aufgehoben ist, wird der Blick auf Strukturen frei, die soziale Ungleichheit produzieren.

## 2. Bedingungen journalistischen Arbeitens

Über Armut wird vergleichsweise oft berichtet, unter anderem aus den folgenden Gründen:

- über die Armuts-Lage gibt es viel Material, auch weil es eine Kontinuität der Berichterstattung gibt;
- Armut wird im Gegensatz zu Reichtum als ein öffentliches Thema angesehen;
- wer darüber berichtet, muss nicht mit Konflikten rechnen, da das Sanktionspotential der Betroffenen sehr gering ist;
- die Berichterstattung über Fälle von Armut erfüllen oft die Kriterien der massenmedialen Produktion wie Personalisierung und Emotionalisierung;
- die Journalisten können sich klar abgrenzen von dieser Gruppe, sie haben mit ihr nichts gemein aufgrund ihres gehobenen kulturellen und sozialen Status.

Die defizitäre Bearbeitung des Themas privater Reichtum hat ebenfalls strukturelle Gründe:

- Es gibt vergleichsweise wenig verlässliches aktuelles statistisches und analytisches Material;
- Die Angehörigen dieser Schicht sind kaum zugänglich und verweigern sich meist öffentlichen Diskussionen und direkten Recherchen;
- das potenzielle Sanktions- und Konfliktpotenzial dieser Schicht ist hoch; Wohlhabende und Reiche haben Ressourcen und Optionen, die öffentliche Kommunikation über sie weitgehend nach ihren Bedürfnissen zu steuern;
- Die Journalisten selbst können sich schlecht abgrenzen, da sie oft wenigstens 'in die Nähe' dieser Schichten aufsteigen wollen;
- Es gibt kein erkennbares politisches Interesse, sich beherzt an dieses Thema heranzuwagen, denn die meisten Politiker/Parteien und weitere meinungsmachende Kreise wollen ihr Verhältnis zu den Reichen so gestalten, dass sie im Zweifel immer 'Geschäfte und politische Deals' mit ihnen machen können. Die Botschaft, die von diesem Verhalten ausgeht, ist klar: Vorsicht, heikles Thema!

### **3. Herkunft der Journalisten**

Wir halten es für möglich, dass sich die eigene materielle Lage und schichtenspezifische Zugehörigkeit der Journalisten, ihre Einstellung zu Leistung, Verdienst und Karrierebewusstsein gerade bei diesem Thema auf inhaltliche Positionierung und Perspektivenauswahl auswirken. Untersuchungen, wie die jüngste von Klarissa Lueg und frühere von Siegfried Weischenberg, belegen eindeutig, dass bei allen untersuchten Medien vor allem Journalisten aus gehobenen sozialen und kulturellen Schichten verantwortliche Positionen und damit auch die Rolle von ständigen Kommentatoren einnehmen.

### **4. Ungenutzte Chancen der Pressefreiheit**

Medien agieren in einem sehr hohen Maße reaktiv auf Ereignisse, Initiativen, Informationen, Deutungen und Wissen aus dem machtpolitisch relevanten Feld der Politik und der Wirtschaft. Das heißt aber auch: Wenn kein von den Medien als relevant, mächtig und/oder als 'störfähig' eingeschätzter Akteur das Thema Reichtum und dessen Besteuerung aufgreift, dann wird dieses Thema nicht oder bestenfalls nachlässig behandelt. Wenn es welche aufgreifen, wie jetzt in den aktuellen Steuerdebatten, dann stecken diese mit ihren Forderungen jedoch auch die Bandbreite der Berichterstattung und Kommentierung ab. Pressefreiheit schließt die Möglichkeit ein, dass wenigstens die großen und damit auch konfliktstarken Qualitätsmedien sich – als Vorreiter und Vorbilder für 'schwächere' Medien - bei gesellschaftlich bedeutsamen Themen auch eigenständige, von den Systemen der Wirtschaft und Politik unabhängige Themen- und Positionsetzungen erlauben. Genutzt wird diese Freiheit kaum.

## 5. Das große Thema `Umverteilung` - ein Kommunikations-Desaster?

Insbesondere gesellschaftskritische Kräfte wundern sich darüber, warum es keine öffentlich sich manifestierende Empörung über unangemessenen Reichtum und zu große soziale Klüfte gibt. Das könnte auch mit Folgendem zusammenhängen: Unsere Analyse zeigt, dass es in Medien und der Öffentlichkeit eine hohe Unsicherheit über die Frage gibt, wer eigentlich reich ist. Der Soziologe Rehberg spricht irritiert davon, wie “der Reichtum wunderbar vermehrt” werde. Wer monatlich mehr als etwa 3 300 Euro netto verdiene, gelte bereits als reich. So beginnt der offizielle Reichtum also bei Mittelschichten, die sich selbst subjektiv nicht als reich empfinden. Diese Mittelschichten sind zudem – bei einem Jahreseinkommen zwischen 40 000 bis 70 000 Euro – stark belastet, da sie vergleichsweise hohe Sozialabgaben und direkte Steuern bezahlen müssen. Da sie zudem – im Gegensatz zu den `wirklich Reichen` - einen hohen Anteil ihres Einkommens für ihren Lebensunterhalt ausgeben müssen, sind sie auch überdurchschnittlich stark von den in den vergangenen Jahrzehnten stark ansteigenden indirekten Steuern betroffen. Diese Gruppe ist im Kern wiederum auch der Finanzier des Sozialstaates. Das heißt: Diese Gruppe fühlt sich `negativ` angesprochen, wenn es darum geht, Sozialleistungen zu erhöhen. Und diese Gruppe fühlt sich auch dann `negativ` angesprochen, wenn im politischen Raum darüber debattiert wird, die Steuern für Wohlhabende und Reiche zu erhöhen. Daraus bildet sich `die falsche Front` gegen die `da unten`. Man könnte diesen Sachverhalt auch umdrehen und konstatieren: wenn man die Mittelschicht in der Umverteilungsdiskussion adressiert, kann man die Thematisierung von „wahrem“ Reichtum gekonnt sabotieren.

## 6. Der Neid

Der Soziologe Neckel hat sich in einem Aufsatz mit dem Thema “Deutschlands gelbe Galle – Eine kleine Wissenssoziologie des teutonischen Neides” beschäftigt. Neid kann in unserem Zusammenhang schließlich eine bedeutende Rolle spielen. So wurde einst eine Ergänzungsabgabe für Besserverdienende zur Finanzierung der deutschen Einheit zur `Neidsteuer`. `Sozialneid` sei, so Neckel, ein Mittel der Politik. So werde versucht, entsprechende politische Konzepte zu denunzieren. Bleibt die Frage: Sind die Politiker und Leute wirklich neidisch, also ist dies der Antrieb, Umverteilung zu fordern und zu unterstützen? Wäre es so, dann böte Neckel die Erklärung dafür, warum der Reichtum politisch so `ungefährdet` bleibt: “Solange Unzufriedene auf höhere Klassen nur neidisch sind, eifern sie ihnen mehr nach, als dass sie sie stürzen wollen. Durch den gemeinsamen Wertbezug auf ein gleichermaßen begehrtes Objekt bindet Neid Konkurrenten auch aneinander. Er ist deshalb als ein vergleichsweise integratives Gefühl zu bezeichnen ... .” Erst wenn die Wettbewerbschancen und Lebensperspektiven aussichtslos seien, dann könne aus Neid Wut werden.

## 7. Die Normalisierung

De-Thematisierung kann auch via `Normalisierung` gehen. Renate Köcher, Leiterin des Meinungsforschungs-Instituts Allensbach, rechnet vor, dass eine materielle Kluft “in einer freien Gesellschaft in längeren Friedenszeiten fast zwangsläufig” sei: Die Unter- und Mittelschichten seien eben von der Wirtschaftskonjunktur und damit von der aktuellen Lohn- und Gehaltsentwicklung abhängig, die oberen Schichten hätten sich hingegen “sukzessive aus dieser Abhängigkeit lösen” können - durch wachsende Vermögenseinkünfte, Erbschaften und Schenkungen. *Das ist eben so*. Der sehr deutsche „Jargon der Eigentlichkeit“ muss wieder als unhinterfragbare Tatsache herhalten.

## 8. Die entscheidende Frage – einfach vergessen

Es gibt zwei Möglichkeiten, die sich wechselseitig nicht ausschließen. Das ist die eine: Gesellschaftliche Strukturen sind im Prinzip auf Gerechtigkeit eingestellt; Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten sind also die Ausnahme. Das ist die andere: Strukturen und Systeme produzieren von sich heraus Ungerechtigkeiten und fördern in der Regel Ungleichheiten bis hin zu sich verfestigenden Schichten mit großen finanziellen und sozialen Differenzen. Diese Variante legt beispielsweise die Auffassung nahe, dass Armut wegen und nicht trotz Reichtum entsteht. Im Zusammenhang mit unserem Untersuchungsthema müsste eigentlich alle Kommentatoren diese Grundsatzfrage umtreiben. Sie wird aber nie klar gestellt und gar nicht erörtert. Die mit dieser Frage verbundenen Probleme und Sachverhalte bleiben deshalb diffus und unklar. Das hat Folgen: Jede Anschluss-Kommunikation wird damit gehemmt, wenn nicht blockiert. Um Aufmerksamkeit und Wahrnehmung für dieses Groß-Thema zu verstärken, muss diese Einstiegsfrage offen angesprochen und ausführlich erörtert werden nach dem Motto: “Tausche nie eine gute Frage gegen eine Antwort” (Rabbi Nilton Bonder).

*Der Volltext der Medien-Studie „Portionierte Armut, Blackbox Reichtum“ ist auf Anfrage bei der Rosa Luxemburg Stiftung erhältlich und abrufbar unter <http://www.rosalux.de/publication/39364>*

**Autor:** Dr. Wolfgang Storz, geboren 1954, Freier Publizist, Medien- und Kommunikationsberater

## **Gedruckte Zeitzeugen der „Machtergreifung“ (Ausstellungskritik)**

---

**von Timm Steinborn**

### **Über die Berliner Ausstellung „Die Gleichschaltung der Gewerkschaftspresse“**

Ein Konterfei von Karl Marx neben einem Beitrag „zum 50. Todestage des großen Sozialisten“. Und drei blonde junge Männer in der typischen Ikonographie der Nationalsozialisten, von denen einer als stilisierter Arbeiter einen Hammer über der Schulter trägt und den Arm zum „Hitlergruß“ reckt. Zwei Illustrationen von Titelseiten deutscher Gewerkschaftszeitungen aus dem Jahr 1933. Zwischen den beiden Ausgaben aus den Monaten März und September liegt nur knapp ein halbes Jahr – und die Zerschlagung der freien deutschen Gewerkschaften.

Es sind gerade diese kleinen Querverweise und Bezüge mit viel Symbolkraft, die die Ausstellung „Die Gleichschaltung der Gewerkschaftspresse“ in der MedienGalerie Berlin des Fachbereichs Medien, Kunst und Industrie von ver.di Berlin-Brandenburg für die Besucher beeindruckend machen. Gut zwei Dutzend Titelseiten von Zeitungen der Gewerkschaften des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB) haben die Ausstellungsmacher vom ver.di-Archiv zusammengetragen. Die Ausstellung ist Teil des Berliner Themenjahres „Zerstörte Vielfalt“, das mit einer ganzen Reihe von Veranstaltungen und Ausstellungen zeigt, wie sehr die Machtergreifung der Nationalsozialisten vor 80 Jahren die kulturelle, religiöse, politische und gesellschaftliche Vielfalt in Berlin und ganz Deutschland zunichtemachte.

### **Titel und Aufmacher vor der Gleichschaltung**

Die Exponate sind naturgemäß vor allem eines: textlastig. Anders als Ausstellungen, die mit Gemälden, Skulpturen, Foto- oder gar Filmmaterial arbeiten können, standen die Macher der Ausstellung in der MedienGalerie vor der Herausforderung, schwarz-weiße Textblöcke mit wenigen Bildern und Illustrationen so auszuwählen und zusammenzustellen, dass sie trotzdem für sich selbst sprechen und die Besucher mit wenigen Blicken den historischen Kontext und die Aussage des jeweiligen Exponats erfassen. Das ist gelungen. Denn die Ausstellung beschränkt sich ausschließlich auf die Präsentation von Titelseiten – und die mussten schon damals mit klaren, plakativen Überschriften oder symbolstarker Bebilderung für sich selber sprechen können.

In der ver.di-Ausstellung werden diese Titelseiten und ihre Überschriften und Artikel so zu Zeitzeugen, die davon berichten, wie die ADGB-Gewerkschaften vor der Machtergreifung 1933 die Nationalsozialisten bekämpften, aber auch unterschätzten, wie sie nach den Reichstagswahlen im März 1933 zwischen Widerstand, Resignation und Anpassung schwankten und wie schließlich nach der Erstürmung der freien Gewerkschaftshäuser durch die Nationalsozialisten am 2. Mai 1933 auch die Gewerkschaftspresse endgültig gleichgeschaltet wurde.

Für all diese Phasen vor und nach der Gleichschaltung der Gewerkschaftspresse wurden Zeitungstitel, die die Einstellung und Stimmung innerhalb der damaligen deutschen Gewerkschaftsbewegung deutlich machen, treffend ausgewählt. Gerade die Schlagzeilen der Titelseiten wirken dabei oft wie symbolhafte Überschriften historischer Kapitel. Zum Beispiel wenn die „Einigkeit“, das Organ des Verbandes der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter und Vorläufer der noch heute erscheinenden „Einigkeit“ der NGG, nach den Reichstagswahlen 1933 ihre Titelseite in großen Lettern schlicht mit der Frage überschreibt: „Was nun?“ Oder wenn „Der Grundstein“, das Wochenblatt des Deutschen Baugewerksbundes und Vorgänger des noch heute erscheinenden „Grundstein“ der IG BAU, schon im Juli 1932 „Schlagt Faschismus und Reaktion“ titelt und ein Drittel seiner Titelseite für eine Karikatur reserviert, die Hitler zeigt, der in einer Schatzkiste die geraubten Gelder der Arbeiterschaft sammelt. Oder auch, wenn die nach Mai 1933 erfolgte völlige Gleichschaltung durch eben nichts deutlicher wird, als durch die übergroße Sütterlin-Schlagzeile „Ein Volk! Ein Reich! Ein Führer“ auf der Titelseite des „Korrespondent“, der ehemals stolzen Zeitung des Verbandes deutscher Buchdrucker – einer der ältesten deutschen Gewerkschaftsorganisationen.

### **Mehr Gewerkschaftsgeschichte auf einen Blick ist kaum möglich**

Reizvoll an der Ausstellung sind aber auch die „Exoten“ unter den Exponaten. Vor allem die, die zeigen, wie einige deutsche Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter auch nach der Gleichschaltung weiter mit gewerkschaftlichen Publikationen Widerstand leisteten. Auch bei diesen „Zeitungen“ hat gerade die Gestaltung der Titelseiten Symbolkraft: So sind die präsentierten Ausgaben der im Exil hergestellten Publikationen „Hakenkreuz über Deutschland“ (1934, herausgegeben von der Internationalen Transportarbeiter-Föderation ITF) oder „Die Schifffahrt“ (1935, herausgegeben von Exil-Mitgliedern des Gesamtverbandes der Seeleute, Binnenschiffer und Hafendarbeiter Deutschlands) keine professionell gesetzten und gedruckten Zeitungen mehr, sondern mit handgezeichneten Illustrationen versehene Schreibmaschinenseiten: Die Infrastruktur der freien deutschen Gewerkschaftspresse, die in der Weimarer Republik mit Dutzenden Zeitungstiteln und einer Gesamtauflage von über sechs Millionen Stück eine erhebliche Medienmacht hatte, war zerstört. Stimmen des Widerstands wurden aber immer noch über die Grenzen ins deutsche Reich geschmuggelt.

Manche der präsentierten Exponate der Ausstellung wirken mit dem Wissen von heute zudem wie konzentrierte Destillate bedeutender historischer und gewerkschaftspolitischer Ereignisse ihrer Zeit. Für gewerkschaftshistorisch Interessierte ist beispielsweise die bereits eingangs erwähnte Titelseite mit dem Marx-Konterfei ein faszinierendes Fundstück: Die Ausgabe von „Der Deutsche Eisenbahner“, Verbandszeitschrift des Einheitsverbands der Eisenbahner Deutschlands, thematisiert am 12. März 1933 auf nur einer Seite nicht nur den 50. Todestag von Marx – sondern auch den acht Jahre zurückliegende Todestag Friedrich Eberts, den Reichstagsbrand und die darauf folgenden Notverordnungen der Nationalsozialisten, die Reichstagswahlen vom 5. März 1933 sowie die Betriebsratswahlen von 1933, bei denen die freien Gewerkschaften sich vor der Machtergreifung letztmals deutlich gegen die Kandidaten der Nationalsozialistischen Betriebsorganisation (NSBO) durchsetzen konnten. Mehr arbeiter-, gewerkschafts- und zeitgeschichtliche Zeugnisse auf einen Blick sind kaum möglich.

### **Am historischen Ort**

Die präsentierten Titelseiten ergänzt die Ausstellung mit kurzen, knappen und gut verständlichen Texttafeln, die jeweils den historischen Kontext erläutern und die Exponate nach den historischen Phasen gliedern – von Konfrontation gegenüber dem erstarkenden Nationalsozialismus, über Anpassung bis hin zu Gleichschaltung und Widerstand. Die Ausstellung findet zudem selbst an einem Ort statt, dessen Historie für die Ausstellungsthematik treffender nicht sein könnte: Die MedienGalerie Berlin des ver.di-Landesbezirks befindet sich im „Haus der Buchdrucker“, das auf einen Beschluss des Verbandes der Deutschen Buchdrucker von 1920 hin eingerichtet wurde und unter anderem die Redaktion der bereits erwähnten Zeitschrift „Korrespondent“ beheimatete. Gerade dieser historisch eigentlich äußerst passende Ausstellungsort ist aber auch ein Makel der Ausstellung. Denn das „Haus der Buchdrucker“ beherbergt heute auch die Beratungsstellen der Erwerbslosen- und Rentenberatung zweier ver.di-Ortsvereine. In den zweckdienlich eingerichteten Räumlichkeiten mit Besprechungstisch hören Ausstellungsbesucher in den Beratungszeiten fast zwangsläufig Beratungsgespräche über Einsprüche gegen Bescheide des Jobcenters oder der GEZ mit. Das mag einen authentischen Eindruck über einen bestimmten Aspekt gewerkschaftlicher Basisarbeit vermitteln, ist aber sicher weder für die Ausstellungsbesucher noch für die mit sehr intimen Problemen Beratungssuchenden eine angenehme Situation.

## **Ausstellung „Die Gleichschaltung der Gewerkschaftspresse“:**

Noch bis zum 28. Juni 2013 im Rahmen des Themenjahres „Zerstörte Vielfalt - Berlin 1933-1938“ in den Räumen der

**MedienGalerie Berlin**  
**Dudenstraße 10, 10965 Berlin**  
[www.mediengalerie.org](http://www.mediengalerie.org)  
**Öffnungszeiten:**  
**montags und freitags 14 - 16 Uhr**  
**dienstags 17 - 19 Uhr**  
**donnerstags 14 - 19 Uhr**

**Autor:** Timm Steinborn, geboren am 30. Juni 1980 in Düsseldorf, Freier Journalist und Medienberater.

## **Neue Ansätze und Zugänge für die Demokratisierung der Arbeit (Buchrezension)**

**von Marika Höhn**

Anknüpfend an die aktuellen Diskussionen um eine Demokratisierung der Wirtschaft und Gesellschaft liefern die Autorinnen und Autoren – Wissenschaftler und Praktiker aus dem Arbeitskreis Arbeitspolitik der IG Metall – mit ihrem Buch „Demokratisierung der Arbeit“ wichtige Impulse.

„Ohne eine Demokratisierung der Arbeit wird es keine Demokratisierung der Wirtschaft geben“ – ist die Kernthese, die die wissenschaftlichen, gewerkschaftspolitischen und -praktischen Beiträge zusammenbindet.

Die Autorinnen und Autoren spannen einen Bogen, der von den Erfahrungen aus den Initiativen zur „Humanisierung der Arbeitswelt“ über das Konzept der Guten Arbeit bis zu den strategischen Herausforderungen der „Besser statt billiger“-Kampagne der IG Metall reicht.

Es geht um Demokratieerfahrungen und demokratische Lernprozesse der Beschäftigten am Arbeitsplatz, die wiederum grundlegende Voraussetzungen für die Demokratisierung der Wirtschaft und Gesellschaft schaffen. Betriebliche und überbetriebliche Mitbestimmung gehören ganz essentiell zu diesem Prozess.

Für die „Demokratisierung von unten“ bedarf es allerdings einer Neujustierung von kollektiver und individueller Interessenvertretung statt einer reinen Stellvertreterpolitik, so die Autorinnen und Autoren: „... mit mehr subjektiver Autonomie, mit gestärkten Selbstaushandlungsprozessen innerhalb und zwischen den Arbeitsteams, mit mehr Interaktion zwischen den alten und möglicherweise neuen Formen institutionalisierter Mitbestimmung, mit gestärkter direkter und weniger repräsentativer Demokratie gerade auch in der Arbeitswelt.“ (Richard Detje/Dieter Sauer).

Begleitforschungen zur „Besser statt billiger“-Strategie der IG Metall unterstreichen dies, wie Steffen Lehdorff in seinem Beitrag ausführt: Betriebsräte, die die Beschäftigten in die „strategische Interessenvertretung“ einbezogen und daran beteiligt haben, erfuhren eine Stärkung ihrer Legitimation. Dementgegen wurden Legitimationsdefizite insbesondere dort beobachtet, wo Betriebsräte Maßnahmen unterstützt haben, ohne die Beschäftigten an der Entwicklung teilhaben zu lassen. Die Beteiligung der Beschäftigten ist die Basis und zugleich das „grundlegend Neue an (der) Mitbestimmungspraxis“. Damit durchbrechen die „strategischen Interessenvertreter“ das Handlungsmuster der Stellvertreterpolitik.

Die Erkenntnis über diesen Kulturwandel in der Mitbestimmungspraxis ist ein Meilenstein in der Entwicklung neuer Strategien und Handlungsoptionen sowohl für Betriebsräte und Gewerkschaften als auch für die Beschäftigten selbst.

Die Aktionsforschung hat in den vergangenen Jahrzehnten zu demokratischen Beteiligungsprozessen Erfahrungen gesammelt und Methoden entwickelt, bspw. wie ein „demokratischer Dialog“ (Werner Fricke) institutionalisiert werden kann. Das von Werner Fricke vorgestellte „Peiner Humanisierungsprojekt“ verdeutlicht, „... wie Reflexionsräume geschaffen werden können, in denen sich die Arbeitenden über ihre Interessen verständigen, in denen sie ihre innovativen Qualifikationen entwickeln und Konzepte zur Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen vereinbaren können.“

Diese Erfahrungen und Methoden greift das Konzept der „Guten Arbeit“ auf und entwickelt sie weiter. Tatjana Fuchs weist in ihrem Beitrag ebenfalls darauf hin, dass es entscheidend darauf ankommt, die „... Beschäftigten bei der Definition von anzustrebenden Standards Guter Arbeit und notwendigen Veränderungsbedarfen sowie als entscheidende Akteure für die Veränderung der betrieblichen Arbeits- und Einkommensbedingungen“ einzubeziehen. Auch in den Projekten zu Guter Arbeit hat sich die Erkenntnis bestätigt, dass die Aktivität der Beschäftigten eine Veränderung

der Kultur der Betriebsratsarbeit bewirkt und die unmittelbare Demokratie im Betrieb stärkt.

Die Visionen für die Zukunft reichen von einer staatlich geförderten Humanisierungsoffensive (Gerd Peter) bis hin zu einer „Vertariflichung von betrieblichen Gestaltungszielen“ (Tatjana Fuchs). Nicht zuletzt gehört auch der Streik in seinen unterschiedlichsten Ausprägungen als „einer der wenigen Akte unmittelbarer Demokratie, in der die abhängig Beschäftigten selbst über ihre Lage entscheiden“ (Detlef Hensche) in eine Debatte über Demokratisierung von Wirtschaft und Arbeit.

Betrieblichen und gewerkschaftlichen Akteuren werden mit dem vorliegenden Buch Wege aufgezeigt, wie durch unmittelbare Beteiligung Beschäftigte selbstbestimmt Arbeitsbedingungen gestalten können, um ihre Bedürfnisse und Interessen im Arbeitsleben gegenüber einer fremdbestimmenden Unternehmenssteuerung und Marktzwängen durchsetzen zu können.

Die Autorinnen und Autoren verbinden wissenschaftliche, arbeitspolitische und demokratietheoretische Analysen mit betrieblichen und gewerkschaftspraktischen Strategiebeispielen. Dadurch gelingt eine anschauliche Korrespondenz zwischen wissenschaftlichen Erkenntnissen und praktischen Erfahrungen und gleichzeitig eine Fundierung der aufgezeigten These.

Die Fülle an Impulsen, Analysen, Informationen und Argumentationen zusammengefasst in einem Band gibt dem interessierten Leser, Wissenschaftler oder Praktiker eine fundierte Grundlage für eine Debatte über Demokratisierung von Wirtschaft und Arbeitswelt.

Über das Buch:

**Demokratisierung der Arbeit,  
Neuansätze für Humanisierung und Wirtschaftsdemokratie;  
Hg. Von Werner Fricke und Hilde Wagner,  
VSA Hamburg, ISBN 978-3-89965-510-0**

**Autorin:** Marika Höhn, geboren 1971 in Freiberg/Sachsen, Referatsleiterin Industrielle Beziehungen und Arbeitspolitik in der Grundsatzabteilung beim DGB Bundesvorstand

## **Intelligent wachsen. Die grüne Revolution**

---

**von Ralf Fücks**

Vierzig Jahre nach dem Donnerschlag, den der Club of Rome mit seinem Report zu den „Grenzen des Wachstums“ auslöste, hat der Ruf nach der „Postwachstumsgesellschaft“ wieder Hochkonjunktur – zumindest in akademischen Kreisen, in den Feuilletons und auf alternativen Konferenzen. So anregend die Debatte um „Wohlstand ohne Wachstum“ auch sein mag: sie blendet aus, dass wir erst am Anfang einer stürmischen Wachstumsperiode der Weltwirtschaft stehen. Angetrieben wird sie von den Wünschen, Ambitionen und dem Unternehmergeist von Milliarden Menschen, die auf dem Weg in die industrielle Moderne sind.

Die globale Wirtschaftsleistung wird sich in den kommenden 20-25 Jahren glatt verdoppeln. Das ist eine gute und eine alarmierende Nachricht zugleich. Gut, weil damit sinkende Kindersterblichkeit, längere Lebenserwartung, bessere Bildung und sozialer Aufstieg in großem Stil einhergehen. Alarmierend, weil eine Verdoppelung des Ressourcenverbrauchs und der Emissionen von heute auf einen ökologischen Super-Gau hinausliefe. Das alte, ressourcenfressende und energieintensive Wachstumsmodell ist nicht steigerbar. Deshalb lautet die zentrale Herausforderung der kommenden Jahrzehnte, das globale Wachstum in eine grüne Richtung zu lenken. Im Kern geht es um eine Entkopplung von wirtschaftlicher Wertschöpfung und Naturverbrauch.

Auch in Europa schwimmt die Mehrheit der Bevölkerung keineswegs im Wohlstand. Die Wirtschaftskrise hat die Reserven vieler Menschen aufgezehrt. Damit alle ein Leben auf der Höhe ihrer Möglichkeiten führen können, braucht es nicht nur eine gerechtere Verteilung des Reichtums, sondern eine prosperierende Wirtschaft mit einer starken industriellen Basis. Der Weg aus der Krise führt über eine Innovations-offensive, die Europa an die Spitze der ökologischen Modernisierung hievt. Wir können uns größere Ziele stecken als die gerechte Verteilung eines schrumpfenden Wohlstands: Europa hat das Potential, zum Vorreiter der neuen industriellen Revolution zu werden. Deshalb wäre es fatal, bei der Energiewende auf die Bremse zu treten: Sie ist ein globales Referenzprojekt, dass der Abschied von der fossil-nuklearen Energieversorgung ein ökonomisches Erfolgsmodell sein kann.

Nachhaltiges Wachstum erfordert eine doppelte Kraftanstrengung: die kontinuierliche Steigerung der Ressourceneffizienz sowie die weitgehende Dekarbonisierung der Ökonomie, also der Übergang von fossilen zu erneuerbaren Ressourcen. Die alte Formel: Steigerung des Outputs (der Produktion) durch gesteigerten Input (Rohstoffe, Energie) führt zum Ruin des Planeten. Die Formel der Zukunft heißt: Aus weniger mehr machen. In den letzten 150 Jahren hat der

Kapitalismus vor allem die Arbeitsproduktivität, also die Wertschöpfung pro Arbeitsstunde, in immer neue Höhen getrieben. Künftig geht es darum, vor allem die Ressourcenproduktivität zu steigern. Ein wirkungsvoller Hebel ist die stärkere Besteuerung des Verbrauchs knapper Ressourcen. Im Gegenzug kann die steuerliche Belastung von Arbeitseinkommen reduziert werden.

Die ökologische Transformation des Kapitalismus ist ein gewaltiges Innovations- und Investitionsprogramm: es geht um ressourceneffiziente Technologien, regenerative Energien, intelligente Stromnetze, neue Werkstoffe, vernetzte Stoffkreisläufe, Elektromobilität, Modernisierung des öffentlichen Nah- und Fernverkehrs, Umbau der Städte, CO<sub>2</sub>-Recycling, High-Tech-Biolandwirtschaft etc. Die grüne industrielle Revolution wird so zum Katalysator für eine neue lange Welle des Wachstums, vergleichbar der Elektrifizierung oder dem Siegeszug der digitalen Technologien. Dagegen fallen in einer schrumpfenden Ökonomie auch die Investitionen und die Innovationsrate sinkt. Angesichts des Wettlaufs mit der Klimakrise brauchen wir aber eine Beschleunigung des ökologischen Umbaus.

„Zurück zur Natur“ ist für bald 9 Milliarden Menschen nicht möglich. Wir müssen vorwärts zu einer neuen Synthese zwischen Natur und Technik: vom Raubbau an der Natur zum Stoffwechsel mit der Natur. Dazu gehört das Prinzip vernetzter Stoffkreisläufe: alle Reststoffe werden zum Ausgangspunkt neuer Produktionsprozesse. Aus organischen Abfällen werden Kraftstoffe, Papier oder Bio-Kunststoffe, Kohlendioxid dient als Grundstoff für die Chemieindustrie, Elektronikgeräte und Autos werden vollständig wiederverwertet.

### **Grenzen des Wachstums, Wachstum der Grenzen**

Die menschliche Zivilisation hängt an einem halbwegs stabilen Klima, an der Fruchtbarkeit landwirtschaftlicher Böden und an intakten Wasserkreisläufen. Überschreiten wir die Belastungsgrenzen der Ökosysteme, drohen schwere Krisen und Verwerfungen. Insofern gibt es sehr wohl ökologische Grenzen des Wachstums. Der springende Punkt ist, dass aus diesen „roten Linien“ keine fixen Grenzen für Produktion und Konsum folgen. Was dem Menschen auf unserem Planeten möglich ist, wird nicht in erster Linie von geophysikalischen Faktoren bestimmt. Unsere allerwichtigste Ressource heißt *Kreativität*. Dazu gehört auch die Fähigkeit, Knappheitskrisen durch Innovationen zu überwinden. Auch der Faktor Energie ist nicht begrenzt. Das Kraftwerk Sonne ist eine nahezu unerschöpfliche Energiequelle. Dabei geht es nicht nur um die Gewinnung von Strom und Wärme aus Sonnenenergie, sondern um die Photosynthese - die Umwandlung von Sonnenlicht, Wasser und CO<sub>2</sub> in biochemische Energie. Auch die Geothermie bietet ein gewaltiges Energiepotential für lange Zeiträume.

Auf Erfindungsreichtum und Unternehmergeist als Produktivkraft zu setzen, enthebt uns nicht von persönlicher Verantwortung. Es ist gut und richtig, weniger Fleisch zu essen, mit Rad oder Bahn zu fahren und keine Produkte zu kaufen, für die Menschen geschunden oder Regenwälder abgeholzt werden. Aber ein nüchterner Blick auf die Größe der ökologischen Herausforderung zeigt, dass sie mit dem Appell zur Genügsamkeit nicht zu lösen ist. „*Weniger vom Gleichen*“ ist nicht genug. Um das Klima zu stabilisieren, ist eine Halbierung der globalen CO<sub>2</sub>-Emissionen bis zur Mitte des Jahrhunderts nötig. Angesichts einer wachsenden Weltbevölkerung und der Hoffnung von Milliarden Menschen auf sozialen Aufstieg ist das nicht zu schaffen, indem wir uns zur Enthaltbarkeit verdonnern. Ohne großangelegte Effizienzrevolution und den Übergang zu erneuerbaren Energien werden wir den Wettlauf mit dem Klimawandel nicht gewinnen. Zügeln müssen wir unseren Naturverbrauch, nicht unsere Freude an neuen Dingen, Komfort, Mobilität, Mode, Technik und Kommunikation. Das sind irreversible Attribute der Moderne. Ziel ökologischer Politik ist eine *neue Produktionsweise*, nicht ein *neuer Mensch*.

Wer den Ausweg aus der ökologischen Krise in einer drastischen Reduktion von Produktion und Konsum sucht, landet früher oder später bei autoritären Konsequenzen. Wenn die Appelle zu Genügsamkeit und Verzicht nicht freiwillig befolgt werden, braucht es eine starke Zentralgewalt, um die ökologische Vernunft zu erzwingen: Die Demokratie wird der Ökologie geopfert. Diese Tendenz zur umfassenden Kontrolle von Wirtschaft und Gesellschaft (bis hin zu den Geburtenraten) ist schon im berühmten Bericht des Club of Rome zu den „Grenzen des Wachstums“ aus dem Jahr 1972 angelegt. Dagegen gilt es die Allianz von Ökologie und Demokratie zu verteidigen: Erstens um der Freiheit selbst willen, die keinem anderen Zweck geopfert werden darf. Zweitens sind offene, demokratisch verfasste Gesellschaften auch überlegen, wenn es darum geht, Krisen durch Innovationen zu überwinden. Der Niedergang des realen Sozialismus war dafür ein schlagendes Beispiel. Eine lebendige Zivilgesellschaft, freie Medien, unabhängige Forschung und der Wettbewerb um die besten Lösungen sind immer noch das beste Korrektiv gegen Fehlentwicklungen.

Auch in der Wirtschaft gibt es interessante Entwicklungen, an die wir anknüpfen können. Trotz aller Exzesse der Finanzindustrie zeichnet sich ein neuer Trend zur moralischen Aufladung der Ökonomie ab. Skandale um Steuerhinterziehung oder betrügerische Bereicherung verstärken den Ruf nach Rückbesinnung auf die Tugenden des „ehrbaren Kaufmanns“. Tatsächlich spielen *Werte* in einer modernen Ökonomie eine wachsende Rolle für das Konsumverhalten von Bürgern wie für den Erfolg von Unternehmen. Die Stichworte lauten Fair Trade, Ächtung von Kinderarbeit, wachsender Druck zur Einhaltung sozialer und ökologischer Mindeststandards, Kritik an Massentierhaltung. Nachhaltige Investmentfonds sind im Kommen. Kein westliches Unternehmen kann sich leisten, diese Trends einfach zu ignorieren. Gleichzeitig beobachten wir eine Renaissance der gemeinnützigen

Ökonomie: Genossenschaften, Non-Profit-Unternehmen, eine neue Ökonomie des Teilens. Unter jungen Leuten ist das Prinzip „Nutzen statt Besitzen“ populär, Tauschportale im Internet florieren und selbst die großen Autokonzerne bauen Car Sharing – Projekte auf. Das heißt nicht, dass alles auf gutem Weg ist. Aber der Wandel geht eher nach vorn als zurück.

Der Aufbruch in die ökologische Moderne gelingt nur im Zusammenwirken vieler Akteure:

1. Die Politik muss die ökologischen Leitplanken für die Wirtschaft vorgeben und die Weichen in Richtung „Grüne Innovation“ stellen. Dazu gehören die Fortsetzung der ökologischen Steuerreform, ein effektiver Emissionshandel, klare Prioritäten in der Forschungspolitik und bei öffentlichen Investitionen sowie das Arsenal ordnungspolitischer Vorgaben: Grenzwerte, Recyclingquoten, Informationspflichten etc.
2. Nicht weniger wichtig ist die Rolle der Zivilgesellschaft: Umweltbewegung, Verbraucherinitiativen, Gewerkschaften, Genossenschaften, kritische Konsument/innen, kurz: die Macht des Skandals, der Bürger und der Kunden.
3. Schließlich die Wissenschaft: nie forschten so viele Wissenschaftler/innen an neuen Lösungen, nie entwickelte sich das wissenschaftliche Wissen so rapide wie heute.
4. Last not least die Unternehmen mit ihrem geballten technischen know how und ihrer Investitionskraft. Wir brauchen die Allianz mit Unternehmen, die erkannt haben, dass Ökologie, soziale Werte und wirtschaftlicher Erfolg zusammengehören.

*Vom Verfasser ist kürzlich erschienen: „Intelligent wachsen. Die grüne Revolution“ im Hanser-Verlag*

**Autor:** Ralf Fücks, geboren 1951 in Edenkoben (Pfalz), Vorstandsmitglied der Heinrich Böll-Stiftung

## Wachstumsgeschichten

---

von Prof. Dr. Martin Lücke

### Wie in Texten über Wachstum mit Geschichte argumentiert wird

Wirtschaftswachstum als Erlösungsformel gesellschaftlicher Probleme ist in die Kritik geraten – oder doch zumindest zum Gegenstand von kontroversen Debatten. Was auffällt: In fast allen Texten, in denen sich Autoren (und fast immer sind es Männer) mit Wachstum beschäftigen, wird mit Geschichte argumentiert. Und genauso uneinheitlich, wie die jeweiligen Positionen zu Wachstum sind, so heterogen ist auch der Umgang mit Geschichte in den jeweiligen Texten. Dabei treten recht unterschiedliche Geschichtsbilder zu Tage.

Es ist ja zunächst mehr als erwartbar, dass Autoren, die sich in kritischer Hinsicht mit ökonomischem Wachstum beschäftigen, historische Argumente anführen. Zum einen hat Wachstum selbst immer eine Geschichte, kann nur als Größe gedacht werden, die sich in der Zeit und über die Zeit verändert. Wachstum selbst hat also einen historischen Charakter, ist Ausdruck von Zeitverlauf. Und wer über Wachstum schreibt, der schreibt dann automatisch auch immer über Geschichte.

Zum zweiten sehen sich Wachstumskritiker nicht selten dem Vorwurf ausgesetzt, dass sie kaum mehr als Utopien für eine zukünftige Welt ohne (oder mit anderem) Wachstum verkünden, oder dass sie (viel zu) düstere Dystopien entwerfen, Schreckszenarien über eine Welt, in der stetes Wirtschaftswachstum unsere sozialen und ökologischen Lebensgrundlagen vollends zerstört hat. Wer nun hingegen konsequent mit Geschichte argumentiert, kann aus solchen Utopien erfahrungsgesättigte Visionen machen, kann darauf verweisen, dass es historische Erfahrungen sind, die uns über Wachstum neu nachdenken lassen müssen – und dass uns in der Gegenwart solche vergangene Erfahrung hilft, um plausible Szenarien für die Zukunft zu entwerfen. Die Geschichtstheorie hat sich ausführlich mit diesem Phänomen beschäftigt, sie sagt: Historische Alterität wird so zum erfahrungsgesättigten Utopieäquivalent.

### Kritik und Historie

Einer derjenigen, der zuletzt recht pointiert Wachstumskritik vorgetragen hat, ist der Sozialpsychologe Harald Welzer (Mentale Infrastrukturen, 2011). Er benennt das Wachstumsparadigma moderner Gesellschaften als säkulare Form einer in die Bereiche von Wirtschaft und Kultur, vor allem aber die Subjektivitäten der Individuen hineinragende Zivilreligion. Er erkennt – in Anlehnung an die Zivilisationstheorie von Norbert Elias – einen Zusammenhang zwischen der Sozio-

und der Psychogenese von Wachstumsvorstellungen und zeichnet in Ansätzen die historischen Prozesse nach, „wie das Wachstum in die Welt und in die Seelen kam“. Welzer nimmt vor allem historische Prozesse seit 1800 (Industrialisierung, Kolonialisierung, zunehmende Globalisierung, Entstehung ‚moderner‘ Konsumgesellschaften) in den Blick, beruft sich dabei auf die in der fachhistorischen Forschung angesehenen Arbeiten von Jürgen Osterhammel und arbeitet mit einem Geschichtsbild, das auf die Dichotomie von Moderne (ab etwa 1800) und Vormoderne setzt. Wesentliches Kennzeichen der „mental Infrastruktur“ eines modernen wachstumsbeseelten Individuums, das ab ungefähr 1800 die Bühne der Weltgeschichte betritt, sei ein rastloses Begehren nach einem steten Mehr an allem. Möglich wurde, laut Welzer, die Genese eines solchen modernen wachstumsbeseelten Individuums durch „die historische Konstellation aus früher Industrialisierung, Aufklärung, protestantischer Rechenschaftskultur, Berufsförmigkeit und Kreditwirtschaft“ – ein „ökonomischer Mensch“ (nach Joseph Vogel) wird zum gesellschaftlichen Leitbild.

Dem setzt Welzer einen utopischen Entwurf entgegen. Er fordert seine Leserschaft auf, unter der Leitfrage *Wie möchten wir gelebt haben?* „utopische Geschichte zum Thema „wie man im Jahr 2025 eigentlich leben möchte“ zu erzählen. Historischer Alterität als Utopieäquivalent traut er hier nicht über den Weg, im Gegenteil: sie bildet für ihn offenbar kein ergiebiges Reservoir an positiven Erfahrungen, um „gegen die Attraktionen und Verlockungen der Konsumgesellschaft“ anerkennen zu können. Statt Imperfekt Indikativ also Futur II Konjunktiv.

### **Ein Generationenprojekt**

Anders bei Robert und Edward Skidelsky. Unter dem Titel „Wie viel ist genug?“ entwerfen sie das Konzept einer „Ökonomie des guten Lebens“. Dabei arbeiten sich die beiden Autoren an der Wirtschaftsprognostik von John Maynard Keynes ab und entwickeln Parameter für ein gutes, in ihrem Sinne sowohl materiell als auch sozial-kulturell erfüllendes Leben. Hier soll nicht diskutiert werden, wie plausibel die Argumentation der beiden ist. Im Hinblick auf den Umgang mit Geschichte ist es spannender, dass hier Vater (Robert) und Sohn (Edward) gemeinsam schreiben. Ein Vater-Sohn-Dialog der Generationen – kaum ein anderes Erzählsetting steht deutlicher für den Austausch von historischer Erfahrung: Der Vater, Wirtschaftswissenschaftler und -historiker, wird zum Repräsentanten historischer Erfahrung, der Sohn (ein Philosoph) zum neugierig Fragenden der Gegenwart. Der erste steht für historisch-empirische Evidenz, der zweite für die Suche nach einer erfahrungsgesättigten Zukunftserwartung. Noch deutlicher als in ihrer Buchveröffentlichung zeigt sich diese generationelle Geschichtserzählung in einem Interview, das die beiden im März 2013 der Wochenzeitung „Die Zeit“ gegeben haben.

Hier führt der Vater aus:

„Historisches Wissen kann helfen, zu erkennen, was wichtig ist, und von der Tyrannei der Gegenwart befreien. Auch philosophisches Wissen hilft. Die Menschen stellen ja immer wiederkehrende Fragen. Die Ideengeschichte bringt nicht unerschöpflich Neues hervor, sie ist überreich an Altem. Die kurze, rasende Geschichte der Moderne verschlingt zu viel davon.“

Und auf die Frage der Zeitung „Und wenn Sie, wie Keynes im Jahr 1930, heute sagen sollten, wie die ökonomische Zukunft Ihrer Enkelkinder aussehen wird?“, antwortet der Sohn:

„Zugegeben, darüber können wir keine sicheren Prognosen treffen. Die Hoffnung vieler Menschen heute, es könne ihren Enkeln materiell besser gehen, steht auf schwachen Füßen. Aber vielleicht ist das gute Leben ja besser als ein Leben, das nur materiell immer üppiger wird?“

Dass die „kurze, rasende Geschichte der Moderne“ viel verschlungen hat, vor allem an Möglichkeiten, Ökonomie anders zu denken, dem würde wohl auch Harald Welzer zustimmen. Dass aber die Geschichte auch zeigen kann, dass sie „überreich an Altem“ ist – und dass gerade ein solches Wissen dabei helfen kann, nicht verzagt in die Zukunft schauen zu müssen, dem würde Welzer wohl widersprechen.

## **Fortschritt und Ökologie**

Ganz andere Geschichten hingegen werden bei Ralf Fücks erzählt, der erst unlängst in seinem Buch „[Intelligent wachsen](#)“ die Blaupause für eine „Grüne Revolution“ vorlegte, die uns in eine Zeit des „Ökokapitalismus“ führen soll. Vom Unbehagen an der Moderne, oder doch von einer kritischen Haltung zu ihr, wie sie bei Welzer und bei den Skidelskys durchscheint, ist bei Fücks nichts zu merken. Als Leitmotiv seiner Geschichtserzählung bietet er an, dass man „die Gattungsgeschichte der Menschheit als Geschichte der Ausdehnung der Menschenwelt in die natürliche Welt lesen“ solle, als Erfolgsgeschichte eben jener historischen Großepoche des [Anthropozäns](#), die anbrach, seit sich der Mensch die Welt untertan machte und die schließlich in der Geschichte der Moderne gipfelt. Diese Geschichte der Moderne entwirft er als Fortschrittsgeschichte par excellence. Er führt aus: „Sie ist trotz aller Rückschläge und Katastrophen eine Fortschrittsgeschichte. Vorangetrieben wird sie von einer doppelten Kraft: der permanenten wissenschaftlich-technischen Revolution und der Entfaltung demokratischer Freiheit. Erst in Verbindung mit demokratischen und sozialen Rechten wird Technikgeschichte zur Fortschrittsgeschichte.“ Insbesondere Wachstum und sozialer Fortschritt hängen bei Fücks eng zusammen. So erzählt er insbesondere die Geschichte der letzten 200 Jahre als eine Geschichte, in der „das

wirtschaftliche Wachstum [...] Hand in Hand mit gesellschaftlichem Fortschritt“ ging. Solchen Fortschritt macht er unter anderem fest am rasanten Anstieg der Lebenserwartung und an einer Verbesserung der „Lage der arbeitenden Klassen“, aber auch an der Durchsetzung sozialer und politischer Rechte. Er resümiert: „Die Geschichte der Industrialisierung in Europa war trotz aller Härten eine Geschichte des zivilisatorischen Fortschritts.“ Hierbei fällt auf, dass er mögliche Bruchstellen eines solchen zivilisatorischen Fortschritts nicht benennt. Gerade wer die europäische Geschichte des 20. Jahrhunderts etwas detaillierter betrachtet, wird sich einer solchen Fortschrittsgläubigkeit kaum hingeben können. Und wer die Geschichte der Industrialisierung als globale Verflechtungsgeschichte denkt, der wird schnell merken, dass die sozialen Konflikte in Europa erst dann sehr viel eleganter befriedet werden konnten, als der weiße europäische Mann begann, andere Teile der Welt zu unterwerfen – und ökonomisch auszubeuten.

Vielleicht stören solche eklektizistischen Einwände – geht es Fücks doch insgesamt um viel mehr, nämlich darum, dass wir aus der großen ganzen Geschichte, eben jener Erfolgsgeschichte des Anthropozäns, lernen können, und zwar, dass es der Glaube an technische Machbarkeit ist, der uns den Weg in eine Zeit des „Ökokapitalismus“ weisen kann – in eine Zeit der Versöhnung von Wachstum und Ökologie unter den Regeln des Kapitalismus. Und dieser Glaube speist sich aus historisch gesättigter Erfahrung, aus eben jener Kenntnis einer „Geschichte des zivilisatorischen Fortschritts“ als großer Meistererzählung unserer Zeit. Auf diese Weise zeichnet Fücks das Bild eines zukünftigen „Ökokapitalismus“ nicht mehr als Utopie, sondern als machbare Vision.

**Autor:** Prof. Dr. Martin Lücke, geboren 1975 in Marl (Westfalen), seit 2010 Universitätsprofessor für Didaktik der Geschichte an der Freien Universität Berlin

## „Innovation“ braucht Innovation

---

von Peter Kulemann

### Für eine Innovationskultur im Zeichen der Guten Arbeit

Zu den Kollateralschäden der Agenda 2010 zählt der Ruin des Reformbegriffs als Symbol für das Streben nach sozialer Gerechtigkeit. Aber auch für andere Zwecke taugt das Wort nicht mehr so recht, seit es durch die Verwendung im neoliberalen Neusprech - angefangen bei den „Hartz-Reformen“ - in den Augen vieler Menschen diskreditiert worden ist. Selbst im Entwurf zum SPD-Regierungsprogramm 2014 findet „Reform“ nur vereinzelt Erwähnung, und wird dabei auch nur in einem administrativen Sinn verwendet, nicht aber als politische Leitidee. Dreimal häufiger ist in der Erklärung dafür von „Innovationen“ die Rede. Zum Vergleich: Im Wahlprogramm der SPD 1972 betrug das Verhältnis 28 zu 1 zugunsten der Reform.

### Das Unbehagen an der „Innovation“

Der Fall ist exemplarisch: „Innovation“ ist als Wort mittlerweile omnipräsent und das ist unter anderem deshalb so, weil es aus der Sprache von Management, Entwicklungsabteilungen und Wirtschaftswissenschaften auch in den politischen Sprachgebrauch importiert worden ist. Doch was meint die Rede von „sozialen Innovationen“ oder von der „betrieblichen Innovationsfähigkeit“? Welches Standing haben gewerkschaftspolitische Anliegen in den viel beschworenen „Innovationsprozessen“? Welcher Zusammenhang besteht zu Guter Arbeit, Partizipation und anderen Beschäftigtenanliegen? Und wie ist damit umzugehen, dass „Innovation“ – diesseits und jenseits aller Fachwelt-Definitionen - im öffentlichen Gebrauch zu vielerlei herhalten muss?

Dass so manche Akteure die Augen verdrehen, wenn auch nur das Wort fällt, oder es kurzerhand in die Kategorie „blutleeres Managergestammel“ abbuchen (wie etwa der Karriereberater Martin Wehrle in seinem populären Büroalltags-Führer *Ich arbeite in einem Irrenhaus*), hat gewiss auch damit zu tun: „Innovation“ wird gerne auch als Plastikwort und als Deckname eingesetzt. Im Rahmen verschwiemelter Rede dient es als Zuversichtsstimulator; Sozialeinschnitten verleiht es die höheren Weihen des Fortschritts - Opponenten lassen sich bequem als „Innovationsbremser“ oder „Innovationsmuffel“ abqualifizieren, wenn nicht gar der „innovationsfeindlichen Wachstumsskepsis“ bezichtigen (diese Blüte ist übrigens Ex-SPD-Superminister Clement zu verdanken); Gewöhnliches erhält das Flair des Besonderen und Bahnbrechenden.

Doch gibt es „Innovation“ auch in seriösen Definitionen und Anwendungen. Und an einem kommen betriebliche und arbeitspolitisch engagierte Akteure ja ohnehin nicht vorbei: Sie sind tagtäglich in der Praxis gefordert, eine Position zu dem zu beziehen, was Peter Drucker „das Herzstück erfolgreichen unternehmerischen Handelns“ nennt. Als solches gilt dem Gründervater der Managementlehre nämlich die Förderung der „Innovationsleistung des Unternehmens“, und das heißt der „Idee, einen zielgerichteten, fokussierten Wandel im wirtschaftlichen oder sozialen Potenzial eines Unternehmens herbeizuführen“.

Die Alternative zum Abwracken des Worts ist auch in diesem Fall die Arbeit am Begriff. Die aber gehört ohnehin zum A und O einer arbeits- und innovationspolitischen Profilbildung, wie sich im Anschluss an den Innovationsforscher Erich Staudt zeigen ließe, von dem die Maxime stammt: „Innovation im Konsens ist Nonsense“. Auch die Entwicklung eigener Qualitätskriterien, die eine fundierte Beurteilung von Innovationen erlauben und als Basis für die Gestaltung des Innovationsgeschehens dienen, gehört zur Innovationsarbeit.

### **Innovation und Gute Arbeit**

Mit dieser Aufgabe befasst sich ein Reader, der unter dem Titel *Dienstleistungsinnovationen: offen, sozial, nachhaltig* erschienen ist. In dem Band, der vom ver.di-Bereich „Innovation und Gute Arbeit“ herausgegeben wurde, sind 16 Beiträge von 25 Autorinnen und Autoren aus den Arbeitsbereichen Gewerkschaft, Wissenschaft und Politik versammelt. Ein Teil der Beiträge behandelt die Frage nach Qualitätskriterien für Innovationen und Innovationspolitik im Kontext von hierfür zentralen Themen, wie z.B. Forschungsförderung, Open Innovation (unter anderem exemplarisch bei der Entwicklung von altersgerechten Assistenzsystemen), agile Projektmanagementmethoden (wie Scrum), Mitbestimmung oder Weiterbildung. Andere erörtern die Grundzüge eines Innovationsverständnisses, das den Ansprüchen der Beschäftigten gerecht wird, unter eher allgemeineren arbeitspolitischen Fragestellungen.

Die Sicht der Herausgeber wird dabei bereits durch ihren Namen kenntlich, dessen Wandel Programm ist, wie ver.di-Bundesvorstandsmitglied Lothar Schröder im Vorwort betont: Der betreffende ver.di-Bereich, der 2001, im Gründungsjahr der Gewerkschaft, als Bereich „Technologiepolitik“ die Arbeit aufnahm und zwischenzeitlich „Technologiepolitik und Innovation“ genannt wurde, heißt seit 2007 „Innovation und Gute Arbeit“. Wobei das „und“, wie die Ausführungen zeigen, aus der Sicht von ver.di weniger eine Nebenordnung signalisiert denn als Assoziationsbrücke fungieren soll: „Wer Innovation sagt, sollte auch Gute Arbeit meinen.“

Tut aber nicht jeder, wie sich schon daran zeigt, dass „Innovation“ auch im neoliberalen Vokabular eine Größe ist und z.B. auch Hartz IV mit „Innovationsmodulen“ aufwartet. Darum ist eine grundlegende Differenzierung sinnvoll: Innovation ist nicht gleichbedeutend mit einer „Wendung zum Besseren“, wie Wolfgang Uellenberg-van Dawen und Hans-Joachim Schulz (Leiter der ver.di-Bereiche „Politik und Planung“ bzw. „Innovation und Gute Arbeit“) betonen: „Innovationen können viel Positives bewirken, aber auch negative Auswirkungen haben.“ Ohne nähere Bestimmung ist „Innovation“ also nicht mehr als die formale Beschreibung eines Prozessgeschehens: „Innovationen bedeuten: neue Ideen zu haben, sie praxistauglich zu machen und in dem jeweiligen Bedarfszusammenhang umzusetzen.“

Was aber in dem einen „Bedarfszusammenhang“ ein Fortschritt ist, muss es in dem anderen nicht sein. Daher wäre es vielleicht angebracht, ließe sich folgern, ähnlich wie zwischen Guter Arbeit und Schlechter Arbeit auch zwischen guten Innovationen und schlechten Innovationen zu unterscheiden. Und so, wie es nicht reicht, „Arbeit“ zu fordern, was ja „Arbeit zu jedem Preis“ implizierte, müsste auch das Postulat „Steigerung der Innovationsfähigkeit“ durch die Nennung des Bezugsrahmens präzisiert werden – nach welchen Maßstäben sollte von der Fähigkeit Gebrauch gemacht werden?

### **Dienstleistungs-Innovationen sind mehr als nur ein Spezialfall**

In einer anderen Hinsicht kommt die Tatsache, dass Innovation nicht gleich Innovation ist, bereits im Titel der Publikation zur Sprache. Bei der Fokussierung auf „Dienstleistungsinnovation“ geht es allerdings nicht um eine Beschränkung der Aufmerksamkeit, die aus dem Gedanken resultierte, dass eine Dienstleistungsgewerkschaft sich primär für Entwicklungen im Arbeitsbereich ihrer Mitglieder zu interessieren hätte. Tragend ist vielmehr der Gedanke, dass Dienstleistungsinnovationen, statt als Anwendung allgemein gültiger Innovationsprinzipien auf ein Teilgebiet, nur aus einem Verständnis der Eigenheiten interaktiver Arbeit angemessen gestaltet werden können.

Die Hindernisse, die dabei zu bewältigen sind, kommen in dem Band immer wieder zur Sprache: ein Image der Dienstleistungs-Wirtschaft, das „immer noch im Schatten des sehr viel kleineren Bruders Produktionswirtschaft“ steht (Jost Wagner); die geringen Fördermittel für eine systematische Dienstleistungs-Forschung; das Überdauern eines tradierten Innovations-Bildes, das sich – wie viele Elemente des Arbeitsschutzes auch – in der Auseinandersetzung mit den Herausforderungen des Industriezeitalters entwickelt hat.

## **Innovationen als soziales Geschehen**

Behindert wird dadurch auch das Verständnis des Innovations- als eines sozialen Geschehens. Eine Schwierigkeit liegt darin begründet, dass die öffentliche Aufmerksamkeit immer noch eher Produktinnovationen gilt als Prozess-, Verfahrens- und Interaktionsinnovationen. Die verdinglichte Form, in der das Innovative in einem „innovativen Produkt“ erscheint, z.B. einer Smartphone-Variante oder einer Eiscreme mit Ananas-Petersilie-Geschmack (für eine solche gab es neulich einen Innovationspreis), versperrt den Blick auf die menschliche Tätigkeit, deren Resultat sie ist. Diese wahrzunehmen fällt dort jedenfalls leichter, wo die Innovation, offen ausgewiesen, in einer veränderten Art des Zusammenwirkens von Menschen z.B. im Arbeitsprozess oder in der Interaktion zwischen Dienstleistungs-Beschäftigten und KundInnen besteht.

Erschwerend kommt hinzu, dass diverse Akteure auch ihre Gründe haben, davon abzusehen, ja zu verbergen, dass es Menschen sind, die Innovationen machen und von Innovationen betroffen sind. Würde das akzeptiert, ließe sich nämlich nicht mehr in der Logik des Sachzwanges argumentieren, in der sich „Innovationserfordernisse“ wie von selbst aus „betrieblichem Bedarf“ und „unternehmerischen Notwendigkeiten“ ergeben, die wundersamer Weise mit den jeweiligen Arbeitgeberinteressen identisch sind.

Ist „soziale Innovation“ ein Pleonasmus? Ja und Nein. Ja, weil selbst das „Primat der Technik“ ein soziales Konstrukt ist. Nein, weil „sozial“ auch eine Programmaussage ist. Darauf, auf die gesellschaftlichen Implikationen einer sozialen Auslegung des Innovationsbegriffs, gehen insbesondere Michael Fischer von der Friedrich-Ebert-Stiftung sowie Johanna Maiwald und Tobias Schulze, Sprecher der Bundesarbeitsgemeinschaft Wissenschaftspolitik der Linken, in ihren Beiträgen ein. In den Worten Maiwald/Schulzes: „Wenn Innovationen sozial und ökologisch nachhaltige Veränderungen mit sich bringen sollen, müssen sie von gesellschaftspolitischen Zielvorstellungen flankiert werden. Voraussetzung dafür ist eine soziale Teilhabe an allen Prozessen, in welchen Innovationen geplant, beraten, erforscht und umgesetzt werden.“

## **Innovationen als Beschäftigtenanspruch und Gestaltungsaufgabe**

Was aber bedeutet es für den Arbeitsprozess selbst, wenn es gilt, „Dienstleistungs- und Innovationspolitik aus der Sicht der Beschäftigten zu entwickeln“? Dieses Thema wird in verschiedenen Beiträgen erörtert. Beispielfhaft seien die Ausführungen von Daniel Bieber und Dominik Haubner (Institut für Sozialforschung und Sozialwirtschaft Saarbrücken) zur Gestaltung von Dienstleistungs-Technologie-Kombinationen erwähnt, genauer gesagt zu Ambient Assisted Living, altersgerechten Assistenzsystemen. In diesem Kontext ist es besonders plausibel, dass sich „die

Technikentwicklung nach den konkreten Bedürfnissen aller Beteiligten und weniger nach dem technisch Machbaren“ richten soll, und Maßstab des Innovationsgelingens also die „Verbesserung der (real empfundenen) Pflegequalität sowohl für den Patienten als auch die Fachkraft“ zu sein hätte.

Die Autoren weisen auch darauf hin, dass die Beteiligung der Beschäftigten nicht in Form einer nachträglichen Verträglichkeitsprüfung von Innovationen, sondern nur als integraler Bestandteil des Geschehens von Beginn an den genannten Kriterien gerecht werden kann. Das führt zur Frage nach der Beteiligung von Betriebs- und Personalräten, am Innovationsgeschehen, der sich mehrere Beiträge widmen. Nur ganz kurz: Das ver.di-Innovationsbarometer, das auf der Basis von Umfragen unter Interessenvertretungen erstellt wird, zeigt: Lediglich 38 Prozent der Organe der betrieblichen Mitbestimmung sind derzeit bei der Planung und Durchführung von Innovationsvorhaben im Dienstleistungssektor einbezogen.

Dieser Ausschluss geht auf Kosten sowohl der Arbeits- als auch der Innovationsqualität, wie Ines Roth/Nadine Müller (input/ver.di-Bereich Innovation und Gute Arbeit) betonen, denn: „Das Wesentliche an der Guten Arbeit ist die Partizipation der Beschäftigten bei der Gestaltung ihrer (Innovations-)Tätigkeit. Kriterien für Gute Arbeit, die von den Beschäftigten bestimmt werden, stellen notwendige Handlungsfelder zur Erhöhung der Innovationsfähigkeit von Unternehmen dar.“ Ein Gedanke, der sich mit dem Blick auf die Gesellschaft vielleicht so formulieren ließe: Je mehr „Innovation und Gute Arbeit“ als Paarformel wahrgenommen wird, desto größer ist der arbeits- und innovationspolitische Fortschritt.

**Über: Dienstleistungsinnovationen: offen, sozial, nachhaltig; Hg. Ver.di, Berlin 2013 und unter:**  
<http://innotech.verdi.de/dienstleistungsinnovationen>

**Autor:** Peter Kulemann, geboren 1954 in Hamburg, Freier Publizist

## Lohndumping als Krisenbeschleuniger

---

von Tomasz Konicz

### Wie hängen die europäischen Ungleichgewichte und die Schuldenberge Südeuropas zusammen?

In der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit tobte eine emotional geführte Diskussion über obszönen und oftmals geschickt verheimlichten Reichtum - in Südeuropa, wohlgemerkt. Ausgelöst wurde diese Diskussion durch Studien der EZB und der Bundesbank, die den Anschein erweckten, als ob die Bundesrepublik zu den ärmsten Ländern der Eurozone gehören würde. Mit einem Median-Nettovermögen von 51.400 Euro lägen die Deutschen weit hinter den Franzosen (113.500 Euro), Spaniern (229.300 Euro) und Italienern (163.900 Euro) zurück, so lautete die Kernaussage der Untersuchung.

Diese von der Bundesbank gelieferten Zahlen wurden von vielen Massenmedien begierig aufgegriffen, um abermals Ressentiments gegen die südeuropäischen Krisenländer zu schüren. Nun schien es plötzlich so, als ob die „armen Deutschen“ mit ihren Krisenkrediten für Staaten zu haften hätten, deren Bevölkerung um ein Vielfaches vermöglicher war als sie selber. Der SPIEGEL griff diese Berichte auf, um in seiner Printausgabe 16/2013 gar eine südeuropäische „Armutslüge“ zu konstruieren. Zudem leiteten die Gutachten der Notenbanken weiteres Wasser auf die Mühlen der Rechtspopulisten der „Alternative für Deutschland“ (AfD), die Deutschland als den „Zahlmeister Europas“ darstellen.

Selbstverständlich sind diese Ergebnisse, die der alltäglichen Anschauung wie dem gesunden Menschenverstand zuwiderlaufen, nur aufgrund gravierender Manipulationen des ihnen zugrunde liegenden statistischen Materials möglich gewesen. Um die Bundesrepublik, das Land mit einem der europaweit höchsten Pro-Kopf-Werte beim Bruttoinlandsprodukt und beim Netto-Geldvermögen, zum europäischen Armenhaus zu wandeln, wurde ganz tief in die Trickkiste gegriffen: In den Berechnungen der Bundesbank und EZB wird der Immobilienbesitz - der im Süden eine weitaus höhere Rate aufweist als im Norden Europas – mitgerechnet, während die Leistungen aus der gesetzlichen Sozialversicherung – die in Deutschland höher ausfallen als etwa in Spanien oder Italien – unberücksichtigt blieben. Überdies wurde mit verschiedenen Zeiträumen operiert. Während die deutschen Zahlen aus den Jahren 2010 und 2011 stammen, fanden etwa im Fall Spanien die Werte aus dem Jahr 2008 Eingang. Damals war die Immobilienblase auf der Iberischen Halbinsel noch nicht geplatzt, wodurch die aufgeblähten Preise für spanische Immobilien Eingang in die Berechnung fanden. Um den Unterschied zwischen Deutschland und Südeuropa zu vergrößern, stellte die Bundesbank den Median der Vermögen, und

nicht den jeweiligen Durchschnittswert in den Vordergrund. Schließlich benutzte die EZB bei ihrer Studie das Bruttoinlandsprodukt (BIP) als empirische Basis, wodurch das deutsche Auslandsvermögen in Höhe von rund 1.070 Milliarden Euro den Vermögen der jeweiligen Länder zugerechnet wurde, in denen es sich befindet.

### **Stimmungsstudien**

Von entscheidender Bedeutung sind aber nicht diese statistischen Taschenspielertricks, die hier zur Anwendung gelangten, sondern die dominante Stimmung in weiten Teilen der deutschen Öffentlichkeit und Bevölkerung, die mit diesen Gefälligkeitsgutachten bedient wurde. Die Studien sind auch Ausdruck einer widersprüchlichen Gemütslage, in der sich Nationalstolz und Chauvinismus mit Verbitterung und dem Gefühl mischen, zu kurz gekommen und übervorteilt worden zu sein. Einerseits scheint die „Deutschland AG“ auf dem Zenit ihrer wirtschaftlichen und politischen Machtentfaltung zu stehen und den europaweit vorgegebenen Sparkurs gegen alle Widerstände durchzusetzen. Andererseits beherbergt sie den größten Niedriglohnsektor und die höchsten Raten an psychischen Erkrankungen durch Arbeitsstress. Die „Rettung“ der südeuropäischen Krisenstaaten durch deutsche Kredite erscheint von diesem Hintergrund als eine Unzumutbarkeit. Auf den Punkt brachte diese ambivalente Stimmung die Wirtschaftswoche in einem Kommentar vom 13. April, in dem unter Bezugnahme auf die EZB-Studie die Deutschen als „arme Exportweltmeister“ titulierte wurden. Die hohen „Leistungsbilanzüberschüsse und ein auf über 1000 Milliarden Euro angeschwollenes Netto-Auslandsvermögen“ hätten in Deutschland „keinen Wohlstand geschaffen“ so die Wirtschaftswoche. Jeder solle nun „seine eigenen Rechnungen“ bezahlen, wie es „ansatzweise in Zypern“ geschehen sei, forderte der Redakteur Frank Doll.

Dabei streifen diese vor allem in der deutschen Mittelklasse gehegten Vorurteile gegen die „faulen Südländer“, die auf Kosten der hart arbeitenden Deutschen sich ein „schönes Leben“ machten und nun überschuldet seien, unbeabsichtigt und verzerrt die Realität. Es gibt tatsächlich einen kausalen Zusammenhang zwischen den südeuropäischen Schuldenbergen, den gigantischen Ungleichgewichten in den Leistungsbilanzen der Euroländer sowie Tendenzen der Lohnzurückhaltung und Arbeitsverdichtung in Deutschland. Die extreme Ausrichtung der Bundesrepublik auf den Export, die mit dem Reformprogramm der Agenda 2010 maßgeblich forciert wurde, muss klar als einer der wichtigsten Krisenbeschleuniger im Euroraum benannt werden. Die beständige Steigerung der Exporte der Bundesrepublik gegenüber der Eurozone, die mit der Euroeinführung und der Durchsetzung der Agenda 2010 zusammenfiel, ging mit einer Stagnation der deutschen Binnennachfrage einher. Hieraus ergaben sich die enormen Handelsüberschüsse der Bundesrepublik, die zu dem wichtigsten konjunkturellen Treibstoff hierzulande avancierten – und zugleich die Verschuldung in der Eurozone befeuerten.

## **Weltmeister ohne Halbfinale**

Ohne Überspitzung kann hierbei konstatiert werden, dass diese exportgetriebene Konjunkturbelebung in Deutschland in den vergangenen Jahren auf der Verschuldungsdynamik im europäischen Ausland fußte. Deutschlands „Wirtschaftswunder“ inmitten der schlimmsten Krise seit den 30er Jahren des 20. Jahrhunderts beruht somit genau auf dem Faktor, der in der hiesigen Öffentlichkeit besonders stark verteufelt wird: auf Auslandsschulden. Diese Zusammenhänge lassen sich eindeutig mittel empirischen Materials belegen.

Deutschland verfügt aufgrund des Verarmungs- und Deregulierungsschubs, den die Agenda 2010 auslöste, über den größten Niedriglohnsektor Europas. In der Bundesrepublik, die in dieser Kategorie sogar das von Thatcher neoliberal zugerichtete Großbritannien überflügelte, arbeiten inzwischen 22,3 Prozent aller Lohnabhängigen für einen Hungerlohn, im EU-Durchschnitt sind es hingegen nur 17 Prozent. Hinzu kommt der Lohnkahlschlag, der von den Unternehmerverbänden seit der Euroeinführung immer wieder mit der Drohung durchgesetzt wurde, notfalls die Produktionsstätten ins Ausland zu verlagern. Der preisbereinigte durchschnittliche Nettolohn sank von rund 1.540 Euro Anfang 2004 auf rund 1.430 Euro im ersten Quartal 2009. Folglich lag trotz kurzer Aufschwungphasen in der angeblich boomenden Deutschland AG der Durchschnittslohn im vierten Quartal 2012 um 3,0 Prozent unter dem Wert vom ersten Quartal 1991 und 1,5 Prozent unter der durchschnittlichen Vergütung im Jahr 2000. Bezeichnend ist auch, dass das Lohnniveau in der angeblich „boomenden“ Bundesrepublik seit dem kurzen Anstieg in 2009/2010 erneut stagniert. Der langfristige Vergleich der Arbeitnehmerentgelte mit dem Exportvolumen macht indes deutlich, wie sehr dieser Lohnkahlschlag mit der extremen Exportfixierung der deutschen Wirtschaft einherging: Seit dem Jahr 2000 nahm das Exportvolumen der deutschen Industrie um 92,8 Prozent zu.

Diese desaströse Entwicklung des Lohnniveaus führte zu einer lang anhaltenden Stagnation der Binnennachfrage in der Bundesrepublik. Das enorme Ausmaß des Konsumverzichts, der durch die Agenda 2010 und die Hartz-IV-Gesetze entstand, bildet auch eine der wichtigsten Triebfedern des derzeitigen Unmuts in weiten Teilen der Mittelschicht, der derzeit aber auf „die Südländer“ projiziert wird. Beim derzeitigen „Exportüberschussweltmeister“ Deutschland lagen die Einzelhandelsumsätze etwa im vergangenen März um 1,9 Prozent unter den Werten vom März 2000 und 2,1 Prozent unter dem Niveau von 1994. Trotz immer größerer Exporterfolge können sich die Arbeitnehmer in der Bundesrepublik somit weniger Waren leisten als vor knapp 20 Jahren!

## Der fatale Wettbewerb um Steuern und Löhne

Selbstverständlich verschaffte diese Verarmungspolitik in der Bundesrepublik der hoch entwickelten deutschen Exportindustrie entscheidende Konkurrenzvorteile, die sich in der Entwicklung der Lohnstückkosten (des Anteils der Löhne an den Kosten einer Ware) in der Eurozone spiegeln. Deutschland bildet in dieser Kategorie mit weitem Abstand das europäische Schlusslicht: In der Bundesrepublik sind die Lohnstückkosten zwischen 2000 und 2011 nur um 3,9 Prozent angewachsen, während diese selbst in Österreich, das den zweitniedrigsten Wert aufweist, um 11,6 Prozent anstiegen. Länder wie Frankreich oder die Niederlande weisen sogar einen Anstieg der Lohnstückkosten um mehr als 20 Prozent innerhalb der letzten Dekade auf. Diese auf den Rücken der Lohnabhängigen errungenen Konkurrenzvorteile konnte die deutsche Exportindustrie nur aufgrund der spezifischen Struktur der Eurozone realisieren. Den beteiligten Staaten wurde ihre Souveränität über die Geldpolitik entzogen, doch zugleich fand keine Etablierung europaweiter Mindeststandards in der Wirtschafts- und Sozialpolitik statt. Hieraus resultierte ein enthemmter europaweiter Wettbewerb um die niedrigsten Löhne und Steuern zwischen den zu bloßen Wirtschaftsstandorten reduzierten Ländern - während zugleich die gemeinsame Währung den ökonomisch unterlegenen Ländern die Möglichkeit nahm, mittels Währungsabwertungen ihre Wettbewerbsfähigkeit zumindest teilweise wiederherzustellen. Solche Abwertungen etwa der Lira gegenüber der D-Mark waren in den 80ern durchaus üblich.

Mit der Euroeinführung und der Durchsetzung der Agenda 2010 explodierten folglich die deutschen Handels- und Leistungsbilanzüberschüsse gegenüber der Eurozone, die sich inzwischen auf den gigantischen Betrag von mehr als 700 Milliarden Euro summieren. Vor dem Ausbruch der Eurokrise erzielte die Bundesrepublik Handelsüberschüsse von bis zu 100 Milliarden Euro jährlich gegenüber der Eurozone. Die Lohnabhängigen in der Bundesrepublik mussten sich also tatsächlich die Exporterfolge der deutschen Wirtschaft durch beständiges „Gürtel-enger-Schnallen“ vom Munde absparen. In Südeuropa führten die deutschen Leistungsbilanzüberschüsse aber zur Ausbildung von Leistungsbilanzdefiziten, von Schuldenbergen in eben demselben Ausmaß. Die Arithmetik hat es nun mal so eingerichtet, dass der Überschuss einer exportfixierten Volkswirtschaft zwangsläufig das Defizit der Zielländer dieser Exportoffensiven darstellt - auch wenn diese simple Tatsache zu den größten Tabus des deutschen Krisendiskurses gehört.

Als einer der wenigen bekannten Wirtschaftswissenschaftler benannte Gustav Horn (IMK) diese in der deutschen Öffentlichkeit beharrlich ignorierten Zusammenhänge eindeutig. Die enormen deutschen Überschüsse entstünden „auf Pump, auf den Schulden der anderen Länder“, so Horn, der auf die miserable Lohnentwicklung und die daniederliegende Binnennachfrage in der größten Ökonomie der Eurozone

verwies: „Die Kehrseite ist eine relativ schwache Entwicklung bei Löhnen und Binnennachfrage.“

### **Die Folgen der Ungleichgewichte**

Das zentrale Problem der exportfixierten deutschen Wirtschaftsstruktur stellt somit nicht das bloße Handelsvolumen (das bei einer ausgeglichenen Handelsbilanz unproblematisch wäre) dar, sondern der extreme Handelsüberschuss, der immer zu Defizitbildung (vulgo Schuldenbildung) im Ausland führen muss und der sich allein im vergangenen Jahr auf 188 Milliarden Euro summierte. Das war ein Weltrekord. „Wir“ sind Exportüberschussweltmeister! Eine hochproduktive Industrie und eine stagnierende Binnennachfrage ließen in der Bundesrepublik eine aggressive Wirtschaftsstruktur entstehen, die an den Merkantilismus erinnert, den die frühneuzeitlichen Militärdespotien Europas praktizierten. Die deutschen Handelsüberschüsse treiben nicht nur andere Länder in die Schuldenfalle, sie führen auch zu einem Export von Arbeitslosigkeit, da in der Bundesrepublik mehr Waren produziert als konsumiert werden. Schließlich werden mittels der Exportüberschüsse langfristig auch die Industrien anderer Eurostaaten unter Druck gesetzt und marginalisiert.

Inzwischen ist die von einem stagnierenden Binnenmarkt und einem aufgeblähten Exportsektor geprägte Deutschland AG regelrecht abhängig von den Überschüssen in der Leistungsbilanz. Im vergangenen Jahr wäre laut dem Statistischen Bundesamt die Bundesrepublik bereits in einer Rezession versunken, hätte es nicht die aus den Handelsüberschüssen resultierenden konjunkturellen Effekte gegeben: „Die Differenz zwischen Exporten und Importen – der Außenbeitrag – steuerte 1,1 Prozentpunkte zum BIP-Wachstum 2012 bei und war damit einmal mehr wichtigster Wachstumsmotor der deutschen Wirtschaft,“ hieß es in der Presseerklärung des Statistischen Bundesamtes. Dabei ist das deutsche BIP im vergangenen Jahr nur um 0,7 Prozent gewachsen. Es ist somit evident, dass nicht nur die deutschen Handelsüberschüsse, sondern auch Deutschlands Wachstum tatsächlich auf den „Schulden der anderen Länder“ beruht, wie es Horn formulierte.

### **Gute Stimmung für Populisten**

Das unter Lohnabhängigen weitverbreitete Gefühl, ausgepresst und ausgenommen worden zu sein, ist angesichts der dargelegten Entwicklung beim Lohnniveau und dem Binnenkonsum durchaus zutreffend. Die Rechtspopulisten von Thilo Sarrazin bis zur „Alternative für Deutschland“, die von dieser Unzufriedenheit profitieren möchten, ignorieren hingegen die beschriebenen Kausalitäten zwischen deutschem Lohnkahlschlag und europäischen Schuldenbergen. Anstatt auf die rasche Anhebung des Lohnniveaus, auf die Stärkung der Kaufkraft in der Bundesrepublik zu drängen, um so die enormen Disparitäten bei Produktivitäts- und Lohnentwicklung in der

Eurozone zu überbrücken, stempeln sie die südeuropäischen Krisenopfer zu Tätern. Die Südeuropäer sind aber nun wirklich nicht dafür verantwortlich zu machen, dass in der Bundesrepublik ein dermaßen drastisches Massenverarmungsprogramm wie die Agenda 2010 durchgesetzt werden konnte.

Dabei reicht nur ein etwas genauerer Blick auf die eingangs genannte „Studie“ der Bundesbank, um der eklatanten sozialen Spaltung der Bundesrepublik ansichtig zu werden – die gerade die Voraussetzung der auf dem Rücken der Lohnabhängigen errungenen Exportweltmeisterschaften „Deutschlands“ bildete. Selbst anhand der Zahlen der Bundesbank fällt auf, dass die Bundesrepublik die europaweit extremste Differenz zwischen dem Median der Nettovermögen (51 000 Euro) und den Durchschnitt der Nettovermögen aufweist (195.200 Euro). Beim Median wird der Mittelwert einer Zahlenreihe ermittelt, sodass hier am ehesten das einem typischen Mittelklassehaushalt zur Verfügung stehende Vermögen angegeben ist. Bei dem viel höheren Durchschnittswert wird einfach das Gesamtvermögen durch die Anzahl der Bundesbürger geteilt. Wenn nun das Durchschnittsvermögen den Median um den Faktor vier übertrifft, dann deutet dies auf eine sehr ungleiche Verteilung des Vermögens hin, bei der eine kleine Minderheit riesige Beträge akkumuliert haben muss. In Frankreich etwa ist diese Differenz zwischen Median (113.500 Euro) und Durchschnittsvermögen (229.300 Euro) – selbst anhand der frisierten Daten der Bundesbank - sehr viel kleiner.

### **Fazit**

Die Exportweltmeisterschaften „Deutschlands“ lohnen sich für die übergroße Mehrheit der Lohnabhängigen in der Bundesrepublik nicht. Den deutschen Gewerkschaften fällt die dringliche Aufgabe zu, bei der Überwindung dieser drastischen Spaltung bei den Einkommen und Vermögen in Deutschland wie in Europa federführend mitzuwirken.

**Autor:** Tomasz Koniecz, geb. 1973 in Olsztyn/Polen, freier Journalist

## Von der Plagiatsdiskussion zu den Arbeitsverhältnissen in der Promotion

---

von Johannes Moes

Dieses Jahr hat es mit Annette Schavan sogar eine ausgewachsene Wissenschaftsministerin erwischt und damit schon die zweite Bundesministerin der Regierung Merkel, die wegen der Nichteinhaltung wissenschaftlicher Standards ihren Hut nehmen musste. Plagiatskandale sind eine moralische Waffe im politischen Raum geworden, sie treffen MinisterInnen und Abgeordnete, meist mehr rechts als links von der Mitte. Da kann man sich doch beruhigt zurücklehnen, und auf die nächste Nachricht von „vroniplag“ warten, die man mit Gefühlen zwischen Empörung und Schadenfreude zur Kenntnis nimmt. Oder?

Die Wissenschaft, und vor allem die Promovierenden, können nicht wirklich zufrieden sein. Die Diskussion ist über die Skandalisierung bisher nicht hinausgekommen. Die Plagiatskandale in Deutschland wurden in einer Weise diskutiert, die den Zehntausenden Promovierenden hierzulande, ihrem Alltag, Aufgaben und Herausforderungen in keiner Form gerecht wurde. Im Falle „zu Guttenberg“ war es nicht der Druck der Medien, sondern es waren vielmehr die Stellungnahmen aus der Wissenschaft, nicht zuletzt der „offene Brief von DoktorandInnen an die Bundeskanzlerin“ mit über 60.000 Unterschriften<sup>[1]</sup>, die klargestellt haben, dass ein lässiger Umgang mit der wissenschaftlichen Redlichkeit unter keinen Bedingungen zu tolerieren ist. Versuche, wie etwa des Wissenschaftsrats oder der Hochschulrektorenkonferenz, die Diskussion über Plagiate auf eine allgemeinere Ebene der „Anforderungen an die Qualitätssicherung der Promotion“ (so zuletzt auch das Wissenschaftsministerium Baden-Württemberg) zu heben<sup>[2]</sup>, sind in den Medien kaum wahrgenommen worden. Nun müssen die Diskussionen über Plagiate, Betrug und Prestigepromotionen überführt werden in eine Debatte nicht nur zur Qualität der Promotionen, sondern auch und vor allem zur *Qualität der Promotionsbedingungen*. Wird diese Ebene aus der Debatte ausgeklammert, dann kann es zu keiner wirklichen Verbesserung der Promotion kommen und es wird keine breite Unterstützung – seitens der Promovierenden – für eine Reform der Promotionsphase geben.

### **1. Promovieren ist wissenschaftliche Berufsausübung und muss im Zentrum der Promotionsphase stehen – nur so ist entsprechende Qualität zu sichern.**

Nicht nur Herr zu Guttenberg hatte zu viele andere Dinge zu tun neben dem Promovieren. Durch die jahrzehntelange Unterfinanzierung der Universitäten sind

auch und vor allem Promovierende auf Haushaltsstellen mit Aufgaben in Lehre und Administration überlastet worden. Promovierende, die über Forschungsprojekte finanziert werden, leiden unter deren häufig kurzem Zeitgerüst sowie einer oft an den Interessen der Drittmittelgeber ausgerichteten Verwertungslogik. Sogar die Promotionsphase von StipendiatInnen wird zunehmend mit Erwartungen überfrachtet, die eine Konzentration auf das originäre Ziel, die Forschung und die Anfertigung der Dissertation, verhindern. Wenn „promotionsferne“ Tätigkeiten, gleich welcher Art, sich vor die Promotionstätigkeit drängen, leiden darunter unvermeidlich Forschungstiefe und Sorgfalt. In ihrem „Templiner Manifest“ [3] hat die GEW Umriss eines Beschäftigungssystems in der Wissenschaft entworfen, in dem die Promotion als Phase, in der die Qualifizierung im Vordergrund stehen muss, einen angemessenen Platz findet.

## **2. Die Promotion ist kein Freizeitvergnügen. Promovierende müssen dafür bezahlt werden.**

Die GEW erhebt diese Forderung seit längerem, aber auch die Beispiele in anderen, wissenschaftsintensiven Ländern wie Skandinavien oder den Niederlanden zeigen, dass dies auch realpolitisch möglich ist [4]. Wenn die Anfertigung einer Dissertation als Arbeit in gesellschaftlichem Interesse angesehen wird, dann müssen Promovierende sich in mindestens drei Viertel einer bezahlten Arbeitszeit darum kümmern können – auch damit die Arbeit nicht verlängert oder sogar abgebrochen wird. Die GEW fordert deshalb ganze Stellen für Promovierende, damit diese neben der Promotion auch noch Tätigkeiten in Lehre und Forschung übernehmen können, durch die sie den Beruf zur Wissenschaft erlernen. Immer aber sollten diese Tätigkeiten als promotionsunterstützend verstanden und organisiert und nicht missbraucht werden, um Engpässe und Missstände in der Hierarchie nach unten weiterzugeben. So werden wissenschaftliche MitarbeiterInnen in der Lehre eher mit Dienstleistungsaufgaben wie Klausuren- und Hausarbeitskorrekturen oder mit der Unterstützung der Prüfungen betraut [5]. Dies belegt auch eine Studie zum wissenschaftlichen Mittelbau an der TU Berlin: „Das Hauptproblem ist somit die zeitliche Belastung der wissenschaftlichen Mitarbeiter mit Aufgaben in der Lehre und den dort zusätzlich geleisteten SWS (Semesterwochenstunden) sowie Aufgaben am Fachgebiet, die zu Verzögerungen und Unterbrechungen der Qualifikationsarbeit führen.“ [6]

## **3. Die Promotionsphase braucht ein zeitgerechtes Konzept – weg vom Lehrlingsmodell, in dem Betreuung, Bewertung und Arbeitgeberrolle in einer Person gebündelt werden, hin zum teamorientierten Forschen.**

Zwanzig Jahre nach Einführung der Graduiertenkollegs und zehn Jahre, nachdem die Forschungsgemeinschaften mit *Research Schools* nachgezogen haben, erstaunt am meisten der geringe Fortschritt der Reformen. Immer noch profitiert lediglich eine

Minderheit der Promovierenden von den breit anerkannten Vorteilen strukturierender Elemente. Der Wissenschaftsrat betont zu Recht, dass das wirksamste „Heilmittel“ gegen Plagiate eine wirkliche Betreuung der Dissertationen ist, die der häufig verbreiteten Verantwortungslosigkeit entgegentritt. Zudem muss die Promotion von der Dyade ProfessorIn – PromovendIn zur Betreuung durch mehrere BetreuerInnen und MentorInnen überführt werden. Dies schließt eine von der Betreuung und vom Arbeitgeber unabhängige Begutachtung ein sowie in der Konsequenz ein von der einzelnen Professur losgelöstes Arbeitsverhältnis. KandidatInnen müssen von der jeweiligen Institution – sei es Kolleg oder Fakultät – in einem transparenten Verfahren als geeignet zur Promotion ausgewählt werden – dies befördert nicht eine Bürokratisierung, sondern Chancengleichheit und eine Qualitätsauswahl für die Promotion.

#### **4. Graduiertenkollegs und -zentren sind so auszugestalten, dass sie die Promotionsbedingungen verbessern und so zur Qualität der Promotion beitragen.**

Unverständlich bleibt, warum der Wissenschaftsrat in seiner Stellungnahme die Einrichtungen der strukturierten Promotion, seien es Graduiertenkollegs oder sei es die vielfältige Landschaft der Graduiertenzentren, Graduate Schools, Research Schools etc., nicht einmal erwähnt. Zum einen müssen diese als mögliche institutionelle Träger einer Qualitätsdebatte angesehen werden. Hier finden sich neben den für die Nachwuchsförderung engagierten ProfessorInnen auch Hunderte von GraduiertenkoordinatorInnen, die sehr wohl Einfluss auf die Promotionsverhältnisse nehmen. Zum anderen wird vielerorts eine „Verschulungswirkung“ durch Zentren und Kollegs konstatiert, die den Produktions- und Zeitdruck auf die Promovierenden erhöht, sie auf vielfach unangemessene Curricula verpflichtet und so die Qualität der Promotion wiederum riskiert. Die GEW hat entsprechend seit längerem ihre Vorstellung einer sinnvollen Strukturierung der Promotion in Graduiertenzentren formuliert, die auf Qualität Wert legt, ohne in die „Verschulungs-Falle“ zu geraten[7].

#### **5. Die Universitäten müssen mehr Verantwortung für die Promotionsbedingungen übernehmen.**

Wenn die Universitäten schon auf ihrem alleinigen Promotionsrecht bestehen, dann müssen sie sich dieses Privilegs auch würdig erweisen. Dass eine Universität üblicherweise nicht einmal gesicherte Information darüber hat, wer dort eine Promotion beginnt, wie lange Promotionen in Durchschnitt dauern, wie viele davon abgebrochen werden und wie sie finanziert werden, ist nicht länger hinnehmbar, gerade wenn Promotionen einen nicht geringen Anteil an der Gesamtzahl der Abschlüsse haben. Auf allen Ebenen müssen Verantwortliche für das Thema Promotion benannt werden, die auch Ressourcen und Durchsetzungskraft besitzen,

wenn Veränderungen wie etwa klare Betreuungsstandards durchgesetzt werden müssen oder es in Einzelfällen zu Konflikten kommt. Promovierende müssen ihrerseits als eigene, wenn auch vielfältige Gruppe sichtbar gemacht werden und auch innerhalb der Entscheidungsgremien eine hörbare Stimme bekommen[8]. Die Universitäten müssen für eine konsequente Nachwuchsförderung sorgen und dadurch die Qualität der Promotion und deren Bedingungen sichern.

## **6. Hochschulpolitik muss Qualität fördern anstatt reine Quantitäten.**

Zu lange sind durch die Politik rein quantitative Anreize für die Zahl abgeschlossener Promotionen gesetzt worden („Tonnenideologie“) – stattdessen muss es auch um die Qualität von Promotionen gehen, die sich nicht immer quantifizieren lässt. Statt der bloßen Zahl der Promotionen in Zielvereinbarungen und leistungsorientierter Mittelverteilung müssen Aspekte berücksichtigt werden, die für eine sinnvolle Nachwuchsförderung unabdingbar sind. Dies betrifft etwa die Informationsbasis einer Universität bezüglich ihrer Promovierenden, die Existenz von Anlauf- und Beratungsstellen, angemessene Betreuungsrelationen, Bereitstellung von Infrastruktur, Selbstverpflichtungen für Mindeststandards bei der Beschäftigung und klaren Karriere-Angeboten für den Nachwuchs, die Unterstützung bei der Einbindung in die *Scientific community* mit Möglichkeiten zu eigenen Veröffentlichungen, Berücksichtigung von Eltern und Teilzeitpromovierenden et cetera. Solche Aspekte sind nicht immer quantifizierbar, sollten aber trotzdem in hochschulpolitischen Anreizsystemen ihren Niederschlag finden – für den Moment haben NRW und Baden-Württemberg lediglich den Faktor „Anzahl der Promotionen“ aus ihren Mittelverteilungsalgorithmen gestrichen.

## **7. Wissenschaftliches Fehlverhalten bei allen Akteuren bekämpfen.**

Auf die Plagiatsskandale reagieren Universitäten mit mehr Bürokratie, Misstrauen und Überwachung. Promovierende werden voraussichtlich mehr eidesstattliche Erklärungen unterschreiben müssen, Doktorarbeiten sollen künftig regelmäßig mit Plagiatsoftware überprüft werden, überführte PlagiateurInnen ihre Fördergelder zurückgeben. Das Bestehen auf Einhaltung der „Regeln guter wissenschaftlicher Praxis“, die die Universitäten für die Förderung durch die DFG[9] verabschiedet haben, wird im günstigsten Fall auch helfen, mehr Aufmerksamkeit auf die Fälle zu lenken, in denen Promovierende eher als die Opfer solcher Regelverstöße anzusehen sind. Oft genug sind sie diejenigen, die um die Anerkennung ihrer Arbeiten geprellt werden und die jahrelang Zuarbeiten leisten, ohne dafür entsprechende berufliche und wissenschaftliche Würdigung zu erhalten. Ein funktionierendes System von Ombudspersonen und vor allem eine – auch durch entsprechende Seminare – veränderte Sensibilität in Fragen geistigen Eigentums sind Vorbedingungen für eine funktionierende Ahndung von Verstößen.

Alle diese Forderungen sind vor dem Hintergrund der Plagiatsdiskussion aktueller denn je. Innerhalb der Wissenschaft sollte Einigkeit bestehen, dass die eigentlichen Gründe der Plagiatsfälle nicht auf der Oberfläche, sondern in der Tiefe der Struktur wissenschaftlicher Arbeit zu suchen sind. Vielleicht wird die Diskussion dann auch interessanter, z.B. für die momentan eher wenig beteiligten Promovierenden selbst.

*Dieser Beitrag stützt sich (auch textlich) auf das Positionspapier mit dem gleichen Titel, das der Bundesfachgruppenausschusses Hochschule und Forschung der GEW am 08.09.2012 beschlossen hat, vgl.:*

*[http://wissenschaft.gew.de/Binaries/Binary92076/Promotion\\_im\\_Brennpunkt.pdf](http://wissenschaft.gew.de/Binaries/Binary92076/Promotion_im_Brennpunkt.pdf)*

*Das Positionspapier wurde unter der Federführung von Johannes Moes, David Piepenbrock, Daniele Resta und Robert Schuster durch die GEW-Projektgruppe DoktorandInnen erarbeitet.*

Literatur/Quellen:

---

[1] Online abrufbar unter [offenerbrief.posterous.com](http://offenerbrief.posterous.com)

[2] Wissenschaftsrat: „Anforderungen an die Qualitätssicherung der Promotion“ – Positionspapier (Drs. 1704-11, 11.11.2011,

[www.wissenschaftsrat.de/download/archiv/1704-11.pdf](http://www.wissenschaftsrat.de/download/archiv/1704-11.pdf))

Hochschulrektorenkonferenz (HRK): Zur Qualitätssicherung in Promotionsverfahren (Empfehlung des Präsidiums der HRK vom 23.04.2012,

[www.hrk.de/de/download/dateien/2012\\_04\\_23\\_Empfehlung\\_Qualitaetssicherung\\_Promotion.pdf](http://www.hrk.de/de/download/dateien/2012_04_23_Empfehlung_Qualitaetssicherung_Promotion.pdf))

Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst Baden-Württemberg:

Qualitätssicherung im Promotionsverfahren: Baden-Württemberg geht voran;

Stuttgart, 16.4.2013, [http://mwk.baden-](http://mwk.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/pdf/forschung/Qualitaetssicherung_im_Promotionsverfahren.pdf)

[wuerttemberg.de/fileadmin/pdf/forschung/Qualitaetssicherung\\_im\\_Promotionsverfahren.pdf](http://mwk.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/pdf/forschung/Qualitaetssicherung_im_Promotionsverfahren.pdf)

[3] [www.templiner-manifest.de](http://www.templiner-manifest.de)

[4] Kupfer, Antonia/Moes, Johannes (2004): Promovieren in Europa. Ein internationaler Vergleich von Promotionsbedingungen; GEW-Materialien aus Hochschule und Forschung 104; Frankfurt/Main (Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft); 97 S., zweite, überarbeitete Auflage (1. Aufl. 2003), [www.promovieren.de.vu/pie.pdf](http://www.promovieren.de.vu/pie.pdf)

[5] Klecha, Stephan/Reimer, Melanie (2008): Wissenschaft als besonderer Arbeitsmarkt. In: Klecha, Stephan/Krumbein, Wolfgang (Hg.): Die Beschäftigungssituation von wissenschaftlichem Nachwuchs; Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 21.

[6] Kubath, Sascha/Leitner, Konrad (2007): Bericht der Projektgruppe „WM-Studie 2007“ an die dritte Vizepräsidentin der TU Berlin, S.18: [www.tu-berlin.de/fileadmin/a70100710/Publikationen/Offizielle\\_Endversion.pdf](http://www.tu-berlin.de/fileadmin/a70100710/Publikationen/Offizielle_Endversion.pdf)

[7] Graduiertenzentren-Konzept der Promovierenden in der GEW (September 2007): [wissenschaft.gew.de/Binaries/Binary27627/Dok-HuF-2007-17\\_Graduiertenzentren.pdf](http://wissenschaft.gew.de/Binaries/Binary27627/Dok-HuF-2007-17_Graduiertenzentren.pdf)

[8] Diese Forderungen finden sich konkretisiert im Positionspapier „Für einen einheitlichen Status und gleichberechtigte demokratische Teilhabe von Promovierenden an deutschen Hochschulen“ (Februar 2010): [www.gew.de/Binaries/Binary60060/Dok-HuF-2010-06.pdf](http://www.gew.de/Binaries/Binary60060/Dok-HuF-2010-06.pdf). Dass auch die Empfehlungen des grün-roten Wissenschaftsministeriums in Baden-Württemberg (s.o.) in ähnliche Richtung gehen ist ermutigend.

[9] DFG: Empfehlungen der Kommission „Selbstkontrolle in der Wissenschaft“. Vorschläge zur Sicherung guter wissenschaftlicher Praxis (Januar 1998), [www.dfg.de/aktuelles\\_presse/reden\\_stellungnahmen/download/empfehlung\\_wiss\\_praxis\\_0198.pdf](http://www.dfg.de/aktuelles_presse/reden_stellungnahmen/download/empfehlung_wiss_praxis_0198.pdf)

**Autor:** Johannes Moes, Sprecher der Projektgruppe DoktorandInnen in der GEW

## Gewerkschaftliche Strategien für ein „anderes Europa“

---

**von Vasco Pedrina**

Wieso war die Gewerkschaftsbewegung - trotz so massiver Angriffe auf die Lebensbedingungen der Menschen in Europa, vor allem in den sog. „Defizitländern“ Südeuropas - bisher nicht in der Lage, gegenzusteuern? Welche Hindernisse gilt es zu überwinden, um endlich einem „sozialen Europa“ zum Durchbruch zu verhelfen?

Die eine Herausforderung ist inhaltlicher Natur, denn wir brauchen eine wirtschaftliche, soziale und letztendlich politische Alternative, auf die wir uns als Gewerkschaften transnational wirklich einigen können und die überzeugend wirkt.

Die andere Herausforderung betrifft die nötige Änderung der sozialen und politischen Kräfteverhältnisse, damit ein solches Programm auch durchgesetzt werden kann. Gehen wir nun diesen zwei Fragen nach.

### **Das alternative Programm der Gewerkschaften**

In Bezug auf die inhaltlichen Herausforderungen haben wir seit Ausbruch der Finanzkrise einen hindernisreichen Weg durchlaufen. Und wir sind immer noch nicht über den Berg. Bis heute konnten wir keine echte gemeinsame Mindestlohn-Politik, keine wirklich verstärkte Koordination der Tarifpolitik sowie keinen wirksamen gemeinsamen Kampf gegen Lohndumping und den Abbau der Arbeitnehmerrechte (auch als Antwort auf den „Euro-Plus-Pakt“ und das „Six-Pack“) in Europa zustande bringen, auch wenn die Bereitschaft dazu in Teilen unserer Bewegung steigt.

Die Einigung im Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB) für eine Empfehlung an die Adresse der Mitgliederverbände, sich in ihrem Land dafür einzusetzen, dass auf nationaler Ebene über Tarifverträge oder per Gesetz ein effektiver Mindestlohn festgelegt wird, der mindestens 50% des Durchschnittseinkommen oder 60% des Medianeinkommens entspricht, ist ein erster guter Schritt. Der Wille nach einer stärkeren Koordination der Tarifpolitik - zumindest entlang der europäischen Branchenverbände – ist es auch, wenn Taten folgen. Beim Kampf gegen Lohndumping und den Abbau der Arbeitnehmerrechte ist man inhaltlich inzwischen weitgehend einig; was aber noch fehlt ist eine Einigung auf die Instrumente, die eingesetzt werden sollen, um wirksam operieren zu können<sup>[1]</sup>.

Wo wir wahrscheinlich am meisten Fortschritte in Richtung einer programmatischen Einigung gemacht haben, ist in der Wirtschafts- und Fiskalpolitik, d.h. in der Suche nach einer Alternative zum Fiskalpakt und seinen verheerenden Folgen. Auf jeden Fall kann man aus dem „Sozialpakt für Europa“ des EGB, dem „Marshallplan für Europa“ des DGB, aber auch aus den wirtschaftspolitischen Vorschlägen der IG Metall und der italienischen CGIL oder der spanischen Gewerkschaftsbünde UGT/CCOO die Kernelemente herauschälen, die für eine solide Basis eines gemeinsamen und alternativen Programms nötig sind<sup>[ii]</sup>. Als Grundlage dient dabei die Erkenntnis, dass eine einheitliche Währung mit einer antizyklischen „economic governance“ verbunden mit einer gemeinsamen „sozialen“ Steuerpolitik, benötigt wird.

Allerdings leiden die Gewerkschaften (und auch manche linke politische Kräfte) der sogenannten „Überschussländer“ zu oft unter der Tatsache, dass ihre Basis gar nicht positiv auf die vorgeschlagenen Massnahmen reagiert, die in Richtung einer teilweisen Vergemeinschaftung der Schulden (z.B. Euro-Bonds). Symptomatisch ist hierfür der Widerstand der Nordischen Gewerkschaften gegen Euro-Bonds und die Zurückhaltung deutscher Gewerkschaften in solchen Fragen

### **Der Trend zum „nationalen Rückzug“ der Gewerkschaften**

Weitaus größer sind die Hindernisse auf dem Weg zur Stärkung der sozialen Kräfteverhältnisse. Die Euro-Krise hat den Trend zum „nationalen Rückzug“ auch bei den Gewerkschaften verstärkt. Einerseits haben die zum Teil massiven Angriffe gegen die Arbeitnehmerrechte, wie die Zunahme der Arbeitslosigkeit in vielen Ländern – nicht nur im Süden und Osten - diesen Trend verstärkt. Auf der anderen Seite untergraben die stark ungleichen Entwicklungen zwischen den sogenannten Überschussländern und den Defizitländern mit ihren politischen Erschütterungen die Basis der Solidarität. Hinzu kommen die Unterschiede in den Forderungen als auch bezüglich der Gewerkschaftskultur- und tradition. Die grosse Kluft in den Rhythmen der Mobilisierung in den letzten Jahren gegen die verheerende neoliberale EU-Politik ist leider ein klarer Ausdruck davon. Vereinfacht gesagt: einerseits haben wir seit 2010 grosse Demonstrationen und Streiks in den Südländern und in einigen Mittel- und Osteuropäischen Ländern erlebt, andererseits herrschte aber Arbeitsfrieden und soziale Passivität, mit mangelnder Solidarität seitens der Arbeitnehmenden und ihrer Gewerkschaften in den meisten Mittel- und Nordeuropäischen Ländern.

## Widerstand gegen die Austeritätspläne: eine kurze Zwischenbilanz

Die bisherige Erfahrung in den Mobilisierungen und Streiks in den EU-Ländern zeigt Folgendes:

- Grossdemonstrationen und Generalstreiks in einzelnen Ländern bewirken wenig. Der soziale Aderlass geht weiter!
- Wenn es der europäischen Gewerkschaftsbewegung mindestens ansatzweise gelingt, die Widerstandskämpfe zwischen den Ländern zu koordinieren, werden diese von der europäischen Öffentlichkeit auch deutlich mehr wahrgenommen und bleiben nicht ohne Wirkung. Diese Feststellung lässt sich anhand der 6 bisherigen europäischen Aktionstage des EGB seit Ausbruch der Euro-Krise gut illustrieren. Mit dem europäischen Aktionstag vom 14.11.2012 „Für Beschäftigung und Solidarität. Nein zur Austerität!“ ist es dem EGB gelungen in der Mobilisierung endlich einen quantitativen und qualitativen Schritt nach vorne zu machen. Zum ersten Mal fanden synchronisierte Generalstreiks in Portugal, Spanien, Italien und Griechenland statt. Grosse Demonstrationen wurden in Frankreich, Belgien (mit einem Streik der Eisenbahner) und in einigen Mittel- und Osteuropäischen Ländern organisiert.
- Auch bei diesem erfolgreichen Aktionstag war die Übungslage im Vorfeld so, dass die Gewerkschaften des Südens – vor allem die spanischen und griechischen - monatelang auf eine koordinierte Mobilisierung gedrängt haben. Erst auf der Oktober-Sitzung des Vorstandes hat das EGB-Sekretariat und einige gewichtige nationale Bünde ihren Widerstand dagegen aufgegeben. Es blieb nicht viel mehr als 1 Monat für die Vorbereitung. D.h. aber auch, dass es unter den heutigen schwierigen Bedingungen möglich wäre, die Mobilisierung in Mittel- und Nord-Europa auf ein anderes Niveau zu bringen, wenn die Gewerkschaften dieser Länder bereit sind, sich 3 bis 6 Monate vorher inhaltlich und organisatorisch auf ein gemeinsames Ziel zu einigen und wenn sie sich bemühen würden eine konkrete Verbindung zwischen dem jeweiligen europäischen Ziel und den nationalen unmittelbaren Anliegen der ArbeitnehmerInnen zu schaffen.
- Die Schwächen des europäischen Aktionstages vom 14.11.2012, vor allem die weiterhin bestehende Kluft zwischen dem Ausmaß der Streiks im Süden und der relativen gewerkschaftlichen Passivität in Mittel- und Nord-Europa, können nicht darüber hinweg-täuschen, dass es sich um einen ersten großen Sprung in Richtung einer europäischen, gewerkschaftlichen Gegenoffensive handelt, welche die sozialen Kräfteverhältnisse massgebend verändern kann. Es ist bemerkenswert, dass dieser Wechsel als solcher in den eigenen Reihen, wie auch in der Öffentlichkeit und auf der politischen Ebene wahrgenommen wurde. Barroso hat es gegenüber dem EGB so zum Ausdruck gebracht: „Es gibt Sorgen innerhalb des EU-Ministerrates und der EU-Kommission zur

sozialen Entwicklung, die als politisch explosiv eingeschätzt wird.“ Ein Grund mehr den sozialen Druck von unten zu verstärken. In diesem Sinn ist die Überwindung des gewerkschaftlichen Grabens zwischen Süd, Mittel- bzw. Nord-Europa in einer Logik der Solidarität zweifellos die Hauptaufgabe, derer sich alle GewerkschafterInnen guten Willens stellen müssen.

### **Auf den Weg zur Überwindung des Nord/Süd-Gefälles in den Mobilisierungen**

Wenn man diese Aufgabe ernsthaft anpacken will, stellen sich unangenehme Fragen sowohl für die Gewerkschaften der „Überschussländer“ wie auch der „Defizitländer“, die in unserer Bewegung meistens lieber verdrängt werden:

- Die Gewerkschaftsapparate aus den Überschussländern berufen sich oft auf eine unwillige Basis, die in der Tat dank der starken Exporttätigkeit immer noch von einer relativ günstigen Wirtschaftslage profitiert. Hier fällt im besten Falle eine resignative Haltung (nach dem Motto: „Unsere Basis will nicht“) auf; und im schlimmsten Fall sogar eine nicht offen deklarierte Unterstützung für die offizielle Politik der eigenen Regierung. Mit einer solchen Haltung bleibt natürlich als Ausweg nur abzuwarten bis die Krise im Süden ihre negative Auswirkung auf die Exporte in Mittel- und Nord-Europa und somit auch auf die Situation der Arbeitnehmenden entfaltet. Aufgrund der Länge dieser Krise und ihres Ausmasses ändert sich in der Tat die Lage langsam auch für die Gewerkschaftsbasis in Mittel- und Nordeuropa, was allmählich ein gewisses Umdenken bewirkt. Aber unsere eigene Geschichte zeigt, dass der Überzeugungswille und die Überzeugungskraft der Gewerkschaftsführungen, ihre Fähigkeit Perspektiven zu liefern und die eigene Basis für diese zu gewinnen, doch von großer Bedeutung sind.
- Die Gewerkschaftsapparate aus manchen Defizitländern haben Mühe, Fragen offen anzugehen, die den Willen der Solidarität in den Ländern, die Transferleistungen liefern und damit auch Opfer bringen, untergraben. Die rechtspopulistischen Sprüche gegen die „faulen Griechen“ sollten nicht dazu führen, reale Probleme der „Governance“, der effizienten Erbringung von staatlichen Leistungen und der Korruption in manchen „Defizitländer“ zu verdrängen. Anstelle Augen und Ohren zu verschliessen, sollten die Gewerkschaften und die Linke diese offensiv angehen. Leider tun sie es eben nicht so konsequent, weil sie ebenso in den Systemen z.T. in irgendwelcher Art verfangen sind. Damit auch das gesagt wird: ganz unabhängig und sauber sind diesbezüglich übrigens auch die Gewerkschaften Mittel- und Nord-Europa's nicht! Nur schon die Bereitschaft darüber offen zu reden und einen Austausch in Gang zu setzen, würde Positives auslösen.

## **Für eine Europäisierung der sozialen Kämpfe ...**

Wie weiter? Am 23.4.2013 hat der EGB-Vorstand seine Position zur sozialen Dimension der EU im Hinblick auf die bevorstehende „Road Map“ verabschiedet [\[iii\]](#). Der EGB bekräftigt darin seine Linie

- gegen die Austerität – für die Forderung nach einer Investitionspolitik und einer anderen Steuerpolitik, nach Stärkung der Binnenmärkte und Stützung der Löhne
- gegen die „Strukturreformen“ auf dem Arbeitsmarkt als wichtigste Medizin gegen die Krise und
- gegen die Angriffe auf die Tarifautonomie in den einzelnen Ländern, gegen die Verletzungen der Gewerkschaftsrechte zu kämpfen.

Eine „Road Map zur sozialen Dimension“ macht in der Tat nur Sinn, wenn die EU-Behörden bereit sind, in diesen Fragen eine Wende einzuleiten. Der DGB-Vorschlag des „Marshall-Plans“ wurde vom EGB insofern aufgenommen, als unter „Schwerpunkte“ zu lesen ist: „ein grosses Investitions-programm – ein neues „europäisches Wiederaufbauprogramm – in der Höhe von 1 bis 2% des europäischen BIP ist unabdingbar, um ein nachhaltiges Wachstum zu erzielen und die Arbeitslosigkeit wirksam zu bekämpfen.“ Damit vor allem diese Forderung mit der nötigen Kraft gestützt wird, braucht es jetzt in den verschiedenen Ländern eine breite Diskussion in den eigenen Reihen. Ein solcher Plan ist die Voraussetzung, um wieder an ein soziales Europa denken zu können. Er ist auch die Voraussetzung, um in den nötigen europäischen Mobilisierungen überhaupt einen weiteren Schritt nach vorne zu kommen. Im Hinblick auf die Juni-Sitzung des EU-Ministerrates zur „Road Map“ plant der EGB einen weiteren europäischen Aktionstag – ähnlich wie jener vom 14.11.2012 – mit dezentralen, aber koordinierten Mobilisierungen.

## **... und des gewerkschaftspolitischen Handelns**

Die Inanspruchnahme des neuen Instruments der Europäischen Bürgerinitiative (EBI) ist eine ergänzende Möglichkeit die Europäisierung unserer sozialen Kämpfe voranzutreiben. Die Europäische Föderation des öffentlichen Personals (EPSU) hat eine EBI gegen die Privatisierung des Wassers gestartet. Der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB) hatte auf dem EGB-Kongress 2011 vorgeschlagen, eine EBI zu einem noch zentraleren Thema für das soziale Europa zu lancieren: den Kampf gegen Lohndumping, als einem der wichtigen Hebel für eine Gegenoffensive der gesamten Gewerkschaftsbewegung [\[iv\]](#). Eine solche EBI hätte zum Ziel gehabt, darauf zu drängen, dass bei den nötigen gesetzgeberischen Massnahmen zwei eng miteinander verbundene Grundsätze verankert werden:

- der Vorrang der sozialen Grundrechte vor den Marktfreiheiten
- das Prinzip „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort“

Der Kongress hat entschieden, einem Gegenvorschlag des DGB und der französischen Gewerkschaften den Vorzug zu geben, der den EGB beauftragte, eine Kampagne *de facto* ohne EBI in die Wege zu leiten, die heute immer noch Mühe hat richtig vom Fleck zu kommen.

Die gegen die Idee einer gewerkschaftlichen EBI vorgebrachten Bedenken nehmen die negativen Erfahrungen als Vorwand, welche mit der Petition zum *Service Public 2009* gemacht wurden (mit der damit verbundenen Angst, nicht die benötigte Zahl von einer Million Unterschriften sammeln zu können). Ferner spielten juristische Vorbehalte betreffend die Tragweite eines solchen Instruments und schliesslich der Mangel an diesbezüglichen gewerkschaftlichen Traditionen in zahlreichen Ländern eine Rolle. Was vollkommen unterschätzt wird, ist das Potenzial einer EBI sowohl als Hebel für eine dezentralisierte Sensibilisierungsarbeit am Arbeitsplatz und auf der Strasse als auch für eine breite gewerkschaftspolitische Aktion, die in ganz Europa politischen Druck ausübt für ein gemeinsames gewerkschaftliches Ziel. Absolut zentral für den Erfolg eines solchen Unterfangens ist aber eine Vorlaufzeit einzuräumen, um die nötige Überzeugungsarbeit in den eigenen Reihen wirksam und breit leisten zu können.

Dass das Thema EBI aktuell bleibt, beweist die Tatsache, dass der eine oder andere Bund, aber auch die eine oder andere Europäische Branchenföderation immer wieder in ihren Reihen darüber diskutiert. Überlegenswert wäre auch eine EBI zum „Marshall-Plan“ oder auch „Recovery-Plan“. Eine solche EBI würde ganz bestimmt ein sehr guter Hebel sein für eine breit in die Gesellschaft getragene Sensibilisierungskampagne zum Thema.

„Last but not least“: Bei der Europäisierung unserer sozialen Kämpfe und unserer politischen Aktionen dürfen wir nicht aus den Augen verlieren, dass trotz allem „Optimismus des Willens“ - gewerkschaftliche Stärke allein für den angestrebten wirtschaftlichen, sozialen und politischen Kurswechsel nicht genügen wird. Aus diesem Grund müssen wir noch mehr soziale und politische Allianzen schmieden. Politische Veränderungen in wichtigen Ländern wie Deutschland, kombiniert mit weiteren Schritten in unseren gewerkschaftlichen Kämpfen, könnten die Tür endlich öffnen für einen neuen „Sozialpakt für Europa“.

## Literatur/Quellen:

---

[i] Ausführlichere Präsentation in CLR-News 1/2013 V. Pedrina: «Europäische Gewerkschaftsbewegung: zwischen nationalem Rückzug und europäischer Gegenoffensive»; [www.clr-news.org](http://www.clr-news.org)

[ii] «Ein Sozialpakt für Europa», EGB 6/2012 ([www.etuc.org](http://www.etuc.org)); «Marshall-Plan für Europa», DGB 12/2012 ([www.dgb.de](http://www.dgb.de))

[iii] ETUC-Position on the social dimension of the European Union; 23/4/2013 ([www.etuc.org](http://www.etuc.org))

[iv] Paul Rechsteiner: «Verteidigung der Arbeitnehmerrechte in Europa. Für eine gewerkschaftliche Offensive», Widerspruch (CH), Heft 57-2009 + Heft 6-2011

**Autor:** Vasco Pedrina, geboren am 28. Juni 1950, Vize-Präsident der internationalen Gewerkschaftsorganisation BHI (Bau + Holzarbeiter Internationale)

## Was ist ein „Volk“?

---

von Dr. Robert Chr. van Ooyen

### **In einer Gesellschaft Freier und Gleicher ist das Ausländerwahlrecht ein Menschenrecht**

Gegner des Ausländerwahlrechts kritisieren, dass man nicht „Diener zweier Herren“ sein könne; „Loyalitäts- und Identitätskonflikte“ seien vorprogrammiert, vor allem aber würden die bisher an die deutsche Staatsangehörigkeit gekoppelten Bürgerrechte ohne eine Gegenleistung zur Integration, ohne die Garantie dauerhafter Zuwendung einfach verschenkt. Abgesehen davon, dass dies angesichts der Europäischen Unionsbürgerschaft ein wenig anachronistisch ist, offenbart sich dabei ein fragwürdiges Verständnis des Begriffs „Volk“. Es suggeriert die Existenz einer vorgegebenen politischen Einheit als „Gemeinschaft“ und – anders als in den USA,

wo der Begriff „people“ immer „Vielheit“ transportiert – als Körper aus einem Guss, beseelt mit einem unteilbaren „Volkswillen“.

Selbst wenn man dabei nicht die rechtsradikale Variante der Konstituierung von politischer Einheit unterstellt - obgleich bisweilen durchaus so argumentiert wird - bleibt man hier aber eine Antwort schuldig, wodurch denn gerade das „deutsche Volk“ im Sinne einer „politischen Einheit“ konstituiert wird. Was begründet substantielle „Gleichheit“, die die einen „gleich“ im Sinne von zum „Volk“ zugehörig, die anderen jedoch „ungleich“ macht und von den politischen Rechten, vom Wahlrecht ausschließt? Nun, diese Bringschuld lässt sich nicht erfüllen, da es eine solche Gleichheit von Individuen und damit eine so verstandene politische Einheit „Volk“ gar nicht geben kann. Insoweit ist auch die von Gegnern wie Befürwortern immer wieder bemühte Argumentation einer „Verhinderung“ bzw. „Erleichterung“ der „Integration“ von Ausländern unsinnig. Denn der Begriff der Integration setzt in diesem Verständnis den der politischen Einheit schon als gegeben voraus.

### **„Integration“ von „Ausländern“?**

Die über Parteigrenzen hinweg viel beschworene „Integration“ von „Ausländern“ ist daher nicht nur ein untaugliches Mittel zur Bekämpfung von Ausländerfeindlichkeit – sie ist vielmehr als Mittel der Konstitution von „Gemeinschaft“ geradezu Ausdruck ihrer Ursache. Typisch für die „Gemeinschaft“ ist die Konzeption einer „geschlossenen Gesellschaft“, die sich gegenüber dem „Fremden“, dem „Anderen“ „schließt“. Dabei ist der Grund, der die vermeintliche „Homogenität“ politisch konstituiert, im Ergebnis egal – ob „links“ als „Klassengemeinschaft“ oder „rechts“ als „Volksgemeinschaft“, ob als „Glaubensgemeinschaft“ oder „Kulturgemeinschaft“.

In der deutschen politischen Kultur ist diese Versuchung immer erheblich stärker gewesen als ihr Gegenentwurf der „offenen Gesellschaft“ (Karl Popper) – und vielleicht auch einer der Gründe dafür, dass gerade hierzulande mit jeglicher Form von „Sozialismus“ so begeistert experimentiert worden ist. Selbst heute ist regelmäßig bei politischen Festanlässen sprachlich verräterisch noch vom „Mitbürger“ die Rede; als ob „Bürgersein“ einfach nicht ausreichte.

In der Staatstheorie ist der Begriff mit Rudolf Smend verbunden, dessen bis heute wirkmächtige Integrationslehre von 1928 sich in antiliberaler und antipluralistischer Weise gegen Weimar positionierte – und offen die „Integrationswirkung“ des italienischen Faschismus bewunderte. Niemand anders aber hat das Konzept von „Gemeinschaft“ und Fremdenfeindlichkeit mit all seinen politischen Implikationen exakter als „politische Theorie“ formuliert als der wohl intellektuellste (Rechts)extremist des 20. Jahrhunderts: Carl Schmitt. In seiner „Freund-Feind-Theorie“ des Politischen (1927/32) wird der „Fremde“ als das „Heterogene“ von der

homogenen Gemeinschaft ausgeschlossen und als Konsequenz seine Vernichtung miteinbegriffen.

Was folgt hieraus nun im Sinne eines Umkehrschlusses? Es kann nur bedeuten, dass jede Form einer politischen „Einheit“ als „Gemeinschaft“ radikal zu negieren ist. Damit fällt aber auch eine jegliche Konzeption von Integration in das „deutsche Volk“. Denn es gibt gar nichts zu „integrieren“ – weder „Ausländer“ noch „Rothaarige“, weder „Moslems“, „Juden“ noch „Frauen“, weder „Arme“, noch „Behinderte“ – in diesem Sinne noch nicht einmal die „Deutschen“ zu „Europäern“. Denn die „Integration“ setzt ja begrifflich die Existenz einer politischen Einheit überhaupt schon voraus – nämlich die „Gemeinschaft“, in die hinein „integriert“ werden kann. Sie ist daher – bewusst oder unbewusst – selbst immer schon Ausdruck einer fremdenfeindlichen Haltung, da sie die Differenz des „Fremden“ nicht zulassen kann, sondern vielmehr durch „Integration“ aus ihm das „Identische“, das vermeintlich „Homogene“ machen und das „Fremde“ austreiben, „vernichten“ will. Wer „integrieren“ will, hat den „Fremden“ längst definiert, ausgeschlossen und zum „Feind“ erklärt. Und er bestätigt schließlich die Fremdenfeindlichkeit der Rechtsextremisten, indem er ihnen gegenüber ja eingesteht, dass der „Fremde“ als Fremder nicht zu ertragen sei, sondern eben erst „integriert“ werden müsse.

In der politischen Realität zeigt sich das daran, dass zumeist dort Ausländerfeindlichkeit hoch ist, wo es kaum „Ausländer“ gibt. Es zeigt sich weiter daran, dass man „Integrationspolitik“ auch ohne „Ausländer“ machen kann, zumindest in den Entscheidungsgremien: So sind z.B. „Migrationsbeauftragte“ und „Integrationsminister“ in Bund und Ländern i.d.R. „native“ Deutsche – was genauso sinnvoll ist, wie das Amt von Frauenbeauftragten regelmäßig Männern zu überlassen. Selbst in der 2001 eigens von der „rot-grünen“ Regierung eingesetzten Zuwanderungskommission war mit Verbandsfunktionären, Fachleuten usw. so ziemlich alles vertreten – nur eben kein „Migrant“. Erst in letzter Minute – alle Plätze bis auf einen waren bereits verteilt – realisierte man diese Peinlichkeit und nominierte noch – polemisch formuliert – mit dem Reiseuntemehmer Vural Öger den „Alibi-Türken“: Onkel Tom's Hütte lässt grüßen!

### **Demokratie ist nicht nationale Gleichheit, sondern gleiche politische Freiheit**

Bleibt zu fragen, welches gemeinsame Band die Individuen in ihrer Vielheit von politischen, wirtschaftlichen, religiösen, kulturellen usw. Interessen und Meinungen dann überhaupt verbindet. Die USA fanden gegenüber den englischen Kolonialherren den kleinsten gemeinsamen Nenner im Motto „no taxation without representation“ der „Bostoner-Tea-Party“. Dieses klassisch moderne Kriterium taugt freilich heute kaum noch, wären doch die politischen Rechte – wie es im 19. Jahrhundert in den „Mutterländern“ der Demokratie auch üblich war – dem Steuer zahlenden

Besitzbürger vorbehalten. Damit wären zwar viele „Ausländer/innen“ automatisch Staatsbürger und wahlberechtigt, aber – polemisch formuliert – auch eine ganze Reihe der in ihrer eigenen „Parallelgesellschaft“ lebenden, viel zitierten „Hamburger Einkommensmillionäre“ von Wahlen ausgeschlossen.

Zur Bestimmung des „Staatsvolks“ – besser: des politischen Status der Bürger/innen in der Gesellschaft – ist vielmehr auf Hans Kelsen zu rekurrieren, demokratischer Verfassungsrechtler und Begründer der „Wiener Schule“. Kelsen hatte – seinerzeit in der Staatslehre keineswegs selbstverständlich – den Pluralismus eben nicht als Gefahr der Auflösung einer vermeintlich existierenden politischen Einheit „Volk“, sondern in diesem gerade das konstitutive Element der Demokratie gesehen. Wenn sich überhaupt das „Staatsvolk“ als Einheit begreifen lässt, dann nur als rechtlicher Tatbestand, als die *„Einheit der das Verhalten der normunterworfenen Menschen regelnden staatlichen Rechtsordnung... Als solche Einheit ist das ‘Volk’ gar nicht - wie die naive Vorstellung vermeint - ein Inbegriff, ein Konglomerat gleichsam von Menschen, sondern nur ein System von einzelmenschlichen Akten, die durch die staatliche Rechtsordnung bestimmt sind“* (Vom Wesen und Wert der Demokratie, 2. Aufl. 1929). So ist *„die Einheit des Volkes nur durch die Einheit der Rechtsordnung begründet“* (Allgemeine Staatslehre, 1925).

Das die „Einheit“ in der gesellschaftlichen Vielheit menschlicher Handlungen begründende gemeinsame Band ist also das Gesetz, d. h. als Fundamentalnorm die Verfassung. „Staat“, „Staatsangehörigkeit“ und „Staatsvolk“ sind nichts Naturgegebenes oder, wie in organischen Staatslehren immer noch vertreten wird, „Gewachsenes“, sondern nur etwas normativ Gesolltes. Das ist eigentlich gar nicht neu, sondern unser uraltes europäisches Erbe: Denn vor rund 2.000 Jahren hieß es schon in Ciceros „Republik“: *„Was ist denn die Bürgerschaft, wenn nicht die Rechtsgemeinschaft der Bürger?“*. Noch der deutsche Aufklärungsphilosoph Kant definierte in seiner „Metaphysik der Sitten“ den „Staat (civitas)“ als *„die Vereinigung einer Menge von Menschen unter Rechtsgesetzen“*. Der politische Status des Bürgers in der Gesellschaft wird folglich durch die „Normunterwerfung“ konstituiert: Muss man dauerhaft die Gesetze eines Landes oder Gemeinwesens befolgen, dann ist man nach dieser normativen Staatstheorie natürlich auch Bürger/in, also „Inländer“. Das gilt selbst für den Neonazi, der sich nicht integrieren will und dem ansonsten umgekehrt Staatsbürgerschaft und damit das Wahlrecht aberkannt werden müsste.

Im übrigen: Gleichzeitig verschiedenen Rechtsordnungen dauerhaft unterworfen und „Bürger/in“ verschiedener Gemeinwesen zu sein, ist so ungewöhnlich nicht und schon heute sogar für jede(n) Bundesbürger/in Realität – z.B. als Berliner(in) der Kommunal- und Landesverfassung, als „Deutsche(r)“ dem Grundgesetz, als „Unionsbürger(in)“ dem EU-Recht, schließlich bisweilen sogar unmittelbar als Rechtssubjekt dem Völkerrecht. So gesehen ist hier jedes Mal politisch ein „Volk“ entstanden. Daher führt auch die vom Bundesverfassungsgericht zuletzt in der

„Lissabon-Entscheidung“ bemühte Frage nach der „wirklichen“ Existenz eines „europäischen Volks“ in die Irre.

Soweit man an einer „Gemeinschaftsdiktion“ festhalten möchte, ließe sie sich so formulieren:

**Bürgerschaft entsteht durch und ist Rechtsgenossenschaft.**

Und soll dieses Land nicht autokratisch, sondern demokratisch regiert sein, folgt hieraus – in der altmodischen Diktion von Aristoteles – die gemeinsame Beteiligung der Bürger/innen an der Verfassung, also in modernen Massendemokratien: das Wahlrecht. Wahlrecht bzw. Demokratie sind daher nicht wie häufig missverstanden Ausdruck einer national – und schon gar nicht ethno-kulturell – gedachten *Gleichheit* des „Volkes“. Das Wahlrecht ist in der Demokratie vielmehr Ausdruck der politischen *Freiheit*: „gleich“ sind die Bürger/innen nämlich nur in ihrer Freiheit, in ihrem gleichen Recht, unter der von ihnen ausgehandelten „guten Ordnung“ (= Verfassung), also unter selbstbestimmten Gesetzen „frei“ zu leben. Insofern muss hier auch nichts mehr „integriert“ noch irgendeine „Loyalitätsbekundung“ erbracht werden – denn so betrachtet ist das Wahlrecht ein Menschenrecht. Es erwächst aus dem natürlichen Recht des Menschen, nicht unter Fremdgesetzgebung als bloßes Objekt von Herrschaft zu leben, sondern als Subjekt diese mitzubestimmen – zumindest bei dauerhaftem Aufenthalt in einem Land. Das Wahlrecht ist daher genuiner Ausdruck des Autonomiegedankens, um den überhaupt die gesamte Konzeption der Menschenrechte rotiert.

**Autor:** Dr. Robert Chr. van Ooyen, geboren 1960, Hochschullehrer an der FU Berlin, der TU Dresden und der Fachhochschule des Bundes

## Die Entwicklung der betrieblichen Demokratie (Buchrezension)

---

von PD Dr. Karl Lauschke

Die betriebliche Interessenvertretung ist Gegenstand zahlloser sozialwissenschaftlicher und historischer Publikationen, in denen einzelne Aspekte oder bestimmte Epochen ihrer Entwicklung untersucht werden. Eine Darstellung, in der ihre Geschichte von den Anfängen bis in die Gegenwart detailliert und gestützt auf die gründliche Archivauswertung von Quellen nachgezeichnet wird, gab es bisher allerdings nicht. Mit der umfangreichen Monographie von Werner Milert und Rudolf Tschirbs, die Grundzüge bereits 1991 in einem kleinen Band skizziert hatten, wird diese Lücke nun geschlossen und damit eine Institution historiographisch gewürdigt, deren Bedeutung in der Öffentlichkeit oft unterschätzt wird. Dabei gibt es kaum eine andere Institution, in der so viele demokratisch legitimierte Mandatsträger im Interesse der Menschen, die sie vertreten, tätig waren und auch heute sind. Allein 2010 wurden bei einer durchschnittlichen Wahlbeteiligung von mehr als 80 Prozent insgesamt über 174.000 Betriebsräte gewählt, die tausende Personalräte im öffentlichen Dienst gar nicht eingerechnet.

### Konflikte als Lernprozesse

Die Autoren schildern, wie erste Forderungen nach „Fabrikausschüssen“ bereits in den Revolutionsjahren 1848/49 erhoben wurden, aber erst im Zuge der Hochindustrialisierung nach dem Bergarbeiterstreik 1889 die Möglichkeit geschaffen wurde, Arbeiterausschüsse mit sehr begrenzten Mitspracherechten gesetzlich einzurichten. Unter den Bedingungen des Ersten Weltkriegs wurden 1916 Arbeiterausschüsse mit dem „Gesetz über den Vaterländischen Hilfsdienst“ obligatorisch vorgeschrieben. Die Politik der Arbeitsgemeinschaft von Gewerkschaften und Arbeitgebern, die sich schon in den letzten Kriegswochen anbahnte, schuf die Voraussetzungen, dass unter dem Druck der politischen Unruhen Anfang 1920 das Betriebsrätegesetz verabschiedet wurde. Das war „ein geschichtlicher Durchbruch“ (S. 165), wie die Autoren betonen, an den nach 1945 wieder angeknüpft wurde, nachdem das NS-Regime mit allen früheren Formen der Betriebsverfassung, die sich seit 1890 herausgebildet hatten, völlig gebrochen hatte. Im Unterschied zum Weimarer Betriebsrätegesetz beinhaltete das im Oktober 1952 verkündete Betriebsverfassungsgesetz allerdings „eine deutliche Akzentverschiebung zur Idee der Sozialpartnerschaft, die auf die katholische Soziallehre zurückging.“ (S. 417) Während sich die betriebliche Interessenvertretung in der Bundesrepublik im Sinne „einer kooperativen Konfliktpartnerschaft“ (Walther Müller-Jentsch) weiter entwickelte, wurden in der DDR die Betriebsräte als unabhängige

Interessenvertretungen beseitigt und durch die Betriebsgewerkschaftsleitungen (BGL) ersetzt, die dem sowjetischen Vorbild entsprechend „zum Instrument der Planerfüllung und zu einem ideologischen Transmissionsriemen der SED“ (S. 648) wurden. Die Autoren verstehen die Geschichte der betrieblichen Interessenvertretung als Lernprozess, durch den diese Institution schließlich „Bestandteil eines Laboratoriums der Demokratie in der Arbeitswelt“ (S. 652) geworden ist. Diese Entwicklung habe dazu beigetragen, „den gesellschaftlichen Konflikt, der sich in der sozialen Frage des 19. Jahrhunderts widerspiegelte, [...] zu verringern bzw. beherrschbar zu machen und damit zugleich Gerechtigkeit sowie wirtschaftliche Produktivität zu fördern.“ (ebd.)

Die Autoren beschränken sich nicht auf eine Chronologie der gesetzlichen Regelungen, vielmehr gehen sie auch auf die spezifischen Probleme bei der Umsetzung in die betriebliche Praxis ein, und sie betten vor allem die Geschichte der betrieblichen Interessenvertretung in die Entwicklung der deutschen Gesellschaft insgesamt ein. Nur dadurch, dass der lange Zeitraum von Mitte des 19. Jahrhunderts bis in die Gegenwart in den Blick genommen wird, können – wie die Autoren betonen – „epochenübergreifende Modernisierungstendenzen“ (S. 26) sichtbar werden. Die Geschichte der betrieblichen Interessenvertretung wird aus dieser Perspektive als ein „Wandlungsprozess von antagonistischen Konflikten zu kooperativen Arrangements und integrativen Verhandlungen“ (S. 37) begriffen, der sich letztlich über alle Widerstände und Rückschläge hinweg durchgesetzt habe, d.h. als Entwicklung zu einem „rationalen Umgang mit industriellen Konflikten“ (S. 23), der einen kontinuierlichen Interessenausgleich zwischen Arbeit und Kapital ermögliche. Die Autoren kommen zu dem Schluss: „Die Zeit des ideologischen Kampfes scheint seit Mitte der 1990er Jahre endgültig vorbei zu sein, es herrscht zwischen den Betriebsparteien ein Klima der Versachlichung, des Pragmatismus und der Betonung der Interessenopportunität.“ (S. 630)

### **Kritik und Konsens**

Diese Vorstellung von betrieblicher Interessenvertretung grenzt sich bewusst ab von gesellschaftsverändernden Auffassungen, die kurzerhand als utopische Irrwege abqualifiziert werden. Darunter fallen nicht nur explizit sozialistische Positionen sondern auch wirtschaftdemokratische Ideen, einschließlich der Unternehmensmitbestimmung, soweit sie mit dem Anspruch verbunden ist, auf die Gestaltung der Wirtschaft über die einzelnen Betriebe hinaus Einfluss zu nehmen. Von pauschalen Invektiven gegen derartige Ansichten und intellektuelle „Weltverbesserer“ ist das ganze Buch durchzogen. In diesem Sinn bedeutet das Betriebsrätegesetz von 1920 einen Wendepunkt, der „vom Heilsversprechen, das eine Transzendierung der kapitalistischen Gesellschaft verhieß, zur Diesseitigkeit der Konfliktregulierung im Arbeitsleben“ (S. 24) führt.

Diese Frontstellung geht einher mit einer recht fragwürdigen Interpretation einzelner historischer Prozesse. So legen die Autoren bei der Darstellung des politischen Umbruchs nach dem Ende des Ersten Weltkrieges Wert darauf herauszustellen, dass das Betriebsrätegesetz entgegen dem verbreiteten Urteil der meisten Historiker nicht als Folge der sozialen Bewegungen zustande gekommen sei, die sich am Traum einer „Umkehrung der Herrschaftsverhältnisse der kapitalistischen Wirtschaft überhaupt“ (S. 35) berauscht hätten, statt die Potentiale und Chancen zu erkennen, die in einer Betriebsverfassung lagen, durch die die Betriebe zu Gestaltungsräumen wurden, die den Interessen von Kapital und Arbeit gleichermaßen zugute kamen.

Auch in der Schilderung der Entwicklung nach 1945 werden die gesellschaftlichen Neuordnungsvorstellungen, wie sie im DGB vertreten wurden, gegen die betriebliche Interessenvertretung ausgespielt. Alle Versuche, auf allen Ebenen der Wirtschaft eine gleichberechtigte Vertretung in den Entscheidungsgremien durchzusetzen, nicht zuletzt in den Vorständen und Aufsichtsräten der Unternehmen sowie in den Wirtschaftskammern, seien von vornherein zum Scheitern verurteilt gewesen. Indem die Gewerkschaften in Verkennung der Lage nach Ansicht der Autoren „auf eine Strategie setzten, bei der sie von Anfang an auf verlorenem Posten standen“ (S. 410), sei die Verabschiedung des Betriebsverfassungsgesetzes 1952 nicht nur „das Ende eines illusionären Traums“ (S. 417) sondern die Niederlage der Gewerkschaften sei zudem auch „selbstverschuldet“ (S. 419) gewesen. Durch ihre wirklichkeitsferne Neuordnungsstrategie habe es „an einer schlüssigen, von den Gewerkschaftsgremien bestätigten Betriebsrätekonzeption“ (S. 414) gemangelt mit der Konsequenz, dass dieses Versäumnis sogar „in eine leichtfertig verursachte Gefährdung ihrer Position in den Betrieben“ (S. 418) geführt habe.

### **Mitbestimmung und Klassenkampf**

Die Forderung nach paritätischer Mitbestimmung in den Unternehmen wurde von den Gewerkschaften, die sich mit ihrer „Wende zur Realpolitik“ nach 1952 „von einer primär gesellschaftsverändernden Gestaltungskraft hin zu einer klassischen Arbeitsmarktpartei“ (S. 430) gewandelt hätten, aber keineswegs aufgegeben. Im Gegenteil, aus der Erkenntnis, dass der betrieblichen Interessenvertretung in wichtigen Fragen Grenzen gesetzt sind, drängten sie weiter darauf, ihren Einfluss auf wirtschaftliche Entscheidungen zu vergrößern und das Betriebsverfassungsgesetz durch ein Gesetz zur Unternehmensmitbestimmung zu ergänzen. Die Problematik einer Interessenvertretung, die sich ausschließlich auf den einzelnen Betrieb konzentriert und ohne ein gewerkschaftliches Gegengewicht Gefahr läuft, allgemeine, betriebsübergreifende Interessen zu ignorieren, wird von den Autoren jedoch überhaupt nicht reflektiert.

Die Einrichtung gewerkschaftlicher Vertrauensleute, wie sie insbesondere von der IG Metall nach 1952 betrieben wurde, verstehen sie deshalb ganz im Sinne ihres

zentralen Interpretationsschemas als Angriff der „Vertreter etatistischer sozialistischer Ideen der alten Gewerkschaftsbewegung gegen den sozialpartnerschaftlichen Impetus aus den Betrieben“ (S. 435). Darüber hinaus seien „alte, verschüttete ideologische Gräben“ (S. 475), die man glaubte, mittlerweile überwunden zu haben, dadurch wieder aufgerissen worden, dass die Gewerkschaften nach der Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes 1972 darauf bestanden, auch das Mitbestimmungsgesetz durchzusetzen, das ihre Reformwartungen letztlich zwar nicht erfüllte aber nach Ansicht der Autoren deshalb hoch einzuschätzen ist, weil es sich als „ein Instrument für eine nachhaltige Verbesserung der Aktionsmöglichkeiten der Betriebsräte“ (S. 502) erwiesen habe.

So informativ das Buch von Werner Milert und Rudolf Tschirbs zweifellos ist, so verkürzt ist das Verständnis von betrieblicher Interessenvertretung, das sie ihrer Darstellung zugrunde legen. Dadurch dass sie die grundlegende Konstellation zwischen den Akteuren, mit denen sich Betriebsräte auseinandersetzen haben, nicht näher analysieren, also das Spannungsfeld unterschiedlicher, ja gegensätzlicher Interessen der Belegschaft, des Arbeitgebers aber auch der Gewerkschaft, wird weder klar, wie schwierig und teilweise sogar unerreichbar es unter Umständen ist, zwischen diesen Interessen zu vermitteln, noch werden die Grenzen der betrieblichen Interessenvertretung deutlich. Ihre pragmatisch-funktionale Sichtweise schließt gesellschaftskritische Aspekte, wie auch immer sie im Einzelnen aussehen, nicht nur von vornherein grundsätzlich aus sondern wertet sie zudem noch als illusionär und deshalb kontraproduktiv ab.

*Über das Buch:*

**Werner Milert, Rudolf Tschirbs, Die andere Demokratie. Betriebliche Interessenvertretung in Deutschland, 1848 bis 2008 (= Veröffentlichungen des Instituts für soziale Bewegungen, Schriftenreihe A: Darstellungen, Band 52), Essen 2012, 712 Seiten**

**Autor:** PD Dr. Karl Lauschke, Geboren 1950 in Gelsenkirchen, Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für soziale Bewegungen der Ruhr-Universität Bochum

## Rohe Bürgerlichkeit und der Sozialstaat

---

von Dr. Sebastian Thieme

Anlässlich des zehnjährigen Jubiläums der „Hartz-Reformen“ haben sich verschiedene namhafte Persönlichkeiten kritisch zu Wort gemeldet, z. B. der Wirtschaftsethiker Ulrich Thielemann (2013), Christoph Butterwegge (2013) oder etwa der Herausgeber der Nachdenkseiten, Wolfgang Lieb (2013), der Darmstädter Sozialrichter Jürgen Borchert (siehe Rhein-Neckar-Zeitung 2013) und natürlich auch Ökonomen wie Rudolf Hickel (Saarbrücker Zeitung 2013), Peter Bofinger (2013) und Heiner Flassbeck (2013). Der mit „Hartz“ eingeführte Niedriglohnsektor, die Sanktionen, das Europäische Lohndumping usw. – das sind alles Sachverhalte, die dort kritisiert wurden.

Daneben existiert aber noch ein anderer Aspekt, der häufig etwas unterbelichtet bleibt und auf den Wilhelm Heitmeyer schon 2011 hinwies, als er festhielt, dass sich nicht nur eine Einkommensspaltung in der Gesellschaft beobachten lässt, sondern auch, dass sie „ideologisch durch die Abwertung und Diskriminierung von statusniedrigen Gruppen durch die rohe Bürgerlichkeit getragen“ wird (Wilhelm Heitmeyer 2011). Diese „rohe Bürgerlichkeit“ bewirkt eine „Entsolidarisierung“, einen „Rückzug aus der Solidargemeinschaft“ (Wilhelm Heitmeyer 2011). Genau diese Entsolidarisierung steht auch im Zusammenhang mit den „Hartz-Reformen“, in denen Wilhelm Heitmeyer (2012a: 19) ein öffentliches „Signalereignis“ sieht.

### Die Signale der Hartz IV-Reform

Dieser Signalcharakter der „Hartz-Reformen“ spiegelt sich besonders deutlich in einem Report wider, den das damalige „Superministerium“ für Wirtschaft und Arbeit im Jahre 2005 publizierte. Schon im Titel dieses Reports kam ein gewisses Misstrauen gegenüber den Bedürftigen und der Vorwurf des Sozialmissbrauchs zum Ausdruck: *Vorrang für die Anständigen - Gegen Missbrauch, „Abzocke“ und Selbstbedienung im Sozialstaat*. Auf Seite 10 war dann Folgendes zu lesen:

„Biologen verwenden für ‚Organismen, die zeitweise oder dauerhaft zur Befriedigung ihrer Nahrungsbedingungen auf Kosten anderer Lebewesen – ihren Wirten – leben‘, übereinstimmend die Bezeichnung ‚Parasiten‘. Natürlich ist es völlig unstatthaft, Begriffe aus dem Tierreich auf Menschen zu übertragen. Schließlich ist Sozialbetrug nicht durch die Natur bestimmt, sondern vom Willen des Einzelnen gesteuert“.

Zur Erinnerung: Dieser Report wurde in jenem Jahr veröffentlicht, in dem der umstrittene vierte Teil der „Hartz-Reformen“ in Kraft trat. Die eben zitierte Stelle des

Reports zeigt deutlich, welches Bild das Ministerium offenbar über die ihnen anvertrauten „Kunden“ pflegte. Genau das ist das Besondere an diesem Report. Lange Zeit war in Deutschland nicht mehr in solch einer unverblühten Sprache der Vorwurf des Sozialmissbrauchs geäußert worden. Jedenfalls nicht von derartig hoheitlicher Stelle, was im Grunde wie ein Dambruch für die „legitimierenden Mythen“ (Heitmeyer) der sozialen Verwahrlosung und des Sozialmissbrauchs wirken musste.

### **Wenn Geiz und Ausgrenzung zu Anstand wird**

Daher ist es sicher kein Zufall, dass in den Folgejahren der „Hartz-Reformen“ Personen wie Peter Sloterdijk (2009), Gunnar Heinsohn (2010) sowie Thilo Sarrazin (siehe Hoffmann 2009) und Oswald Metzger (Stern 2007) mit ähnlich abwertenden Aussagen in den Medien für Furore sorgen konnten.

Diese Beispiele belegen eine prototypische Denkhaltung, wie sie auch tatsächlich in „elitären“ Gesellschaftsschichten angetroffen werden kann. Darauf weist der neunte Forschungsbericht zur Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit hin, wenn es dort heißt, dass Personen mit hohem Einkommen tendenziell weniger bereit sind, schwachen Gruppen zu helfen (Heitmeyer 2010: 21). Außerdem geht „die Verteidigung von Privilegien mit der Stigmatisierung schwacher Gruppen“ einher: „Negative Stereotypen wie die vom ‚faulen Arbeitslosen‘ oder vom ‚Ausländer‘, der ‚den Sozialstaat belastet‘, werden zur Legitimation verweigerter Unterstützung herangezogen. Viele Menschen sind der Ansicht, schwache Gruppen sollten sich selbst helfen“ (Heitmeyer 2010: 21-22).

Genau das spiegelt sich in den eben genannten Beispielen von Sarrazin bis Metzger wider, wobei hinzugefügt werden muss, dass die Abwertungen noch durch ein ganz bestimmtes Moment getragen wurden: Es handelt sich dort um eine ökonomistische Denkhaltung, die den Menschen auf seine marktwirtschaftliche Verwertbarkeit reduziert und ihn auf diese Weise zum „produktiven“ Betriebsmittel oder „unproduktiven“ Kostenfaktor mutieren lässt.

So etwa, wenn Peter Sloterdijk (2009) von den „Unproduktiven“ schrieb, die „mittelbar auf Kosten der Produktiven leben“, und er auf diese Weise intendierte, ihnen die Hilfe zu versagen. Ähnlich auch Gunnar Heinsohn (2010), der u. a. die Zuwanderung der „Niedrigleister des Auslands“ beklagte; ebenso den Kinderreichtum der „Hartz-IV-Bevölkerung“, dem er den Kindermangel im „leistenden Bevölkerungsteil“ gegenüberstellte. Auch hier ging es wieder darum, den Hilfsbedürftigen Hilfe zu verwehren – und zwar im Kontext einer ökonomischen Nützlichkeitsrhetorik.

## Organisierte Entsolidarisierung

Vor diesem Hintergrund erscheint „Hartz IV“ als Chiffre für die Institutionalisierung bzw. Organisation der „rohen Bürgerlichkeit“: Die bedürftigen „Kunden“ waren fortan behördlicherseits mit einem gesteigerten Maß an Misstrauen konfrontiert und standen somit auf einmal auch verstärkt in der Bringschuld für ihre eigene Existenzsicherung, auf die sie in ihrer bedürftigen Situation eigentlich einen legitimen Anspruch besaßen – einen Anspruch, der bei einem als „ungehorsam“ ausgelegten Verhalten Gefahr laufen kann, entzogen zu werden.

Klaus Dörre (2013) führt dazu aus, dass sich „Leistungsbezieher wie Fallbearbeiter [...] in einem ständigen Wettkampf [befinden], bei dem die Starken den Schwachen diktieren, welches Leben sie zu führen haben“. Das Verhältnis ist allerdings asymmetrisch, weil die Bedürftigen schon per Definition schwach sind: Die „Starken“ sind in diesem Falle also die Sozialbehörden, die das Diktat über die Lebensform der Bedürftigen mittels „Prüfformate“ ausüben. Der Wettkampf, von dem Klaus Dörre (2013) hier spricht, kommt dadurch zu Stande, dass die „Starken“ im ständigen Misstrauen gegenüber den Bedürftigen anzunehmen haben, diese wären nicht bedürftig und würden sich Unterstützung erschleichen (Mythos fauler Erwerbsloser/ Sozialmissbrauch), während die Bedürftigen angesichts dieses Misstrauens ihre Bedürftigkeit *ständig* selbst unter Beweis stellen *müssen*. Es ist ein Wettkampf um die Deutungshoheit über den Anspruch auf Existenz(sicherung).

### „Rohe Bürgerlichkeit“ als Mangel an Mitgefühl

Die „rohe Bürgerlichkeit“ steht bereits bei oberflächlicher Betrachtung mit verschiedenen gesellschaftlich-ethischen Prinzipien in Konflikt. Sie verstößt z. B. gegen die *soziale Sicherheit*, die einst Alfred Müller-Armack der Sozialen Marktwirtschaft als *ein* oberstes sittliches Ziel mitgab (Thieme 2012a, 2012b). Auch das Gebot der christlichen Nächstenliebe und Mildtätigkeit wird verletzt. Gleiches gilt für das sogenannte Subsidiaritätsprinzip, das auch das Gebot „Hilfe zur Selbsthilfe“ beinhaltet (Quaas 2000: 117), „wenn die Handlungskapazitäten geringerer Stufe erschöpft sind oder in absehbarer Weise nicht ausreichen“ (Waschkuhn 1995: 170). Die Menschenwürde, die durch den Sozialstaat kraft Grundgesetz (Art. 20) in Deutschland zu wahren ist, wird damit ebenfalls in Frage gestellt.

Als problematisch erweist sich vor allem aber, dass sich die „rohe Bürgerlichkeit“ eines ideellen Rollentauschs (Adam Smith) bzw. eines Perspektivwechsels verweigert. Beim Perspektivwechsel handelt es sich um ein ethisches Prinzip, das in *verschiedenen* ethischen Konzepten zur Anwendung kommt, um Handlungsabsichten ethisch zu legitimieren, z. B. in der Goldenen Regel, dem erwähnten Gebot zur Nächstenliebe (Ulrich 2008: 61ff.) oder im Prinzip der Universalisierung nach Richard Mervyn Hare (1983). Die wohl bekannteste Version

findet sich im Kategorischen Imperativ von Immanuel Kant und lautet: „[H]andle nur nach derjenigen Maxime, durch die du zugleich wollen kannst, dass sie ein allgemeines Gesetz werde“ (Kant 1797: 44).

Damit lässt sich fragen, ob jene, die der Meinung sind, „schwache Gruppen sollten sich selbst helfen“ (Heitmeyer 2010: 21-22), diese Meinung auch dann noch vertreten würden, wenn sie sich selbst in der Rolle der Schwachen befänden.

Ähnlich ließe sich mit Blick auf die Hartz-IV-Gesetzgebung kritisch fragen, wer in der Situation der Bedürftigkeit unter den Bedingungen von Hartz IV leben möchte, also unter Residenzpflicht, ständigem Benchmarking per Eingliederungsvereinbarungen, Sanktionen, Zumutbarkeitsregeln usw. Politiker(innen) oder z. B. Wissenschaftler(innen), für die ein Leben unter solchen Bedingungen nicht in Frage kommt, werden dann Probleme haben, ethisch zu rechtfertigen, dass sie diese von ihnen für sich selbst abgelehnte Hartz-Situation anderen bedürftigen Menschen zumuten wollen.

### **Diskursverweigerung**

Aus einer *integrativ wirtschaftsethischen* Sicht handelt es sich bei dem Perspektivwechsel allerdings nur um eine unterstützende Vorbedingung für die ethische Legitimierung von Handlungsabsichten. Die ethische Legitimation erhalten diese Absichten erst im machtfreien, offenen und öffentlichen Diskurs (Ulrich 2008: 95ff.). Die jeweiligen Interessen sind dabei unter den Vorbehalt zu stellen, dass sie nicht gegen „die Wahrung der Würde und“ die „unantastbaren moralischen Rechte jeder betroffenen Person“ verstoßen (ethischer Legitimationsvorbehalt; Ulrich 2008: 89). Über Letzteres können unterschiedliche Auffassungen vorherrschen, die ein redlich geführter Diskurs – der allen Betroffenen zugänglich ist und in dem diese sich gegenseitig als mündige Bürger anerkennen – abgleichen kann.

Die „rohe Bürgerlichkeit“ verweigert sich aber auch diesem Moment der ethischen Legitimation. Gerade in dem Umstand, dass gar kein Interesse besteht, sich über andere Perspektiven auszutauschen, tritt abermals die Entsolidarisierung zu Tage. Was Wilhelm Heitmeyer und seine Forscher(innen) allgemein für das gesellschaftliche Klima in Deutschland feststellten, ließ sich in „sozialstaatlich“ organisierter Form am konkreten Beispiel der „Hartz-Reformen“ beobachten.

Zur Erarbeitung dieser „Reform“ wurde im Jahre 2002 die externe Kommission „Moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“, später „Hartz-Kommission“ genannt, ins Leben gerufen, die allerdings überwiegend aus Managern, Beamten und Funktionären bestand (Thieme 2012a: 549). Die Fachexpertise der Sozialverbände (wie z. B. der Deutsche Caritasverband, der Paritätische Wohlfahrtsverband oder die

Volkssolidarität) – die für die Perspektive der von den „Reformen“ betroffenen Gruppen hätten stehen können – wurde offensichtlich als entbehrlich eingeschätzt. Ein ebenso reges Desinteresse herrschte gegenüber der Einbindung von Erwerbslosenverbänden vor.

Eine solche Ausgrenzung ist auch vor dem Hintergrund einer *Sozialen Marktwirtschaft* nach Alfred Müller-Armack nicht tragbar. Denn ein zentrales Charakteristikum der Sozialen Marktwirtschaft findet sich in der Sozialen Irenik, „*einer Versöhnung, die das Faktum der Gespaltenheit als gegeben nimmt, aber ihm gegenüber die Bemühung um eine gemeinsame Einheit nicht preisgibt*“ (Müller-Armack 1950: 563). Genau solch eine „Versöhnung“ fand jedoch nicht statt, sie wurde noch nicht mal ansatzweise in Angriff genommen: Die unterschiedlichen Perspektiven wurden ignoriert und dementsprechend gab es auch keine Anstrengungen für eine *gemeinsame* Lösung.

### **Handwerkliche Fehler**

Die Ergebnisse der „Hartz-Reformen“ bestanden nicht nur in ihrer mangelnden ethischen Legitimität sowie der nach außen hin deutlichen Abkehr von der Sozialen Marktwirtschaft, sondern auch in den handwerklichen Fehlern, deren Korrektur nun die Sozialgerichte bürokratisch überlastet. Besonders bitter ist es dann, dass von politischer Seite auch immer wieder öffentlich die Idee ins Spiel gebracht wird, den Betroffenen durch Gebühren den Zugang zum Rechtsweg zu erschweren (Gensing 2013; Thieme 2012a: 534f.).

Wie notwendig aber gerade der Rechtsweg ist, das zeigte ein besonders schwerer Mangel der „Hartz-Reformen“, auf den erst durch das Bundesverfassungsgericht reagiert wurde: Im Februar 2010 erklärte dieses die Berechnung der Regelsätze – die das soziokulturelle Existenzminimum abdecken sollten – für verfassungswidrig (BVerfG 2010). Selbst die Novellierung der Regelungen zur Bestimmung des Existenzminimums, die auf Druck genau dieses Urteils für Ende 2010 anstand (dann aber verspätet im März 2011 mit Rückwirkung zum 1.1.2011 in Kraft trat) steht wieder im Verdacht, verfassungswidrig zu sein (siehe die Gutachten von Irene Becker 2011 und Johannes Münder 2011).

Gerade bei der Festlegung der Regelsätze hätte aber das Hinzuziehen der Erwerbslosenvereine oder Sozialverbände sicher viele Probleme gar nicht erst entstehen lassen. Doch weder im ursprünglichen „Reform“-Prozess, noch während der Novellierung der Hartz-IV-Gesetze wurden die Sozialverbände eingebunden. Statt deren Kritik ernst zu nehmen, wurde sie regierungsseitig relativiert und ignoriert.

## Die ökonomische Entsicherungslogik

Angesichts der soziologischen Befunde scheint es unstrittig, dass die letzte Dekade der Bundesrepublik durch eine zunehmend „rohe Bürgerlichkeit“ und Entsolidarisierung geprägt war. Doch es wäre zu einfach, diese Entwicklung nur auf die Vorbehalte einer gesellschaftlichen Elite gegenüber den Schwachen zurückzuführen. Es würde außer Acht gelassen, dass diese Entsolidarisierung durch eine bewusste Entsicherung innerhalb der Sozialsysteme charakterisiert war, für die vornehmlich ein ökonomisches Denken Pate stand.

Viele der Regelungen, die vor allem im vierten Teil der „Hartz-Reformen“ eingeführt oder verstärkt wurden (Zumutbarkeitsregelungen, Definition der Erwerbsfähigkeit, Sanktionen usw.; siehe Dörre 2013 und Thieme 2012a), folgen der Anreizlogik einer neoklassischen Ökonomik, in der die rationalen Akteure aus ihrem ökonomischen Kalkül heraus die *eigene* Leistung verweigern oder sich auf Kosten anderer „Akteure“ Leistungen erschleichen. Damit wird äußerlich-formal der Anschein erweckt, nicht etwa Vorbehalten gegenüber bestimmten Gruppen aufzusitzen, sondern in ganz „neutraler“ Weise nur den ökonomischen „Gesetzmäßigkeiten“ zu folgen.

Der Mensch verkommt dort zur sozial-physikalischen Variable, deren Verhalten derart zu optimieren bzw. einzustellen ist, dass sie (Variable) den „Gesetzen des Marktes“ folgt. Das wird erreicht, wenn sich die Menschen zunehmend in der *absoluten* Abhängigkeit von der Erwerbsarbeit befinden, der Verlust der Erwerbsarbeit somit eine existenzielle Bedrohung darstellt. Schon Karl Polanyi schilderte in seiner *Großen Transformation* (1944), dass dazu jeder Faktor minimiert werden musste, der diese existenzielle Bedrohung abfedert, weil sonst die Marktphysik gestört wäre.

Wenn also die Erwerbslosigkeit als existenzielle Bedrohung empfunden werden *soll*, dann müssen die sozialen Sicherungssysteme *entsichert* werden. Diese *Entsicherung* stellt aber nichts anderes dar, als eine ökonomisch beabsichtigte *Entsolidarisierung*, die die Würde und die Gleichwertigkeit der Menschen antastbar werden lässt (Heitmeyer 2012b: 326). Was als ökonomisch-rationaler und vermeintlich wertungsfreier Anpassungsprozess dargestellt wird, zieht bei näherer Betrachtung handfeste soziale wie ethische Probleme nach sich.

## Fazit

Die „rohe Bürgerlichkeit“ stellt ein komplexes Phänomen dar, das sowohl durch legitimierende Mythen (Sozialverwahrlosung, Sozialmissbrauch usw.), als auch durch abstrakte Abwertungs- und Rechtfertigungsmomente (z. B. in ökonomischen Theorien) getragen wird. Damit verbinden sich viele, noch zu klärende Fragen. Was

aber weit weniger außer Frage stehen dürfte, das ist die Bedeutung der „Hartz-Reformen“ für das Klima einer rohen Bürgerlichkeit: Sie stehen für die „sozialstaatlich“ organisierte Entsolidarisierung und dafür, den Schwachen in der Gesellschaft einen redlichen Diskurs über ihre legitimen (Existenz-) Ansprüche verweigert zu haben. Eine ehrliche Bilanz der „Hartz-Reformen“ hätte auch diese Aspekte einzubeziehen.

#### Literatur/Quellen:

---

Becker, Irene (2011): Bewertung der Neuregelungen des SGB II. In: Soziale Sicherheit, Sonderheft September 2011, S. 7-62.

Bofinger, Peter (2013): Die Mythen um Hartz IV. In: taz, vom 14.3.2013, <http://taz.de/Debatte-Agenda-2010-und-2020/!112801> [16.3.2013].

Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit (2005): Vorrang für die Anständigen - Gegen Missbrauch, „Abzocke“ und Selbstbedienung im Sozialstaat. Ein Report vom Arbeitsmarkt im Sommer 2005. Berlin.

Butterwegge, Christoph (2013): Die Agenda 2010 – Begründung und Legitimationsbasis für eine unsoziale Politik. In: Nachdenkseiten, vom 13.3.2013, <http://www.nachdenkseiten.de/?p=16494> [16.3.2013].

BVerfG (2010): Regelleistungen nach SGB II („Hartz IV- Gesetz“) nicht verfassungsgemäß. In: Pressemitteilung Nr. 5/2010, vom 9.02.2010, <http://www.bundesverfassungsgericht.de/pressemitteilungen/bvg10-005> (16.3.2013).

Dörre, Klaus (2013): Das neue Elend: Zehn Jahre Hartz-Reformen. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 3/2013, S. 99-108.

Flassbeck, Heiner (2013): Die deutsche Agenda und das schwere Schicksal Europas oder: Zehn Jahre alt und immer noch kein Grund zum Feiern. Vom 14.3.2013, unter: <http://www.flassbeck-economics.de> [16.3.2013].

Gensing, Patrick (2013): Zweiklassenjustiz statt Waffengleichheit? In: Tagesschau, vom 31.1.2012, <http://www.tagesschau.de/inland/prozesskostenhilfe100.html> [17.3.2013].

Hare, Richard Mervyn (1983): Freiheit und Vernunft. Frankfurt/ Main.

Heinson, Gunnar (2010): „Sozialhilfe auf fünf Jahre begrenzen“. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, vom 16.3.2010, <http://www.faz.net/-gqh-15t3w> [16.3.2013].

Heitmeyer, Wilhem (2012a): *Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (GMF) in einem entsicherten Jahrzehnt*. In: Heitmeyer, Wilhelm [Hrsg.]: Deutsche Zustände: Folge 10. Berlin, S. 15-41.

Heitmeyer, Wilhem (2012b): Erfahrungen mit der gesellschaftlichen Verantwortung der Wissenschaft. Eine Bilanz nach zehn Jahren. In: Heitmeyer, Wilhelm [Hrsg.]: Deutsche Zustände: Folge 10. Berlin, S. 321-328.

Heitmeyer, Wilhelm (2011): Rohe Bürgerlichkeit. In: Zeit, vom 28.9.2011, <http://www.zeit.de/2011/39/Verteilungdebatte-Klassenkampf/> [16.3.2013].

Heitmeyer, Wilhem (2010): Disparate Entwicklungen in Krisenzeiten, Entsolidarisierung und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. In: Heitmeyer, Wilhelm [Hrsg.]: Deutsche Zustände: Folge 9. Berlin, S. 13-33.

Hoffmann, Andreas (2009): Thilo Sarrazin „Kinder kann kriegen, wer damit fertig wird“. In: Stern, vom 13.5.2009, <http://www.stern.de/panorama/thilo-sarrazin-kinder-kann-kriegen-wer-damit-fertig-wird-700617.html> [16.3.2013].

Kant, Immanuel (1797): Grundlegung zur Metaphysik der Sitten. Reprint: Kirchmann, J. H. von [Hrsg.] (1870). Berlin.

Lieb, Wolfgang (2013): Altkanzler Schröder: „Wer sich vorm Arbeiten drückt, muss mit Sanktionen rechnen“. In: Nachdenkseiten, vom 12.3.2013, <http://www.nachdenkseiten.de/?p=16485> [16.3.2013].

Müller-Armack, Alfred (1950): Soziale Irenik. In: Dürr, Ernst [Hrsg.] (1981): Religion und Wirtschaft: Geistesgeschichtliche Hintergründe unserer europäischen Lebensform. Dritte Auflage. Bern/ Stuttgart, S. 559-578.

Münder, Johannes (2011): Verfassungsrechtliche Bewertung. In: Soziale Sicherheit, Sonderheft September 2011, S. 63-94.

Polanyi, Karl (1944): Die große Transformation. In der Übersetzung von Heinrich Jelinek 1995. Dritte Auflage. Frankfurt am Main.

Quaas, Friedrun (2000): Soziale Marktwirtschaft. Bern, Stuttgart und Wien.

Rhein-Neckar-Zeitung (2013): „Die Agenda-Politik beschädigt unsere Demokratie“. Vom 14.3.2013, [http://www.rnz.de//rnzInterview/00\\_20130314112949\\_103566174\\_Die\\_Agenda\\_Politik\\_beschaedigt\\_unsere\\_Demokrat.php](http://www.rnz.de//rnzInterview/00_20130314112949_103566174_Die_Agenda_Politik_beschaedigt_unsere_Demokrat.php) [16.3.2013].

Saarbrücker Zeitung (2013): „Die Agenda 2010 steht für schlechte Arbeit“. Vom 14.3.2013, [http://www.saarbruecker-zeitung.de/aufmacher/berliner\\_buero/art182516,4692460#.UUQ781emVZj](http://www.saarbruecker-zeitung.de/aufmacher/berliner_buero/art182516,4692460#.UUQ781emVZj) [16.3.2013].

Sloterdijk, Peter (2009): Die Revolution der gebenden Hand. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, vom 13.6.2009, <http://www.faz.net/-oom575> [16.3.2013].

Stern (2007): Oswald Metzger „Ich bin auf dem Sprung“. In: Stern, vom 20.11.2007, <http://www.stern.de/politik/deutschland/oswald-metzger-ich-bin-auf-dem-sprung-603071.html> [16.03.213].

Thielemann, Ulrich (2013): Agenda 2010 - rückblickende Rechtfertigung. Unter: <http://www.mem-wirtschaftsethik.de/blog/blog-einzelseite/article/agenda-2010/> [16.3.2013].

Thieme, Sebastian (2012a): Das Subsistenzrecht. Marburg.

Thieme, Sebastian (2011b): Soziale Marktwirtschaft 2.0. In: WSI Mitteilungen, Nr. 02/2012, S. 154-155.

Ulrich, Peter (2008): Integrative Wirtschaftsethik. Vierte Auflage. Bern, Stuttgart und Wien.

Waschkuhn, Arno (1995): Was ist Subsidiarität? Opladen.

**Autor:** Dr. Sebastian Thieme, geboren 1978, Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Zentrum für Ökonomische und Soziologische Studien (ZÖSS) an der Universität Hamburg

## **Die Volksabstimmungen in der Schweiz zu Spitzen-Entschädigungen und dem Mindestlohn**

---

**von Andreas Rieger**

Seit Anfang des dritten Jahrtausends haben die Entschädigungen der Spitzenmanager in der Schweiz mehrfache Millionenbeträge erreicht. Die CEO's und Präsidenten der Verwaltungsräte der börsennotierten Unternehmen, insbesondere der Grossbanken und der Pharmaindustrie, haben Entschädigungen erhalten, welche fast nur mit jenen in den USA vergleichbar waren. In der Öffentlichkeit hat dies bereits vor zehn Jahren für heftige Diskussionen gesorgt. Diese wurden noch stärker, als die Millionen-Entschädigungen trotz Finanzcrash und Einbruch der guten Geschäftszahlen auch 2009 nicht zurückgingen.

### **Volksinitiative gegen „Abzockerei“**

In dieser Situation bekam die Volksinitiative des Kleinunternehmers Thomas Minder eine besondere Bedeutung. Sie verlangte, dass im schweizerischen Aktienrecht die Kompetenzen zur Festlegung der Entschädigungen der Geschäftsleitung an die Aktionärsversammlung verlagert werden; goldene Fallschirme seien zudem zu verbieten.

Die Mehrheit der Parteien und Wirtschaftsverbände und in der Folge auch des nationalen Parlaments lehnte die Volksinitiative ab und wollte der Aktionärsversammlung nur konsultative Kompetenzen geben. Die Linken und die Gewerkschaften vertraten eine Dritte Position: Sie kritisierten, dass die Volksinitiative einfach die Entscheidungskompetenz zur Aktionärsversammlung, d.h. zu den Shareholdern verschiebt; sie verlangten stattdessen eine zusätzliche Besteuerung der Höchsteinkommen, um diese für die Firmen unattraktiver zu machen. Die Linke und die Gewerkschaften fanden für diesen Vorschlag im Parlament aber auch keine Mehrheit.

Schließlich kam die Initiative von Thomas Minder im März 2013 zur Volksabstimmung. Die Kampagne vor der Abstimmung war heftig: Die Dachverbände der Wirtschaft setzten viele Millionen Franken für eine Ablehnung der Initiative ein, welche den Firmen ein zu starkes Korsett anlegen würde und die Verlagerung von Firmensitzen ins Ausland zur Folge haben werde. Für die Annahme setzten sich der Initiant selbst, die Sozialdemokratische Partei, die Grünen und ein Teil der Gewerkschaften ein. Das Resultat der Volksabstimmung war mit 68% JA erdrückend klar. Die große Mehrheit der Stimmenden sagte „Ja“, aber die meisten Bürger taten das nicht wegen der neuen Kompetenzverteilung im Aktionärsrecht,

sondern um ein starkes Signal gegen die „Abzockerei“ zu setzen. Dieses Signal wurde über die Grenzen der Schweiz hinaus beachtet. Nun muss das Schweizer Parlament die entsprechenden Gesetzesänderungen beschließen, die schon 2014 in Kraft treten sollten.

### **Volksinitiative für eine maximale Lohnspreizung**

Gleichzeitig steht bereits eine weitere Volksinitiative zum Problem der Lohnschere vor der Abstimmung. Sie wurde von den Jungsozialisten der Schweiz formuliert und eingereicht und verlangt, dass die höchsten Entschädigungen in einer Firma nicht mehr als das Zwölfwache der tiefsten bezahlten Löhne betragen dürfen. Die Stossrichtung dieser Initiative will also die Spitzenlöhne verbindlich herunter holen und die Mindestlöhne hinaufsetzen. Der Vorschlag wird unterstützt von den Gewerkschaften, den Linken und den fortschrittlichen Grünen.

Für die große Mehrheit der Unternehmen würde sich mit der „1 zu 12 –Regel“ nichts ändern. Fast alle Betriebe in der Binnenwirtschaft kennen Lohnspreizungen, die weit unter dem Verhältnis von 1 zu 12 liegen. Bis vor kurzem verdienten auch die Chefs der großen Staatsunternehmen (Bahn, Post, Telekommunikation, u.a.) weniger. Erst die Privatisierung hat sehr schnell die Grenzen gesprengt und die Löhne in die Höhe schnellen lassen. Für einige hundert Unternehmen, insbesondere die börsennotierten und exportorientierten, würde die Annahme des neuen Lohndeckels aber eine starke Einschränkung für die Spitzeneinkommen bedeuten. Entsprechend drohen erste multinationale Unternehmungen bereits, bei Annahme der Volksinitiative den Firmensitz zu verlegen. Die Volksabstimmung über diese Initiative findet voraussichtlich im November 2013 statt.

### **Volksinitiative für einen gesetzlichen Mindestlohn**

Schließlich wird die Abstimmung einer weiteren Volksinitiative vorbereitet, jener über die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns. Diese wurde vom Schweizerischen Gewerkschaftsbund (SGB) lanciert. 1998 hatte der SGB eine Kampagne gegen die Niedriglöhne mit dem Slogan „keine Löhne unter 3.000.- Franken“ lanciert. Mit einem intensiven „naming and shaming“ wurden Luxushotels, Detailhandelsketten und Reinigungsfirmen öffentlich unter Druck gesetzt. Diese Kampagne hatte ziemlichen Erfolg, indem in mehreren Branchen über die Kollektivverträge Löhne auf über 3.000.- Franken angehoben und die weitere Verbreitung von Niedriglöhnen verhindert werden konnte. Die SGB-Kampagne war auch Anlass für eine länderübergreifende Tagung im Jahr 2005, an welcher Experten aus der Schweiz (Denknetz und Gewerkschaften), Deutschland (WSI) und Frankreich (IHRES) einen Aufruf für eine europäische Mindestlohnpolitik lancierten.

Heute liegt der Niedriglohnanteil (2/3 des Medianlohnes) bei etwa 12%. Weitere Fortschritte allein auf dem Weg von Kampagnen und Kollektivverträgen waren nach einigen Jahren aber nicht mehr möglich, da der Abdeckungsgrad der Kollektivverträge in der Schweiz bei 50 Prozent stagniert und einzelne Kollektivverträge nicht einmal Lohnuntergrenzen vorsehen. Deshalb votierte der SGB 2010 neu für einen gesetzlichen Mindestlohn und die Lancierung einer Volksinitiative. Diese verlangt einen nationalen Mindestlohn von SFr. 22.- pro Stunde, was etwa 61% des Schweizerischen Median-Lohnes entspricht. Geführt wird die Kampagne heute mit dem Slogan „keine Löhne unter (12x) 4.000.- Franken. Etwa 9 Prozent der Lohnempfänger in der Schweiz verdienen heute weniger. Kantone mit überdurchschnittlichen Lebenshaltungskosten sollen über den Mindestsatz von SFr 22.- hinaus Zuschläge beschließen können. Die Arbeitgeber und die Mehrheit der Parteien sind gegen einen gesetzlichen Mindestlohn. Sie verweisen auf die kollektivvertragliche Tradition der Schweiz – ohne aber eine Antwort auf den geringen Abdeckungsgrad zu geben. Im Übrigen drohen sie mit dem Verlust von Arbeitsplätzen für geringqualifizierte Arbeitnehmende. Die Volksabstimmung über die Volksinitiative wird voraussichtlich 2014 stattfinden.

***Anmerkung zu einer „Volksinitiative“ und einem „Referendum“ in der Schweiz:***

In der Schweiz kann mit 100.000 gültigen Unterschriften (ca. 2% der stimmberechtigten Bürger) eine „Volksinitiative“ eingereicht und eine Volksabstimmung über die Änderung eines Artikels der Verfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft verlangt werden. Sagt die Mehrheit in der Volksabstimmung zu, muss das Parlament zwingend ein entsprechendes Gesetz ausarbeiten. Mit 50.000 gültigen Unterschriften kann sodann eine „Referendum“ ergriffen werden, d.h. eine Volksabstimmung über vom Parlament beschlossene Gesetzesänderungen.

Jährlich kommt es zu etwa drei bis vier solcher Volksabstimmungen. Referenden ermöglichten den Gewerkschaften zum Beispiel die teilweise Blockierung von Verschlechterungen im Rentensystem oder der Deregulierung der Sonntagsarbeit. Volksinitiativen ermöglichten eine Verlagerung des alpenüberquerenden Verkehrs von der Schiene auf die Strasse; aber auch das Verbot des Neubaus von Minarett-Türmen. Analoge Möglichkeiten der „direkten Demokratie“ mit Initiative und Referendum bestehen auf der Ebene der Kantone (Länder) und Gemeinden (Kommunen).

**Autor:** Andreas Rieger, geboren 1952, Vorstandsmitglied bei UNI-Europa und beim Europäischen Gewerkschaftsbund.